

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte 63

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEIKE WEINBACH

**Social Justice
statt Kultur der Kälte**

Alternativen zur Diskriminierungspolitik
in der Bundesrepublik Deutschland

Karl Dietz Verlag Berlin

Heike Weinbach: Social Justice statt Kultur der Kälte
Alternativen zur Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland
(Reihe: Manuskripte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 63)
Berlin: Karl Dietz Verlag, 2006

ISBN 3-320-02911-8
ISBN 978-3-320-02911-1

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006
Satz: Jörn Schütrumpf
Umschlag,
Druck und Verarbeitung:
MediaService GmbH Bären Druck und Werbung
Printed in Germany

Denkt man an die Welten, die eines Tages denkbar, sagbar und lesbar werden könnten, so zeigt sich, daß sich das Gebiet des sprachlichen Überlebens nur durch ein »anstößiges Vergehen« erweitern läßt, das auch die Erschließung des Verworfenen und das Sagen des Unsagbaren umfaßt. Die Resignifizierung des Sprechens erfordert, daß wir neue Kontexte eröffnen, auf Weisen sprechen, die noch niemals legitimiert wurden, und damit neue und zukünftige Formen der Legitimation hervorbringen.

Judith Butler: Haß spricht. Zur Politik des Performativen

Es geht also darum, eine »demokratische Zivilgesellschaft« gegen die herrschenden Ökonomisierungs- und Etatisierungstendenzen überhaupt erst zu entwickeln. Auf der Tagesordnung steht mithin eigentlich eine Kulturrevolution, die nicht nur die Bewusstseinsinhalte, sondern vor allem gesellschaftliche und politische Praktiken umgreift.

Joachim Hirsch: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen

Inhalt

Einleitung	9
------------	---

I Kultur der Kälte: Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der Europäischen Union	11
--	-----------

1. Neue soziale Bewegungen/BürgerInnenrechtsbewegungen und Alltagsrealitäten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	
1.1 Vorgeschichte: Postfaschistisches Deutschland	12
1.2. Neue soziale Bewegungen in der BRD	13
1.3. TrägerInnen neuer sozialer Bewegungen	15
1.4. BürgerInnenrechtsbewegungen in der DDR	17
2. Theorien der Diskriminierung in der BRD	18
2.1. Soziale Schließung durch die Mehrheitsgesellschaft (Rommelspacher)	19
2.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer und Forschungsgruppe)	20
3. Bundesdeutsche (Anti-)Diskriminierungspolitik im Kontext der EU	
3.1. Europapolitische Definition von Diskriminierung	23
3.2. Die europäischen Richtlinien gegen Diskriminierung	24
3.3. Alternativbeispiele für staatliche Antidiskriminierungspolitiken	25
3.4. Europäische Kampagne gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz	26
4. Die Umsetzung europäischer Antidiskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	
4.1. Normalität von Diskriminierung in der BRD	28
4.2. Stand der Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien	30
4.3. Das Berliner Konzept zur Integration und Migration	35
5. Zusammenfassung	37

II Social Justice: Partizipative Gerechtigkeitspolitik und -bildung. Theorie und Praxis in den USA und Großbritannien	
--	--

1. Social Justice: Ein Begriff geht als Praxis um	38
1.1. Der englische Begriff: Social Justice	38
1.2. Historische Relevanzen für die Aktualität des Social Justice-Projekts	40
1.3. Liberale und konservative Social Justice-Beschreibungen und Zuschreibungen	46

2. Philosophische und politische Bausteine von Social Justice	48
2.1. <i>Theorie und Philosophie von Social Justice</i>	49
2.2. <i>Iris Marion Youngs Politische Philosophie der Gerechtigkeit</i>	51
2.3. <i>Theorie-Praxisbausteine von Social Justice</i>	54
2.3.1. <i>Unterdrückung, Diskriminierung: »oppression«, »discrimination«</i>	55
2.3.2. <i>Macht, Herrschaft: »power«, »domination«</i>	56
2.3.3. <i>Handeln: »social action«, »(community) organizing«</i>	57
2.3.4. <i>Wandel, Veränderung: »change«, »social change«</i>	60
2.3.5. <i>Hoffnung und Imagination: »social hope«, »imagination«, »vision«</i>	62
2.3.6. <i>Gerechtigkeitsbildung: Social Justice Education</i>	63
3. Social Justice in der Praxis	64
3.1. <i>Social Justice in Institutionen und Organisationen</i>	65
3.2. <i>Social Justice-Bildungsarbeit: Zwei Praxisbeispiele</i>	67
3.2.1. <i>»tolerance.org«: Bildungs- und Aktionsmaterial</i>	68
3.2.2. <i>Diversity und Social Justice Education</i>	71
3.2.3. <i>Übertragbarkeit auf den bundesdeutschen Kontext</i>	76
4. Social Justice in der Bundesrepublik: Realitäten und Möglichkeiten	77
4.1. <i>Antidiskriminierungsarbeit, Gerechtigkeit in der öffentlich geförderten Politik</i>	78
4.2. <i>Social Justice, Gerechtigkeit, Antidiskriminierung in der Theorie und an Hochschulen</i>	80
4.3. <i>Soziale Gerechtigkeit im Fokus deutscher Politik</i>	81
4.4. <i>Zwei Beispiele für Antidiskriminierungskampagnen in der Bundesrepublik</i>	82
4.5. <i>Die Rosa-Luxemburg-Stiftung – Stand der Gerechtigkeitsdebatten</i>	85
5. Zusammenfassung	86
 III Klassismus: Institutionelle, individuelle und kulturelle Diskriminierung aufgrund des sozialpolitischen Status'	
1. Der Begriff »classism«	87
2. Historische Entwicklungen von »classism«	92
3. Klassismus als Diskriminierungs- und Unterdrückungsform	93
4. Konsequenzen für Bildung und Politik	99
5. Zusammenfassung	100
 IV Ausblicke: Politisierte Anerkennung	102
 V. Literatur	108
 VI. Anhänge: Internetressourcen zu Antidiskriminierungsarbeit, Social Justice und Klassismus	119
 Zur Person	126

Einleitung

»Deutsche Zustände«: unter diesem Titel stellte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld am 15.12.2005 in Berlin die vierte Fortsetzung seiner Studie über Diskriminierungsstrukturen und -potentiale in der Bundesrepublik vor: »Dieser Report, der jährlich fortgeschrieben wird, ist eine Dauerbeobachtung dieser Gesellschaft im Hinblick auf »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, d. h. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Abwertung von Obdachlosen, Homophobie, Abwertung von Behinderten, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus und die zugrunde liegenden Ursachen. Die vierte Präsentation stellt Ergebnisse aus 2005 vor und beschreibt die Veränderungen zwischen den Jahren 2002 bis 2005.«¹ Die Studie stellt einen deutlichen Anstieg der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« fest. Das heißt, die Zahl derjenigen Personen, die eine feindselige, abwertende Position gegenüber einer oder häufig auch mehreren gesellschaftlichen Gruppen (MigrantInnen, Lesben und Schwule, Frauen, Obdachlose u./o.a.). einnehmen, hat sich in den letzten Jahren erhöht (Heitmeyer 2005).

Die individuellen Formen der Feindseligkeit und Diskriminierung bis hin zu Gewalt gegenüber Menschen werden staatlich, institutionell und kulturell mit produziert. Dadurch wird eine Alltagskultur erzeugt, in der Diskriminierung als »Normalität« erscheint. Wenn Obdachlose aus Bahnhöfen ausgeschlossen werden; Romakinder und andere Flüchtlingskinder sowie -personen in Abschiebegefängnisse gesetzt und in ein ihnen (manchmal) fremdes Land transportiert werden; wenn Menschen das Recht auf Intersexualität abgesprochen wird; wenn einem lesbischen Paar die Adoption von Kindern verweigert wird; wenn Behinderte aus Hotels ausgeschlossen werden – dann sind das nur einige wenige Beispiele aus dem (juristischen) Alltag der Bundesrepublik. Diese gehört zwar zu den reichsten Ländern der Welt, dennoch herrscht ein politisches Klima der Kälte, des Voyeurismus und des Schweigens gegenüber Diskriminierung und Benachteiligung auf allen Ebenen. Im ersten Kapitel geht es deshalb auch um die Frage, warum die in mancherlei Hinsicht veränderungsmächtigen sozialen Bewegungen für eine Kultur der Antidiskriminierung und Vielfalt in der Bundesrepublik relativ folgenlos geblieben sind, so dass die derzeitige Situation bestehen kann. Was in den Bielefelder Studien, Schriften und Zeitschriften schon seit Jahren thematisiert wird, ist der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Diskriminierungspraktiken und den realen Folgen für die Menschen, die bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden. Das Bielefelder Institut repräsentiert eine wissenschaftlich-theoretische Ebene der Kritik an diesen gesellschaftlichen Tatbeständen. Wenn wir danach fragen, ob es denn ein gesellschaftliches Gegenprojekt zu diesen menschenfeindlichen Struk-

1 Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/> [15.12.2005]

turen und ihrer Herstellung auf institutioneller, kultureller und individueller Ebene gibt, so ist das Social Justice-Projekt,² das in den USA, Großbritannien und anderen Ländern politische Praxis ist, eine Antwort exakt darauf. Social Justice steht für das Zusammendenken und die Bewusstheit über das Ineinander Greifen unterschiedlicher Diskriminierungshintergründe: Behindertenfeindlichkeit hängt mit Klassendiskriminierung oder Sexismus ebenso zusammen wie mit Antisemitismus oder Heterosexismus. Die Social Justice orientierten Bewegungen, Initiativen, Organisationen und Institutionen in den USA und anderen Ländern bleiben jedoch nicht auf einer Analyseebene stehen, sondern Social Justice steht für ein wechselseitig bezogenes Aktivwerden und für die gesellschaftliche und politische Installierung und Propagierung von realen Alternativen zu jeder Art von Diskriminierung. Im zweiten Kapitel erläutere ich die historischen und begrifflichen Entstehungskontexte des politischen Projekts Social Justice und stelle seine politischen und philosophischen Bausteine dar.³ Social Justice legt im Unterschied zu »sozialer Gerechtigkeit« in der Bundesrepublik das Gewicht vor allem auf die theoretische und praktische Kritik verschiedener Ungerechtigkeitsformen. Dabei wird Diskriminierung aufgrund von Klassenzugehörigkeit auch mit anderen Diskriminierungsformen zusammengebracht, beispielsweise in ihren Auswirkungen auf Geschlechtszugehörigkeit, Migrationshintergründe, Behinderung u. a. (und umgekehrt). Gleichzeitig wird die Diskriminierung aufgrund des sozialpolitischen Status⁴ jedoch auch als eine eigenständige Diskriminierungsform mit kulturellen und individuellen Folgen für Menschen gedacht. In Kapitel III wird diese Form mit dem Begriff »Klassismus« in seinen Bedeutungen beschrieben. In den Ausblicken werden noch weitere Anregungen formuliert, wie eine andere Kultur erfunden und hergestellt werden kann: eine des offenen Dialogs und der politisierten Anerkennung sowie kontinuierlicher Dekonstruktionen von Machtverhältnissen.

Im Anhang der Studie befinden sich Internetadressen zu Antidiskriminierungsprojekten in der Bundesrepublik und zu Social Justice-Ressourcen in den USA und Großbritannien. In die Bibliographie wurde auch weiterführende Literatur aufgenommen.

- 2 Nach Christophs Spehrs Unterscheidung zwischen politischen Strömungen, Bewegungen, Projekten wäre Social Justice am ehesten als ein politisches Projekt zu bezeichnen: »Auf der Ebene der Formen des Politischen entspricht dem Entwicklungspfad das »politische Projekt« – ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis für einen bestimmten Entwicklungspfad. Das politische Projekt ist eine Koalitionsbildung, die bewusstes wie unbewusstes Zusammenwirken beinhaltet, Elemente ideologischer Übereinstimmung wie das Zusammenspiel unterschiedlich interessengeleiteten Handelns – es ist das Angebot eines möglichen Kompromisses, auf dem ein neues Strukturmodell gegründet sein kann. Die Breite dieser Koalitionsbildung übersteigt Bewegungen, Strömungen, Parteien; sie übersteigt auch Klassen und Eliten, baut verschiedene Fraktionen und Teilgruppen zusammen, usw. Das politische Projekt ist der Gegenstand von gesellschaftlicher Hegemoniebildung« (Spehr o. J.). Social Justice als politisches Projekt repräsentiert in diesem Sinne eine konkrete Alternative zu neoliberalen und neokonservativen Projekten.
- 3 Die Begriffe »Social Justice« und »Community Organizing« verwende ich im Original ohne Übersetzung, weil es keine eindeutige und korrekte Übersetzung dafür gibt und der Begriff »soziale Gerechtigkeit« in der deutschen Sprache ganz anders konnotiert wird. Ebenso verhält es sich mit Übersetzungen wie »Organisieren« oder »Gemeinwesenarbeit« für Community Organizing, beide Übersetzungen treffen den Inhalt nicht. Englische Texte wurden ansonsten von mir ins Deutsche übertragen.

I Kultur der Kälte: Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der Europäischen Union

DER FÜHRER DES GELERNTEN CHORS wendet sich an die Menge:
Hilft der Mensch dem Menschen? DIE MENGE ERWIDERT: Nein.
(Bertolt Brecht: Das Badener Lehrstück vom Einverständnis)

Diskriminierung ist ein zentraler Begriff der »Gleichbehandlungspolitik« der Europäischen Union. Der politisch und juristisch definierte Begriff erlaubt die Thematisierung einer Vielzahl von Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Herabsetzungen im alltäglichen Leben in den Ländern der Europäischen Union. Er ist auch Ansatzpunkt für die Lancierung politischer Initiativen zur Beseitigung und Bekämpfung von Diskriminierung. Dabei steht der Begriff der Diskriminierung quasi im Mittelfeld korrelierender Begriffe. Vorurteile und Stereotype bezeichnen zwar potentielle Voraussetzungen von Diskriminierung, führen aber nicht zwangsläufig zu einer solchen. Diskriminierung setzt ein aktives Handeln voraus, eine verbale oder nonverbale Handlung, mit der Menschen zum einen die Teilhabe an materiellen, existenzwichtigen Ressourcen und zum anderen die Anerkennung ihrer Würde, ihrer persönlichen Lebensform verweigert wird. Der Übergang zwischen Vorurteile-Haben und Diskriminierend-Sein ist häufig fließend. Ebenso ist aber auch der Grat zwischen Diskriminierung und Unterdrückung ein schmaler. Unterdrückung erscheint nicht als Begriff in den Debatten um die europäische Antidiskriminierungspolitik. Denn Unterdrückung ist ein weitergehender Begriff von Diskriminierung und thematisiert auch den Ausschluss von Menschen aus Rechtssystemen bzw. die Ungerechtigkeit der Rechtssysteme selbst. (siehe Kap. II).

Als Unterdrückung würde also zum Beispiel auch die exkludierende Asyl- und Einwanderungspolitik der Länder der Europäischen Union definiert werden müssen oder der gesetzliche Zwang zur zweigeschlechtlichen Definition der Menschen oder die Nicht-Gleichstellung von lesbischen und schwulen Lebensgemeinschaften mit heterosexuellen etc. Dagegen geht der europäische Diskriminierungsbegriff davon aus, dass im Rahmen der Gesetze der EU und der Mitgliedsstaaten nicht benachteiligend gehandelt werden darf. Diskriminierung und Unterdrückung bergen beide potentiell die Übersetzung in Gewalt in sich. Der Fokus auf den Diskriminierungsbegriff in der Europäischen Union lässt die Ebenen von Unterdrückung und Gewalt partiell außer acht, beispielsweise ist die Schließung der Grenzen bis hin zur Errichtung von Mauern und das Nicht-Teilhaben-Lassen von Flüchtlingen an Rechten (wie zum Beispiel dem Recht auf Sicherheit oder einer Arbeit nachzugehen oder eine Ausbildung zu machen) selbst eine aktive Unterdrückungspolitik.

In diesem Kapitel geht es um die Darstellung der Diskriminierungs- und Antidiskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, der Fokus liegt auf dem Themenfeld »Diskriminierung«. Verbindungslinien zu Unterdrückung und Gewalt in Po-

litik und Alltag der Bundesrepublik müssen dabei zwangsläufig thematisiert werden, denn sie stellen eine konsequenzenreiche Realität dar.

Ich stelle die These auf, dass die Bundesrepublik Deutschland, ihre politischen HandlungsträgerInnen ebenso wie die parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte keine Kultur einer Antidiskriminierungspolitik entwickelt haben und keine Kultur der Solidarisierung und des gemeinsamen Handelns gegen Formen von Diskriminierung wie unter anderen gegen Rassismus und Antisemitismus. Vielmehr verfolgen unterschiedliche Gruppen ihre jeweilige Antidiskriminierungspolitik und verstehen es, je nach Stärke der Bewegung, unterschiedlich stark zu mobilisieren. Diejenigen, die eine weniger starke Lobby in der Gesellschaft haben, finden damit entsprechend weniger Repräsentanzen und Unterstützung auf der politischen, sowohl der parlamentarischen als auch der außerparlamentarischen Ebene. Diese »Kultur der Kälte«, die Opfer in Kauf nimmt und zu wenig Engagement gegen die TäterInnen zu mobilisieren weiß, ist u. a. ein Resultat einer unzureichenden Auseinandersetzung mit den Folgen des Faschismus für die (Anti)diskriminierungskultur seit 1945, zum anderen aber auch ein Resultat der Politik der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland und der BürgerInnenbewegungen in der ehemaligen DDR. Dabei hat die Vereinigung zweier deutscher Staaten keine neue Option eröffnet, denn hier sind zwei Staaten zusammengekommen, die letztlich beide schon vor 1989 kein Grundverständnis einer Gesellschaft der Vielfalt, des Respekts und des Dialogs gehabt haben.

Eine Geschichte der Diskriminierungs- und Antidiskriminierungspolitik liegt derzeit weder für die DDR noch für die BRD vor. Diese Forschungslücke kann hier nur aufgezeigt, nicht aber geschlossen werden.

1. Neue soziale Bewegungen / BürgerInnenrechtsbewegungen und Alltagsrealitäten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

1.1. Vorgeschichte: Postfaschistisches Deutschland

In der Nachkriegsbundesrepublik steht die Frage nach Diskriminierung vollständig im Kontext von Verfolgung und Gewalt während des Faschismus. Trotz der extremen Erfahrungen von Unterdrückung, Verfolgung und Gewalt werden im Kontext der Entschädigungsdebatte Distinktionslinien gezogen, nicht alle Formen der Verfolgung anerkannt. Gründe für die Entschädigung für Verfolgte des nationalsozialistischen Staates werden juristisch definiert: politische Gegnerschaft; rassische Verfolgung; religiöse Verfolgung; Weltanschauung. Der Vorschlag, alle »unschuldig Verfolgte« einzubeziehen wurde 1952 abgelehnt. Die Verfolgung von Sinti, Roma, Homosexuellen, Obdachlosen, Prostituierten, Alkoholkranken, Swing-Jugendlichen, sogenannten »Meckerern«, »Arbeitsscheuen«, Kriegsdienstverweigerern wurde damit gar nicht oder wie im Falle der Sinti und Roma nur teilweise anerkannt (Reimesch 2003, 38 f.). Am Beispiel der Entschädigungsdebatten in der Nachkriegsbundesrepublik lässt sich

die postfaschistische (viele Träger staatlicher Verantwortung in Verwaltung und Politik waren nahtlos vom Dritten Reich in den BRD-Staat übergegangen; ein Großteil von TäterInnen wurde nie zur Rechenschaft gezogen) Rigidität im Umgang mit »Anderen« sehr gut nachvollziehen ebenso bei der Festschreibung von starren Geschlechterrollen (Frauen durften nur mit Erlaubnis des Mannes arbeiten) oder der Diskriminierung sexueller Orientierung (Paragraph 175).

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Frage, wie eigentlich die postfaschistische Gesellschaft, sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik unmittelbar mit denen als »Andere« identifizierten Menschen umgegangen ist, dringend einer breit angelegten Forschung bedarf.

1.2. Neue soziale Bewegungen in der BRD

In diese Kultur postfaschistischer Kälte und Rigidität bricht die 1968er Bewegung der Studierenden, SchülerInnen und Lehrlinge Ende der sechziger Jahre politisch und kulturell ein. Roland Roth bezeichnet die 68er Bewegung im Unterschied zu den aus ihr und parallel zu ihr erwachsenden Bewegungen als ein relativ abgeschlossenes Kapitel sozialer Bewegung (Roth 1987, 9). Für die neuen sozialen Bewegungen gilt hingegen, dass sie bis in die Gegenwart hinein existierende offene Projekte sind, die zwischen Institutionalisierung, Professionalisierung und offenen, mobilisierenden Formen hin- und herwechseln (ebd., 9). Der Charakter dieser Bewegungen wird mit unterschiedlichen Gesellschaftsqualitäten in Zusammenhang gebracht wie etwa »programmierte Gesellschaft« (Alain Touraine), »nachindustrielle Gesellschaft« (Joachim Raschke), »Informationsgesellschaft« (Alberto Melucci), »postfordistische Vergesellschaftung« (Joachim Hirsch, Roland Roth, Margit Mayer), »evolutionäre Stufen kollektiven Lernens« (Klaus Eder), »Modernisierungsschübe« (Karl-Werner Brand, Dieter Rucht) (ebd., 13). Hintergrund der Einordnung als soziale Bewegungen ist jedoch die Feststellung von Ähnlichkeiten und inneren Zusammenhängen sowie realen Bündnissen zwischen den Bewegungen, teilweise in Parteigründungen (ebd.), die mit der Herausbildung einer kulturellen Identität und einem lockeren Konsens über ein zentrales Anliegen (Ziel, Forderung) zu tun haben. Raschke definiert soziale Bewegung als Veränderungsbewegung, wobei es sich dabei um ganz unterschiedliche Ziele letztlich handeln kann: »Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (Raschke 2003, 21). Bewegung ist in Raschkes Verständnis immer umfassender als die in ihr agierenden Organisationen (ebd., 22), fungiert aber auch als eine Mittlerstelle zwischen starken Organisationen und schwach organisierten Gruppen (ebd., 27). Das Ende einer sozialen Bewegung kann durchaus einsetzen, zum Beispiel durch Auflösung, Transformation in andere Bewegungen oder Institutionalisierung (ebd.24).

Damit wird deutlich, dass soziale Bewegung keineswegs per definitionem etwas mit Antidiskriminierungspolitik oder -arbeit zu tun haben muss, sie kann sogar exakt das Gegenteil bedeuten, wie rechtsextreme Bewegungen in zugespitzter Form verdeutlichen. Die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik haben dennoch ein Selbstverständnis entwickelt, welches sich gegen Diskriminierung (zum Beispiel von Frauen, Lesben, Schwulen u. a.) richtet und für Selbstbestimmung und Freiheit und Recht auf individuelle Lebensformen eintritt. Damit geht ein Versuch der Installierung »neuer kultureller Handlungs- und Orientierungsmuster« einher (Brand 1987, 34). Die gemeinsamen Merkmale dieser neuen sozialen Bewegungen sieht Brand in ihrer Unterscheidung von alten Bewegungen: einer Frontstellung gegenüber alten institutionalisierten Formen der Arbeiterbewegung, einem Bruch mit 68er Traditionen, einer Kontinuität und Diskontinuität gegenüber früheren Mobilisierungswellen. Ihre zentralen Anliegen seien dementsprechend: Herrschaftskritik, neue Deutungsmuster von Problemen und Situationen, Kritik an Entfremdungsergebnissen der Vergesellschaftungspolitik, Aufzeigen von alternativen Lebensformen (ebd.). Alle Bewegungen, die in den siebziger Jahren entstanden, begriffen sich als neu, obwohl viele Ansätze in der Zeit vor dem Faschismus praktiziert wurden und durch eben diese Zeit verloren gingen (ebd., 39). Zu diesen Bewegungen, die bis heute zum Teil noch in unterschiedlichen Formen existieren, gehören: Neue Linke und kommunistische Gruppen, Neue Frauenbewegung, BürgerInneninitiativen, Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung, Alternative Szene – Projekte und Betriebe, Hausbesetzungen, Neue Friedensbewegung, BürgerInnenrechtsgruppen (z. B. gegen Volkszählung, Berufsverbote), Dritte Welt-Gruppen und -bewegungen, Selbsthilfebewegungen, Altengruppen, Initiativen im Bereich Bildung/Erziehung, Schwulen- und Lesbenbewegung, Bewegungsparteien, grüne und alternative Listen, Die Grünen (Roth 1987, 34). Alle diese Bewegungen entwickelten, praktizierten und etablierten alte und neue Politik- und Kommunikationsformen: Demonstrationen, Hausbesetzungen, Sit-Ins, Teach-Ins (ebd., 69); Herausbildung alternativer Presse, TAZ, Stadtzeitungen, Szeneblätter, Raubdrucke, Flugblätter; Selbsthilfestrukturen, Netzwerkstrukturen, Partizipationsprojekte, Initiativen zur Diskussion dessen, was Demokratie heißt und ob es ein Recht auf zivilen Ungehorsam gibt. Teilweise werden die Bewegungen als »Thematisierungsbewegung« bezeichnet, es sei ihnen in erster Linie gelungen, Bewegung ins Denken und die Debatten zu bringen (Stamm 1988). Zugleich werden aber auch die weitreichenden realpolitischen Folgen der jeweiligen Bewegungen erkannt, wie zum Beispiel die Herabsetzung des Wahlalters, die Installierung des Rechts auf Abtreibung, die Installierung von Kinderläden, Frauenhäusern, Antipsychiatrieprojekten, die Reform des Strafvollzugs, die reale Praxis alternativer Wohnprojekte, alternativer Läden, Verlage etc. Das heißt die Bewegungen waren von Anfang an mit der Idee verknüpft nicht nur die Politik zu verändern, sondern auch im jeweiligen Hier und Jetzt anders zu leben. Das Verhältnis zu gewerkschaftlicher Politik ist dabei lange Zeit zwiespältig gewesen, zum einen gehörten die Proteste und Streiks insbesondere in den Siebziger Jahren zum Bestandteil bun-

desrepublikanischer Protest- und Veränderungskultur dieser Zeit, zum anderen standen die Gewerkschaften auch bei einem Teil der Bewegungen und BewegungsteilnehmerInnen immer unter dem Verdacht, Repräsentantinnen alter und damit vermeintlich überkommener Arbeiterbewegungskulturen zu sein, deren Anspruch nicht über die Einklagung materieller Verbesserungen hinausreicht.

An meiner Uni gab es ein Arbeitsamt. Studenten, die Arbeit suchten, die zur Arbeit gezwungen waren, ließen sich hier registrieren und bekamen eine Meldenummer. Lange Zeit gehörte ich zur Stammkundschaft dieses Büros. Von Firmen und anderen Arbeitgebern kamen Angebote hierher. Sie forderten Arbeiter an. Nach gerechten Maßstäben hätten die Bewerber mit der kleinen Nummer beginnend zugewiesen werden müssen. Nur wurde das nicht so gemacht. Die deutschen Studenten hatten Vorrecht. Wir Ausländer, insbesondere die aus der Türkei, waren nicht so schnell dran. Manche Firmen machten das »Deutschtum« zur Bedingung. Dagegen wehrten sich manchmal sogar die deutschen Studenten. Sie akzeptierten das Angebot nicht, weil »die Leute der Reihe nach dran kommen sollten«. Zu billigen schweren Arbeiten hatten sie nie Lust. Trotzdem konnten ohne Zustimmung der Firma keine ausländischen Studenten hingeschickt werden. Die zweite Kategorie der Firmen war sehr aufschlußreich. Hier forderten sie Ausländer an, die »hellbraune Haare und den Deutschen ähnelten«, also »Blondschöpfe«. Da ich »Schwarzkopp« war, erfüllte ich auch die zweite Bedingung nicht. Die anderen kurdischen und türkischen Kollegen natürlich ebenso wenig. Ein mir bekannter türkischer »Schwarzkopp« hatte sich durch Haarfärben zu einem »Blondschopf« machen lassen. Trotzdem wurde er bei einer Auswahl wieder nicht bevorzugt, weil sein Haar zwar blond war, seine Haut aber braun. ... Wenn das kein Rassismus und Chauvinismus ist, was dann? (Deutsches Heim-Glück allein. Alaman Ocağı. Wie Türken Deutsche sehen hg. v. Dursun Akçam)

1.3. AkteurInnen neuer sozialer Bewegungen

Wer waren oder sind die TrägerInnen der neuen sozialen Bewegungen? Bei diesen handelt es sich offenbar um Angehörige der weißen, deutschen Mehrheitsgesellschaft, in ihrer Herkunft und/oder in ihrem Status meist in der Mittelschicht (und zwar der mit bürgerlichem Bildungskapital ausgestatteten) zu verorten: »Sozialer Träger, soziale Basis dieser Öffentlichkeit sind die »neuen«, »alternativen« Mittelschichten (...), die sich im Prozeß der Entkoppelung von System und Lebenswelt ausgebildet haben, sind wir doch nach M. Vester (...) Zeuge einer historischen Neuformierung und Neuradikalisierung der Mittelschichten, deren Wertvorstellungen sich von Fortschrittsideologien, von der Fetischisierung entfremdeter Arbeit, der Hierarchie und dem Statusden-

ken freigemacht haben« (Stamm 1988, 283). Heute wird bereits von einer neuen linken Bürgerlichkeit gesprochen, die ihr Fundament in den neuen sozialen Bewegungen habe:⁴ »Ein zentrales Merkmal von Bürgerinitiativmitgliedern ist, daß sie im weitesten Umfang über ihre Zeit selbst verfügen, und das bezogen sowohl auf die Berufs- als auch Freizeitsphäre. Es zeigt sich, so Thomas Ellwein (...) eine Stück »Honoratiorentum« das es gerechtfertigt erscheinen läßt, von einer »Renaissance des Bürgers« (Rucht) zu sprechen, von einer »dritten Welle« jener bürgerlichen Revolution und Emanzipation des Bürgers, die in den USA und Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts begann und nun einen erneuten Aufschwung erfahren hat.« (Stamm 1988, 185). Innerhalb der Bewegungen wurde diese Verbürgerlichung und Etablierung bundesdeutscher Hegemonialstrukturen nur teilweise thematisiert und als Reflexionsgegenstand zugelassen. Viele Gruppen entwickelten durchaus so etwas wie einen Sektencharakter, in ihnen bildeten sich Meinungshegemonien, Ausgrenzungen und Rituale aus. Ein Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Frauenbewegungen. Als afrodeutsche, jüdische, aber zu Beginn der Bewegung auch lesbische Frauen die heterosexuelle, Weiße, deutsche Dominanz thematisierten, die monokulturelle, selbstbezogene Kultur zum Gegenstand machten, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und keineswegs zu Verständnis und Solidarisierung (Thürmer-Rohr 2003, 11; Czollek 1998). Ebenso war es für viele Lesben und Schwule zunächst schwierig ihre Anliegen in den Gruppen zu thematisieren, dies änderte sich erst, als sie selbst als Bewegung massiv erstarkten. Die Frage, was eigentlich im neuen Spektrum der Bewegungen gefehlt hat, wird selten gestellt. Es fehlen beispielsweise die Bewegungen gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, aber auch große öffentliche Bewegungen gegen Behindertendiskriminierung. Oder anders gesprochen: Es fehlen exakt diejenigen, die eine schwache Lobby bzw. nur die Lobby ihrer Verbände in der bundesrepublikanischen Gesellschaft haben und hatten und gerade deswegen insbesondere auf die Solidarität und massenweise Unterstützung anderer Bewegungen angewiesen waren und sind. Dass diese Unterstützung und Solidarität nicht stattfindet, zeigt sich unter vielen anderen Punkten bis heute daran, dass es keine einzige Massendemonstration gegen Rassismus, Antisemitismus oder Antiziganismus in der Geschichte der Bundesrepublik je gegeben hat. Dies ist angesichts der Gewalt und der Übergriffe sowie des Alltagsrassismus in der Bundesrepublik ein Zeichen dafür, dass die Mehrheitsgesellschaft sich vorrangig für sich selbst und ihre eigene Bedürfnislage interessiert und es an Verständnis und Engagement FÜR Andere OHNE unmittelbares Eigeninteresse mangelt.⁵ Vielleicht enthält auch Benders Frage, »inwiefern soziale Bewegungen historisch determiniert sind, also bestimmt durch den »Alp« vorangegangener Ereignisse und mit der Schwierigkeit der Überwindung Althergebrachten konfrontiert sind« (Bender 1997, 22), in der Bundesrepublik eine ernstzunehmende Wahrheit.

4 Vgl. die Debatten um die »Neue Bürgerlichkeit«: http://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Bürgerlichkeit

5 Zur Kultur einer dialogorientierten, auf den ANDEREN bezogenen Gesellschaft siehe IV. Ausblicke

Ich bin 1970 über einen Arbeitsvertrag in die Bundesrepublik gekommen. In einer Ziegelfabrik hat man mich für 400 DM monatlich anfangen lassen. Ein deutscher Arbeiter, der die gleiche Arbeit wie ich machte, bekam 1 500 DM. »Für diesen Lohn kann ich nicht arbeiten«, sagte ich. Der Chef zeigte mir das Abkommen: »Du mußt ein Jahr arbeiten«, sagte er, »du bist mit der Fahrkarte der Firma hierher gekommen. Ohne die Lohnsituation und die Arbeitsbedingungen zu kennen, hatte ich das Abkommen unterschrieben. Ich war ihnen wirklich auf den Leim gegangen. Dem wollte ich mich aber nicht unterwerfen. Ich verlangsamte die Arbeit und erfüllte die Erwartungen nicht. Bei jeder Gelegenheit ließ ich mich krank schreiben. Am Ende haben sie mir das Fahrgeld vom Lohn abgezogen und mich entlassen.« (Deutsches Heim-Glück allein. Alaman Ocağı. Wie Türken Deutsche sehen, hg. v. Dursun Akçam)

1.4. BürgerInnenrechtsbewegungen in der DDR

Ausgrenzung gegenüber »Anderen« oder »Andersdenkenden« richtete sich in der DDR gegen alle Gruppen, die als potentielle oder selbst erklärte Gegner des sozialistischen Staates identifiziert wurden, dies traf auch auf religiöse/kulturelle Gruppen wie zum Beispiel Christen oder Juden zu (Potratz 1991; Zuckermann 2002), Schwule und Lesben (Nastola 1999; Sillge 1991), Mitglieder der Ökologie- und Friedensbewegung (Krüger-Potratz 1991, 29). Des weiteren wurden ArbeitnehmerInnen aus anderen Ländern (Vietnam, Angola) ausgegrenzt sowie Angehörige der sowjetischen Streitkräfte (ebd., 3). »Ausländer und Minderheiten in der DDR« war in der DDR kein Thema öffentlicher Aufmerksamkeit und Diskussion und auch kein Gegenstand wissenschaftlicher Forschung« (ebd., 9). So existiert kaum Literatur zur Lage der Sinti/Roma, Juden, Schwarzen in der DDR, dagegen gibt es eine relativ gute Literaturlage zur Situation der Sorben (ebd.), aber auch nicht hinsichtlich deren Diskriminierungsgeschichte. In der DDR arbeiteten mit Zeitverträgen Vietnamesen als größte Gruppe, Arbeitsmigranten aus Mozambique und Somalia, Polen, Ungarn, Bulgarien und anderen RGW-Staaten. (ebd., 153 ff.). Die DDR verstand sich in keinsten Weise als Einwanderungsland (Elsner/Elsner 1994). VertragsarbeiterInnen wurden als Andere, über die verfügt werden kann, behandelt. So wurden vietnamesische Arbeiterinnen darauf hingewiesen, dass Schwangerschaft und Mutterschaft mit ihrem Auftrag nicht vereinbar seien. Solche Reglementierungen waren vertraglich festgehalten, wie in diesem Fall in der Vereinbarung über die Verfahrensweise bei Schwangerschaft vietnamesischer werktätiger Frauen in der DDR auf der Grundlage des Regierungsabkommens v. 11.4. 1980 (Krüger-Potratz 1991, 204). Im Falle einer Schwangerschaft wurden die Frauen ausgewiesen (ebd., 179).

Im Unterschied zu den Sorben wurden Sinti und Roma nicht als staatlich geförderte Gruppe anerkannt: »In der DDR erhielt der Großteil der Sinti und Roma, die in Konzentrationslagern interniert waren, eine Anerkennung als ›Verfolgte des Naziregimes‹. Dieser Status bedeutete zumindest eine gesicherte materielle Basis durch eine Rente und andere Vergünstigungen. Ansonsten mussten sie sich der propagierten Vorstellung vom sozialistischen Menschen wie alle anderen fügen und damit vielfach kulturelle Identität preisgeben. Sie mussten einen festen Wohnsitz und einen Arbeitsplatz nachweisen. Ein reisendes Gewerbe durften sie nur mit der entsprechenden Gewerbeurlaubnis ausüben. Diese zu erhalten, war nicht immer möglich. Rücksicht auf kulturelle Traditionen, wie z. B. das Ausüben eines Musikerberufs, wurde dabei nicht genommen. Anders als die Sorbische Minderheit konnten Sinti und Roma in der DDR nicht mit staatlicher Förderung ihre eigenen Traditionen bewahren und pflegen« (Schuch 2003, 101).

Die BürgerInnenbewegungen in der DDR interessierten sich ähnlich wie die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik vorrangig für ihre eigenen Interessen, also die Interessen der etablierten StaatsbürgerInnen und -bürger der DDR. So waren ihre Themen Frieden, Demokratie und Freiheit, Menschenrechte gegen Bespitzelung der BürgerInnen, Reisefreiheit, Umwelt, Frauenrechte u.ä. (Timmer 2000). Sowohl in der DDR wie in der BRD herrschte ein geheimes Einverständnis der Mehrheitsgesellschaften auch dort noch, wo es eigentlich um Freiheit und Menschenrechte gegangen ist. Das »Wir« der sozialen Bewegungen hatte hier wie dort ausgrenzende Effekte.

2. Theorien der Diskriminierung in der BRD

Die theoretische Debatte um einen Diskriminierungsbegriff in der Bundesrepublik ist bezeichnenderweise ebenso wenig entwickelt wie eine Geschichte der Diskriminierung und der Antidiskriminierung als solche und übergreifende bislang geschrieben worden ist. Somit ist unklar, worauf sich die politischen Antidiskriminierungsbegriffe außerhalb ihrer politischen Leitlinien, wie die internationalen Menschenrechtsabkommen und die Richtlinien der Europäischen Union, eigentlich beziehen. Die Debatte wird im Rahmen der Diskussionen um das Antidiskriminierungsgesetz ebenfalls ausschließlich politisch geführt, wissenschaftliche und theoretische Expertise, wie beispielsweise im Feld des Gender-mainstreaming finden bislang kaum Berücksichtigung. Zwangsläufig würde ein Einstieg in die Begriffsdebatte eine Ausdifferenzierung der Sichtweisen und eine stärkere Gewichtung des Themas bedeuten. Eine solche Debatte wäre auch dringend notwendig, um Fortbildung und politische Bildungsarbeit auf diesem Feld weiterzuentwickeln. Im Folgenden möchte ich einige Aspekte und Ansätze der Begriffs- und Forschungsdebatte in der Bundesrepublik darstellen. Dabei bleibt die Normalitäts-, Stigma- und Vorurteilsforschung (z. B. Link 1997, Markefka 1995) unberücksichtigt.⁶ Zur wissenschaftlichen Untersuchung von Diskriminierung gehört das gesamte Feld der Analyse unterschiedlicher Diskriminierungsformen, wie

zum Beispiel Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit, Klassismus, Heterosexismus u. a. Hierzu liegen in den einzelnen Feldern auch in Deutschland mittlerweile etliche Studien vor, auf die ich in diesem Kontext nicht eingehen werde.⁷ Eine übergreifende, verbindende Debatte, über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Diskriminierungsformen sichtbar gemacht sowie Solidarität und wechselseitige Unterstützung hergestellt werden könnten, ist theoretisch wie politisch in der Bundesrepublik noch deutlich unterentwickelt. Einige der wenigen theoretischen Ansätze in der Bundesrepublik sollen deswegen im Folgenden dargestellt werden.

2.1. Soziale Schließung durch die Mehrheitsgesellschaft (Rommelspacher)

Birgit Rommelspacher kommt zu dem Fazit: »Die deutsche Politik und Gesellschaft kann also generell als stark ausgrenzend und hierarchisierend gelten« (Rommelspacher 2002, 163). Ihr psychologischer Ansatz von Diskriminierung fasst diese als einen dynamischen Prozess von Ausgrenzung auf der Grundlage eines immer wieder hergestellten Fremdmachens der in der jeweiligen Gesellschaft als »andere« Subjekte definierten. Dieses Fremdmachen der Anderen soll den jeweiligen Status' der Privilegierung aufrechterhalten und geht mit Abwertung und schließlich Ausgrenzung der »Anderen« einher: »Mit der Distanzierung wird also auch eine soziale Asymmetrie hergestellt, indem den Anderen Wertschätzung und Anerkennung verweigert wird. Die soziale Distanz ist dabei notwendige Voraussetzung für die Abwertung, denn aus der Nähe betrachtet ist nicht zu verstehen, warum z. B. Menschen mit schwarzer Hautfarbe weniger Wert haben und weniger Ansehen genießen sollen als Weiße. Insofern haben in dem Fall die Stereotypen die Funktion gesellschaftliche Statuszuweisungen zu rechtfertigen« (Rommelspacher 2002, 14). Die Durchsetzung der hegemonialen Statusfelder geschehe durch die Reproduktion von *Normalitätsvorstellungen*: »Soziale Schließungen vonseiten der Etablierten setzen sich im Alltag vor allem mithilfe der herrschenden Normalitätsvorstellungen durch. Die Mehrheitsangehörigen glauben, dass das Leben in der Normalität sie befugt, die Bedingungen zu diktieren, unter denen sie sich bereit erklären, den Anderen die Tür ein Stück weit zu öffnen und sie gegebenenfalls auch wieder zu schließen« (Rommelspacher 2002, 18). Diese Prozesse

6 Diese Arbeiten haben zwar bedeutende Beiträge für die Antidiskriminierungsarbeit geleistet, lassen in ihren Ansätzen jedoch wichtige Dimensionen einer Diskriminierungstheorie außer acht, wie beispielsweise die institutionelle und politische Zementierung von Diskriminierung und ihre vielfältigen kulturellen Reproduktionsmuster sowie den Zusammenhang zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen und daraus resultierende Fragen der Kooperation in der Antidiskriminierungsarbeit. Teilweise kommt der Diskurs über Normalität sogar ohne Diskriminierungstheorie aus (vgl. u. a. Link/Loer/Neuendorff 2003).

7 Vgl. exemplarisch u.v.a. zu Rassismus Räthzel 1994 u. 2000, Holzkamp 1996; zu Sexismus Maihofer 1995, zu Antisemitismus Benz 1992ff; Benz 2004. In weiteren Feldern der Antidiskriminierungsarbeit wie zu den Themen Alter, sexuelle Identität/Lesben, Schwule, Behinderung liegen ebenfalls viele Analysen vor. In manchen Studien werden auch Zusammenhänge zwischen einzelnen Diskriminierungsformen aufgezeigt, wie u. a. A.G. Gender-Killer 2005. Eine umfassende Bibliographie der deutschsprachigen Literatur im Themenfeld Antidiskriminierung/Diskriminierung ist Desiderat.

führen nach Rommelspacher zu aktiver Diskriminierung, das heißt konkretem Ausschluss von Personen aus Bildung, Beruf, politischer Partizipation, kultureller Repräsentanz, kurz gesellschaftlicher Anerkennung. Rommelspacher gehört auch zu den wenigen in der Bundesrepublik die den Zusammenhang zwischen Klassendiskriminierung und anderen Diskriminierungsverhältnissen überhaupt herstellen: So sieht sie im gesellschaftlich gegebenen »Leistungssystem den Menschen unterschiedliche Wertigkeiten zugeschrieben, die über den Erwerbsbereich hinaus ihre Position in der Gesellschaft bestimmen« (Rommelspacher 2002, 71; auch Rommelspacher 2005).

2.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer und Forschungsgruppe)

Die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer in Bielefeld hat mit ihrer 2002 begonnenen Langzeitforschung über »die Verbreitung und die Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« in Deutschland einen der wenigen Beiträge geleistet, »die nicht im öffentlichen Rampenlicht stehenden Abwertungen gegen schwache Gruppen auf die Tagesordnung zu heben und damit einer Verschiebung von Normalisierungsstandards feindseliger Einstellungen entgegenzuwirken« (Heitmeyer 2006, 10).

In den Studien wird mit dem Diskriminierungsbegriff gearbeitet, wenngleich Diskriminierung nicht der Gegenstand der Forschung ist, sondern die Untersuchung von Einstellungen, Vorurteilen, Meinungen zu gesellschaftlichen Gruppen, die von den ForscherInnen bereits als diskriminiert, ausgegrenzt, marginalisiert ausgemacht worden sind. Mit dem Begriff der »Abwertung« werden die Ergebnisse der Studie, also die artikulierten Positionen der befragten Menschen, entsprechend kategorisiert. »Abwertung« ist also eine Kategorie von Meinungen und Vorurteilen, Stereotypen, kann aber auch im Bereich der Diskriminierung zu finden sein. Diskriminierung wird von der Forschergruppe zwar von Abwertung und Einstellungen, Meinungen etc. unterschieden, da sie bereits ein aktives Handeln voraussetzt, also mindestens die Äußerung der Einstellung in einem Kontext, da aber die Studie das Äußern in einem gesellschaftlichen Kontext jedoch voraussetzt, ist damit zugleich die Schwelle zur Diskriminierung überschritten. Insofern halte ich es für durchaus berechtigt, dass davon gesprochen werden kann, dass die Bielefelder Studien »Diskriminierungspotentiale« in der Gesellschaft erfassen. Zudem enthalten die Studien auch Beispiele, das heißt Falldarstellungen von konkreten aktiven Diskriminierungen und Gewalttätigkeiten gegenüber den untersuchten Gruppen und zeigen damit, dass die Einstellungen nicht nur in Köpfen existieren, sondern eine Praxis außerhalb derer haben, die reale, belastende oder tödliche Folgen für Menschen hat (Heitmeyer 2006, 193 ff.): »Wiederholt wurde gezeigt, dass auch zwischen Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten substantielle Zusammenhänge bestehen ... Daher ist die Erforschung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor allem deshalb wichtig ...« (Asbrock u. a. 2006, 156). Die Schwelle zu aktivem diskriminierendem Verhalten werde jedoch häufig nicht überschritten, weil es in gesellschaftliche Konflikte hineinführen kann: »Eine negative Einstellung zu haben ist für eine Person mit relativ geringem Risiko verbunden, da sie

nicht geäußert werden muss, während diskriminierendes Verhalten häufig offensichtlich ist und in der Gefahr steht, zumindest gesellschaftlich sanktioniert zu werden. Hier ist also anzunehmen, daß noch andere Einflußfaktoren neben der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* auf das Verhalten wirken« (Asbrock 2006, 157). Die Gruppe untersucht nicht, wie weit sich im privaten und unmittelbaren familiären und freundschaftlichen Umfeld oder auch am Arbeitsplatz in Nichtgegenwart der diskriminierten Gruppe die Vorurteile doch in ein soziales und öffentliches Verhalten wandeln. Die Bielefelder Gruppe wählt bewusst den Begriff der Menschenfeindlichkeit und verdeutlicht damit das aggressive Potential: »*Menschenfeindlichkeit* zielt nicht auf ein Feindschaftsverhältnis zwischen einzelnen Personen, sondern bezieht sich auf *Gruppen*. Werden Personen aufgrund ihrer gewählten und oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten, der Abwertung und und Ausgrenzung ausgesetzt, dann sprechen wir von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*« (Heitmeyer 2006, 21).

In Erweiterung vorangegangener Studien hat die Gruppe in ihren neuesten Report folgende Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufgenommen: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Homophobie, Abwertung von Behinderten, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus. (Heitmeyer 2006, 22)

Während Sexismus eher abgenommen hat, sind die »Abwehrhaltungen« gegenüber Homosexuellen, Behinderten, Obdachlosen; Juden, MigrantInnen unverändert stabil geblieben (Heitmeyer 2006, 31)

Die Bielefelder Studien haben auch immer wieder einen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Abwertungen hergestellt. Wer also dazu neigt eine Gruppe herabzusetzen, hat sehr oft auch Vorurteile gegenüber anderen hier untersuchten Gruppen (Asbrock u. a. 2006, 158 ff.). Diese Ergebnisse decken sich mit vielen englischsprachigen Untersuchungen und theoretischen Entwürfen, die die Zusammenhänge von unterschiedlichen Diskriminierungsformen aufzeigen und hier auch in der politischen Bildungsarbeit ansetzen (siehe Kap. II).

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass es keine ausreichenden Gegenbewegungen und effiziente Politiken gegen diese Haltungen gegeben hat und gibt. Dies bestätigen auch diverse Studien im Kontext der Europäischen Union.

Die Bielefelder Forschungsgruppe sieht die Ursachen für die Diskriminierungspotentiale in Deutschland vorrangig im Kontext der ökonomischen Verhältnisse und der daraus abgeleiteten Folgen: »Kontrollverluste, Ungerichtetheit, Unbeeinflussbarkeit« (Heitmeyer 2006, 16), in einem hohen Maß an »individuellen sozialen Desintegrationsängste(n)« (Heitmeyer 2006, 17), labileren sozialen Beziehungen (Mansel u. a. 2006, 41). »Verunsicherungen bezüglich der eigenen Versorgung« bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter (ebd., 43), »Der Zusammenhang von Soziallage und dem Ausmaß der Abwertung der Gruppen wird also durch die Wahrnehmung der Krisen *vermittelt* bzw. *mediert*.« (Mansel u. a. 2006, 46). Dies trifft sowohl auf Menschen in bereits gege-

bener unsicherer Lage zu, aber vor allem auf die potentiell vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten.

Die Gewichtung des ökonomischen Ursachenfaktors als zentraler Fokus für die Erklärung von Diskriminierungspotentialen teilt die Bielefelder Forschungsgruppe eindeutig mit weiten Teilen der heterogenen bundesrepublikanischen Linken. Der daraus zwangsläufig resultierende Gedanke: stabile Ökonomie, soziale Sicherheit, einigermaßen ausgeglichene soziale Verhältnisse, vielleicht Grundeinkommen, gerechtere Umverteilung von Geld und Arbeit führe früher, aber mindestens später zu einer diskriminierungs- und stereotypenfreien Gesellschaft, hat sich in der Geschichte und Gegenwart von staatlichen Organisationen nicht bewahrheitet. Die Konzentration auf die kapitalistische Ökonomie oder überhaupt die Ökonomie (auch als Alternative) blendet die lange und zum Teil jahrhundertelange, auch weltweite Geschichte von Diskriminierung und Unterdrückung und ihren unmittelbaren Zusammenhang zu Herrschaft und Macht immer wieder aus, ordnet diesen Aspekt der Ökonomie unter bzw. lässt ihn darin als deren Teilgebiet auf- und damit partiell untergehen. In gewisser Weise, und diese These möchte ich hier vertreten, ist linke Politik damit ein Pendant zur neoliberalen Ökonomisierung, eine Art Spiegelbild. Das heißt, auch diese vermeintlich alternative Politik rechnet mit dem »Opfer«. Denn wo der Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung in ökonomischen Feldern gelegt wird, wird gewissermaßen in Kauf genommen, dass andere Felder demgegenüber zu vernachlässigen sind. Eine radikale Verbindung der Felder miteinander, ein Zusammenführen aller Aktionsformen gegen jede Art von Menschenverachtung steht derzeit nicht vorrangig auf der Agenda deutscher Antidiskriminierungsarbeit, sie wird nur hier und dort ansatzweise ins Auge gefasst.

Menschen mit einem linken Weltbild scheinen nach der Studie weniger anfällig für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu sein, sie sind jedoch nicht frei davon. Besonders anfällig ist laut der Bielefelder Studie die politische Mitte für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Zick/Küpper 2006, 115). Hier droht vor allem die Möglichkeit, dass das »Vorurteil selbst die Norm wird« (Zick/Küpper 2006, 116). »Die Mitte kann ihre Vorurteile als normal wahrnehmen, weil ihre Meinungen tatsächlich oder vermeintlich Konsens sind, und zwar zum einen als vermeintliche Übereinstimmung mit Mehrheiten, d. h. als der Eindruck so zu denken, wie die meisten Mitglieder der Gesellschaft, zum anderen als vermeintliche Entsprechung einer Norm, d. h. der Meinung zu sein, so zu leben wie es üblich und richtig ist« (Zick/Küpper, 116), denn »1. Die politische Mitte und jene, die ihre Position als »eher rechts« verorten, betonen die eigene Normalität – deskriptiv wie normativ – in besonderem Maße. 2. Wer Vorurteile äußert, verweist besonders auf die eigene Normalität. 3. Vorurteilsbelastete Befragte der politischen Mitte und rechts der Mitte betonen ihre Normalität unabhängig davon, ob sie gerade Vorurteilen zugestimmt haben oder nicht. Politisch links Positionierte bedienen sich des Normalitätsverweises insbesondere dann, wenn sie ganz unmittelbar zuvor Vorurteile geäußert haben« (Zick/Küpper 2006, 128). Diese Unter-

suchungsergebnisse bestätigen meine eigenen Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit. Welche Konsequenzen lassen sich daraus ziehen? Der Normalitätsverweis, der Versuch der Herstellung von Norm und Normalität folgt der Logik der Universalisierung und Totalisierung. Andere Gedanken, Lebensweisen etc. werden dann nicht mehr als gleichberechtigte wahrgenommen, die man zwar selbst nicht leben muss oder will, aber als solche akzeptieren kann, ihnen mit Neugier oder vielleicht auch mit Gleichgültigkeit begegnet (nicht aber mit Herabsetzung, Abwertung, Diskriminierung, Unterdrückung, Gewalt). Für Bildungsarbeit bedeutet das, Strategien des differenzierten Denkens, das Begreifen von Vielfalt zu unterstützen. Dazu müssen Kommunikationsräume geschaffen werden, in denen dies geübt werden kann. Linke neigen nach dieser Untersuchung also eher dazu, die eigenen Vorurteile nicht wahrhaben zu wollen, eine Auseinandersetzung damit zu verweigern und dies geschieht mit Hilfe der Reproduktion von den gleichen Normalitätskonstruktionen wie sie rechte Denkweisen in sich bergen. Hier fehlt also ebenfalls ein Potential zum differenzierten Denken und zum Sich-Selber-in-der-Gesellschaft und nicht qua linker Position außerhalb ihrer zu denken. Für politische Bildungsarbeit im Antidiskriminierungsbereich, aber nicht nur für Bildungsarbeit, sondern überhaupt für politische Arbeit bedarf es also der Entwicklung von Denk- und Handlungsinstrumentarien der Pluralität. Insofern sich linke oder links orientierte Menschen in einer Gesellschaft der Konkurrenz, der Abwertungen und der Diskriminierungen bewegen, in dieser Gesellschaft sozialisiert worden sind und täglich werden, haben auch sie ihre Mechanismen partiell verinnerlicht, möglicherweise weit mehr als ihnen bewusst ist oder sie erkennen können. Das heißt aber, wenn sie gleichzeitig auch etwas anderes denken können und denken können wollen, werden sie sich beständig selbstreflexiv auf dieses Denken verhalten und wechselseitig und dialogisch politisch sozialisieren müssen. Hierzu bedarf es einer Schärfung des Sehens, Wahrnehmens, Denkens von Verschiedenheit und Gemeinsamkeit in einer Kultur des grundsätzlichen Wohlwollens.

3. Bundesdeutsche (Anti-)Diskriminierungspolitik im Kontext der EU

3.1. Europapolitische Definition von Diskriminierung

Die Europäische Union gibt im Kontext ihrer Antidiskriminierungsrichtlinien, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen, eine Definition von Diskriminierung:

»Als Diskriminierung gilt, wenn eine Person oder eine Gruppe von Personen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung weniger gut behandelt wird als eine andere (unmittelbare Diskriminierung), oder wenn eine scheinbar neutrale Bestimmung darauf abzielt, eine Gruppe von Personen aus den genannten Diskriminierungsgründen zu benachteiligen, wenn dies nicht objektiv gerechtfertigt ist (mittelbare Diskriminierung). Anders ausgedrückt, Diskriminierung bedeutet, dass

Menschen ohne triftigen Grund anders, negativ oder schlecht behandelt werden. Entsprechend den Menschenrechtsbestimmungen bedeutet Diskriminierung, dass aus einem unzulässigen Grund zwischen bestimmten Einzelpersonen oder Gruppen unterschieden wird. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Menschen nicht einfach wegen ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung benachteiligt werden dürfen. Diese Behandlung wird Diskriminierung genannt und ist rechtswidrig. ... Belästigung ist jedes unerwünschte physische oder verbale Verhalten, das andere beleidigt oder erniedrigt. Ein solches Verhalten kann die Fähigkeit der Betroffenen, eine Arbeit auszuüben oder eine Dienstleistung zu erlangen, beeinträchtigen. Belästigung ist eine Art von Diskriminierung. Belästigung ist als Form der Diskriminierung zu betrachten, wenn ein unerwünschtes Verhalten im Zusammenhang mit einem der genannten Gründe an den Tag gelegt wird mit dem Zweck oder der Wirkung einer Verletzung der Würde einer Person und der Schaffung einer einschüchternden, feindseligen, herabsetzenden, erniedrigenden oder beleidigenden Atmosphäre. Eine Belästigung kann in einem einzigen Vorfall oder in mehreren Vorfällen innerhalb eines bestimmten Zeitraums bestehen. Sie kann viele Formen annehmen, beispielsweise: Drohungen, Einschüchterung oder Beschimpfungen; unerwünschte Bemerkungen oder Späße über Themen wie beispielsweise ethnische Zugehörigkeit, Religion, Behinderung oder Alter; Zur Schau-Stellen rassistischer oder sonstiger beleidigender Bilder oder Plakate.«⁸

Die Definition lässt keinen Zweifel daran, dass Diskriminierung auf vielen Ebenen stattfindet und auf allen Ebenen gestoppt werden muss, dazu gehört auch die Ebene des Sprechens.⁹

Dadurch dass mit Bezug auf EINEN Diskriminierungsbegriff unterschiedliche betroffene Gruppen beschrieben werden, wird ein Bezug zwischen all diesen Formen der Diskriminierung hergestellt. Sie werden nicht isoliert betrachtet, aber in unterschiedlichen Formen dennoch auch wahr genommen, wie die eigenständigen Arbeitsfelder in der EU gegen Rassismus, Antisemitismus, Gender-mainstreaming u. a. deutlich machen.

3.2. Die europäischen Richtlinien gegen Diskriminierung

Im Jahr 2000 verabschiedete die Europäische Union ihr Antidiskriminierungspaket mit Maßnahmen zur »Durchsetzung des Rechts auf Gleichbehandlung aller Menschen und überall und zur Stärkung der Achtung der Menschenrechte in der gesamten EU. Das

⁸ http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/faq/faq_de.htm [20.6.2006]

⁹ Judith Butler hat in ihrem Werk »Hass spricht« die Komplexität verletzender Rede in ihren Tiefendimensionen beschrieben. Dabei weist sie auch auf die Schwierigkeit hin, eine Sprache der Abwertung und Herabsetzung zu kritisieren, weil damit immer auch die Verletzung erneut aufgerufen wird: »Alle Bemühungen hate speech zu regulieren, führen letztendlich dazu, daß man dieses Sprechen in aller Ausführlichkeit zitiert, lange Listen von Beispielen anführt, das Sprechen zu regulierenden Zwecken kodifiziert oder pädagogisch den Kanon der Verletzungen durchnimmt, die hate speech auslöst. Offenkundig ist die Wiederholung unausweichlich, wobei die strategische Frage, wie man sie am besten gebraucht, offenbleibt« (Butler 2006, 65).

Paket bestand zunächst aus zwei Richtlinien der EU: »der Rassendiskriminierungsrichtlinie (2000/43/EG), die Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft verbietet, und der Gleichbehandlungsrichtlinie (2000/78/EG), die Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf verbietet.« Diese Richtlinien »verbieten Diskriminierung in Beschäftigung und Ausbildung. Hierunter fallen insbesondere Einstellung und beruflicher Aufstieg, Ausbildungsangebot, Arbeitsentgelt, Arbeitsbedingungen und -praktiken und Entlassungen. [...] Die Richtlinie über die Gleichbehandlung der Rassen verbietet außerdem Diskriminierung in den Bereichen Bildung, Sozialversicherungsleistungen, Gesundheitsdienste und Erwerb oder Miete von Gütern und Dienstleistungen einschließlich Wohnraum.«

Die Richtlinien ergänzen die Richtlinien zur Gleichbehandlung der Geschlechter. Sie sollten bis Ende 2003 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Eine Zusatzfrist von 3 Jahren war möglich, wenn Schwierigkeiten bezüglich der Umsetzung der Diskriminierung bezüglich Alter und Behinderung auftraten, die Kommission musste informiert werden. Die Mitgliedstaaten konnten ihren kulturellen und rechtlichen Rahmen berücksichtigen, müssen jedoch einen Mindestschutz gewähren.

Ein sensibles und in der Diskussion sich befindendes Thema ist die Frage, wie Diskriminierung erfasst werden soll, insbesondere welche statistischen Daten wie erhoben werden sollen. Strenge Datenschutzgesetze in einzelnen Ländern verbieten vielfach Formen der Erhebung, die eventuell für die Erfassung von Diskriminierung auf den ersten Blick nützlich erscheinen, z. B. sexuelle Orientierung am Arbeitsplatz. Dennoch lässt sich feststellen, dass sehr viel erfasst wird und erfasst werden kann, ohne bestehenden Datenschutz zu verletzen. Die EU fordert, dass die Daten eine solche Qualität haben, dass Vergleichbarkeit, Zuverlässigkeit, und Einhaltung der Datenschutzgesetze gewährleistet sind (Reuter u. a. 2004).

3.3. Alternativbeispiele für staatliche Antidiskriminierungspolitiken

Die EU hat eine Studie in Auftrag gegeben, in der Positivbeispiele aus anderen Ländern für einen ganz unterschiedlichen Umgang mit Antidiskriminierung vorgestellt werden: »Projet Medis (Measure des discriminations), Vergleichende Studie über die Sammlung von Daten mit dem Ziel der Bemessung des Ausmaßes und der Auswirkung von Diskriminierung in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Großbritannien und den Niederlanden« (2004). Die Staaten wurden für die Studie ausgewählt, weil sie Daten über die Situation von MigrantInnen und ethnischen Gruppen erheben und weil sie Maßnahmen zur »positiven Diskriminierung« durchgeführt haben und durchführen. Sie erkennen auch den Umstand der mittelbaren Diskriminierung zum Beispiel im Beschäftigungsbereich an und haben Handlungswerkzeuge für eine »aktive Gleichbehandlungspolitik« (ebd., 7) entwickelt. Außer Großbritannien verwendet kein Land die Bezeichnung »rassische oder ethnische Herkunft« zur Erhebung von Daten, dennoch werden Daten aufgrund von Herkunftsländern und Nationalitäten er-

fasst und als Grundlage zur Feststellung von Diskriminierungsvorgängen verwendet (ebd.).

Es gibt in den Ländern Unterschiede bezüglich der »Empfindlichkeit gegenüber Diskriminierungen«, ethnische und rassische Diskriminierung sind einhellig abgelehnt, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung nicht überall gleichermaßen. Gleichbehandlungsgesetze gelten selten für religiöse Gruppen, nie für Homosexuelle (ebd., 10). Unterschiede bestehen in der Datenerfassung, manche Erhebungen sind gesetzlich verboten (ebd., 11). Behinderung und Religion werden erfasst, sind aber weit weniger Gegenstand für aktive Maßnahmen, sexuelle Orientierung ist kaum erfasst, kein Gegenstand von aktiven Gleichbehandlungsmaßnahmen, ethnische und rassische Diskriminierung hingegen immer (ebd., 11). Für eine aktive und von anderen Ländern deutlich unterschiedene erfolgreichere Antidiskriminierungsarbeit wurden folgende Aspekte festgestellt:

- Übernahme historischer Verantwortung-Wiedergutmachungspolitik
- anderer sozialer und politischer Kontext
- juristische und administrative Maßnahmen und Konzept der mittelbaren Diskriminierung, positives Handeln, affirmative action
- Aufbau eines öffentlichen Problems
- Einführung in Rechtsprechungen
- Untersuchung der Auswirkungen von Diskriminierung
- Diskussionen um universelle Norm

Auch wenn die Entwicklungen in den untersuchten Ländern nicht nur Erfolgsgeschichten sind, so ist die aktive Herangehensweise dieser Länder doch sehr verschieden von der Entwicklung in der Bundesrepublik.

3.4. Europäische Kampagne gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz

Die EU hat im Rahmen der Begleitung der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien eine Kampagne gestartet und Materialien in den Sprachen der Mitgliedsländer zur Verfügung gestellt: »Für Vielfalt – gegen Diskriminierung.«¹⁰ Das Paket richtet sich vorrangig an Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Richtlinien und neuen Bestimmungen werden erläutert, des weiteren gibt es »fünf Factsheets mit Basisinformationen über die EU-Politik gegen Diskriminierung und mit praktischer Wegweisung, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer Diskriminierung verhindern und bekämpfen können.« Mit diesem Material soll folgendes erreicht werden:

- »Menschen zum Nachdenken darüber anregen, wie sie sich Kollegen, Mitarbeitern und Kunden gegenüber verhalten – »Ich diskriminiere niemanden – oder doch?«
- Opfern von Diskriminierung Ratschläge geben, wie sie reagieren und wo sie Schutz suchen können

¹⁰ Vgl. <http://www.stop-discrimination.info> [15.6.2006]

- dazu beitragen, mit Hilfe von Leitlinien und bewährten Verfahren für Unternehmen und andere Organisationen diskriminierungsfreie Arbeitsplätze zu schaffen
- mit der Frage »Ist es gut fürs Geschäft?« auf die Vorteile der Vielfalt für Unternehmen aufmerksam machen
- die Fragen beantworten, die Menschen am häufigsten zur europäischen Antidiskriminierungspolitik stellen
- Nationale Arbeitsgruppen sind aufgefordert, ihr eigenes ergänzendes Material einzubringen, etwa Einzelheiten der einzelstaatlichen Gesetze zur Umsetzung der Richtlinien oder Näheres zur Opferunterstützung in ihren Mitgliedstaaten.«

Das Aktionsprogramm hat drei Hauptziele: »Förderung eines besseren Verständnisses von Diskriminierung und des zugrunde liegenden Verhaltens durch Forschungsstudien; Entwicklung von Handlungskompetenzen bei der Bekämpfung von Diskriminierung durch Förderung des Informationsaustauschs über die in verschiedenen Ländern eingeführten Maßnahmen und deren Wirksamkeit; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Wichtigkeit der Bekämpfung von Diskriminierung und Aufklärung über die Schritte zum Schutz vor ungerechter Behandlung« (ebd., 34).

Die fünf Materialien (Factsheets), die zur Verfügung stehen, klären alle auf den jeweils bezogenen Schwerpunkt auch darüber auf, was Diskriminierung ist und beziehen sich auf die einschlägigen EU-Richtlinien. Es ist zunächst einmal positiv hervorzuheben, dass mit diesen Materialien bezüglich des Arbeitsplatzes Diskriminierung überhaupt thematisiert wird und dazu aufgefordert wird, die verschiedenen Diskriminierungsformen zu beachten und gegen Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen aktiv zu werden. Zu beachten gilt, dass es sich hier um offizielles Material der EU handelt. Dass der Bereich Arbeit ausgewählt wurde, scheint kein Zufall, weil mit Antidiskriminierungspolitik gleichzeitig eine Diversitypolitik verbunden wird, die diese als mögliche Effizienzsteigerung für die Unternehmen behauptet und vorschlägt.¹¹ Dadurch kommt es zu einer diffusen Vermischung, weil nicht klar ist, ob es in erster Linie um Anerkennung und Schutz und Recht geht oder mehr der materielle Effizienzgrad eine Rolle spielt. Da die Materialien bzw. die Kampagne sich nur auf den Arbeitsplatz beziehen und nicht auf das Thema »Arbeit« oder »Arbeiten« werden ohnehin nur die vermeintlich »Effizienten«, da »Werk tätigen« oder potentiell Effizienz Versprechenden in den Blick gerückt. Die Unterschiede unter diesen bezüglich der Qualität der Arbeit und des Arbeitsplatzes sowie der ungleichen Entlohnung werden nicht berücksichtigt, da Klassenstatus hier kein Diskriminierungskriterium ist. So wundert es nicht, dass die Maßnahmen, die in den Factsheets vorgeschlagen werden vor allem rechtli-

11 Im Unterschied zu einer auf Social Justice bezogenen Diversitypolitik (siehe Kap. II) wird im Kontext von Wirtschaft und Politik unter Diversity eine Förderung von Vielfalt und Verschiedenheit der Arbeitnehmeridentitäten verstanden, die der Effizienz der Unternehmensorganisation und der KundInnenkreiserweiterung förderlich sein soll. Dabei sollen die Macht- und Ungleichheitsverhältnisse auf einer sozialen Ebene aber möglichst unangetastet bleiben: »Managing Diversity beschäftigt sich nicht nur primär mit ethnischen und sozio-moralischen Themen, sondern es geht auch um menschliche Leistungen, Gewinnmaximierung und Wettbewerbsfähigkeit« (Sepehri/Wagner 2002, 133).

cher Natur sind sowie auf Weiterbildung und Bildung setzen, ein wenig auf wechselseitige Solidarität, nicht aber auf politisches Agieren und Kampagnen am Arbeitsplatz. Die Frage der Machtverhältnisse, das heißt der Hierarchie- und Dominanzverhältnisse auf einer Klassenebene bleibt unberührt.

Anfangs habe ich meine Wohnung am Abend gar nicht verlassen – als ich vor einem Jahr nach Deutschland kam. Ich hatte Angst, weil ich so viele schlimme Geschichten gehört hatte. Mittlerweile fühle ich mich wohler, aber jetzt noch gehe ich in der Dunkelheit niemals allein auf die Straße. Und tagsüber achte ich immer darauf, wo ich hingeh. Welche Gegenden für mich ungefährlich sind, haben mir – gleich als ich in Potsdam ankam – Afrikaner aus meinem Studiengang erklärt. Wenn man sich doch in die falsche Gegend verlaufen hat, sollte man nicht zögern, die Polizei zu rufen. Besonders schmerzlich ist für mich der Tipp von Freunden, nicht einmal in die Nähe von Fußballstadien zu gehen. Obwohl ich Fan bin, halte ich mich daran. Ich hatte bisher zwar noch keine Probleme wegen meiner Hautfarbe, aber ich weiß: Wenn ich auf der Straße angepöbelt werde, darf ich auf keinen Fall reagieren. (Richard Agyepong, 29, aus Ghana, studiert seit einem Jahr den »Master of Public Management« in Potsdam. TAZ v. 19.4.2006)

4. Die Umsetzung europäischer Antidiskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

4.1. Normalität von Diskriminierung in der BRD

Die Bundesrepublik hat alle wichtigen internationalen Abkommen und Chartas (vgl. Bundeszentrale 2004) zur Vermeidung und Vorbeugung von Diskriminierung unterzeichnet und sich auch in der Europäischen Union zur Umsetzung von deren Antidiskriminierungsrichtlinien verpflichtet. Nichtsdestoweniger zeigen eine Vielzahl von Studien immer wieder grösste Verstöße gegen die Menschenrechte und eine Alltagspraxis von Diskriminierung in der Bundesrepublik, der nur sehr wenig an alternativer Praxis von Antidiskriminierungsarbeit entgegensteht. So kommt eine Studie von Addy (2003) im Auftrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte zu dem Ergebnis, dass die Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus und xenophober Einstellungen in der Bundesrepublik durch eine Vielzahl von Aktivitäten geschieht, denen keine oder wenige Gegenmaßnahmen gegenüberstehen: alltägliche Diskriminierungen beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen, Dienstleistungen; Abwesenheit oder mangelnde Effektivität von Antidiskriminierungsmaßnahmen; Verbreitung von rassistischen und antisemitischen Gewalttaten; Zunahme von extremistischen Gruppen; Förderung von Diskriminierung durch bestimmte Medien und Politiker; Verwendung von neuen Technologien zur Verbreitung von Rassismus (ebd., 13). Rassismus drückt sich in der

Bundesrepublik in »subtilen Alltagsdiskriminierungen...und in mangelhaftem Schutz vor gewaltsamen Übergriffen« aus (ebd., 16). In der Bundesrepublik war Rassismus in Verbindung mit der Verklärung von Volk und Nation ein zentraler Bestandteil der faschistischen Ideologie (ebd., 17), Rassismus wurde lange Zeit in Deutschland nur im Kontext von Nationalsozialismus diskutiert (ebd., 18) und aus der Realität der Bundesrepublik ausgeblendet. Dabei sind rassistische Einstellungen in Deutschland unabhängig vom Status relativ konstant auftretende Erscheinungsformen (ebd., 19). »Wenig Beachtung fanden bislang auch die traumatisierenden Effekte für die Opfer der Gewalt sowie die integrationshemmenden Wirkungen von Diskriminierung, die vor allem Migranten, Flüchtlinge und ethnische Minderheiten betroffen haben« (ebd., 20). Die öffentliche Sensibilität für Diskriminierungen ist in Deutschland äußerst unzureichend (ebd., 21). Es gibt kaum verlässliche Daten über die Situation von Minderheiten in Deutschland, andererseits eine besondere Sensibilität bezüglich der Erfassung (ebd., 42).

Die Studie empfiehlt dringend aktive Maßnahmen in der Politik für die Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen:

- zivilrechtliche Maßnahmen, Klagemöglichkeiten, Zugang zu effektiven Rechtsansprüchen
- unabhängige Antidiskriminierungsstellen
- Konsequente Anwendung bestehender Strafrechtsrahmen
- Systematische Erfassung von Diskriminierungsfällen
- Unabhängige Bewertung der Antidiskriminierungspolitik
- Durchführung von Positivmaßnahmen
- Präventive Maßnahmen: antirassistische Arbeit, Menschenrechtsbildung
- Entwicklung selbstverpflichtender Verhaltenscodices (ebd., 13).

Antidiskriminierungsgesetze haben, bei aller Kritik, die man ihnen entgegenhalten kann, für Lesben und Schwule positive materielle Wirkung gehabt. Für Transgender-Menschen sind sie im Arbeitsrecht fast lebensnotwendig, weil schätzungsweise 80 Prozent von ihnen ihren Job verlieren, wenn sie sich in ihrem Wunschgeschlecht präsentieren. (Nico J. Beger, Quelle: (k)ein geschlecht oder viele hg. v. polymorph)

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass die Bundesrepublik erst im Juli 2006 mit dreijähriger Verspätung unter Androhung einer hohen Geldstrafe durch den Europäischen Gerichtshof ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet hat, welches in letzter Minute noch mit dem neuen Namen *Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz* versehen wurde.

4.2. Stand der Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien

Die folgenden vier EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sollten in der Bundesrepublik in einem Gesetz umgesetzt werden (vgl. Gesetzentwurf 2005):

- Die EU-Richtlinien – 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. EG Nr. L 180 S. 22),
- 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. EG Nr. L 303 S. 16) und
- 2002/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. EG Nr. L 269 S. 15),
- 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (ABl. EG Nr. L 373 S. 37)

Der von den Fraktionen »Grüne« und »SPD« Ende 2004 vorgelegte Gesetzentwurf war für bundesdeutsche Verhältnisse ein weitgehender Entwurf, der die Umsetzung der europäischen Richtlinien nicht auf einer Minimal-, sondern einer Maximalbasis gewährleisten sollte. Der Entwurf bezieht sich auf die Menschenrechte und das Grundgesetz als Ausgangspunkt: »Die Gleichheit vor dem Gesetz und der Schutz aller Menschen vor Diskriminierungen ist ein Menschenrecht, das in Deutschland insbesondere in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschrieben ist« (Gesetzentwurf 2004, 1). »Über das Gemeinschaftsrecht hinausgehend werden auch die Merkmale Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität und Geschlecht in den zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz einbezogen, weil ansonsten wesentliche Bereiche des rechtlichen Lebens aus dem Benachteiligungsschutz ausgeklammert bleiben« (ebd., 2). Das Klagerecht für Verbände war in diesem Entwurf vorgesehen. Der Entwurf war auch darum bemüht, die Errungenschaften und Denkweisen bezüglich der Geschlechtergleichstellung zu integrieren und enthält im Sinne von Gender-mainstreaming Abschnitte zu den »Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung« (ebd., 4). Der Entwurf erwähnt auch: »In Deutschland gibt es bisher keine Kultur der Antidiskriminierung...« (ebd., 20).

Bausteine des alten Entwurfs waren: die Beweislast liegt beim Diskriminierer, Verbände können klagen, positive Maßnahmen stellen keine Diskriminierung dar, arbeitsrechtliche Maßnahmen, die bereits existieren, werden neu gebündelt, in das Arbeitsrecht werden die Merkmale Altersdiskriminierung und sexuelle Orientierung neu eingeführt. »Der Gesetzentwurf trennt sich erstmals von einem reinen Ein-Merkmal-Ansatz (z. B. Gender, Behinderung) und geht einen ersten Schritt zu einem Diversity-Ansatz, der unterschiedliche Befähigungen und »Andersheiten« zusammenführt«

(Budde 2005, 24 f.). Der Entwurf von SPD und Grüne implizierte auch, »daß beim Aussuchen eines Mieters, beim Abschluß von Versicherungen oder bei Einstellung und Beförderung durch Arbeitgeber nicht danach entschieden werden darf, ob jemand Ausländer oder Deutscher, Frau oder Mann, heterosexuell oder homosexuell ist. Auch Alter, Religionszugehörigkeit oder Behinderung sollen demnach in der Regel kein Maßstab sein« (Preuss 2006, 263).

Dieser Entwurf wurde schon früh auf Druck der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft zurückgenommen, eine verwässerte Minimalform des Gesetzes immer noch verzögert, durch die angesetzte Bundestagswahl und die Ablehnung im Bundesrat weiter aufgeschoben.

Die Grünen haben im neuen Bundestag den im Bundesrat abgelehnten Entwurf neu eingebracht: »Der hier vorgelegte Gesetzentwurf zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien hatte im Deutschen Bundestag am 17. Juni 2005 bereits ein mal eine Mehrheit gefunden (Bundestagsdrucksachen 15/4538, 15/5717, 15/5723, Plenarprotokoll 15/182, S. 17211 B). Er verfiel dann aber der Diskontinuität, da der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrief und dieser die Beratung des Gesetzes über den Termin der Bundestagswahl am 18. September 2005 hinaus vertagte. Der Bundesrepublik Deutschland drohen nun empfindliche Strafen, da die Umsetzungsfrist von drei der vier europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien mittlerweile verstrichen ist, bei der Antirassismusrichtlinie 2000/43/EG und der Rahmenrichtlinie Beschäftigung 2000/78/EG bereits seit über zwei Jahren. Der Gesetzentwurf nähert sich dem gesetzlichen Diskriminierungsschutz sehr zurückhaltend und bewegt sich in seinen Instrumenten am unteren Rand dessen, was die vier EU-Richtlinien gegen Diskriminierung vorgeben. Verbände, die sich gegen Benachteiligungen aus Gründen der »Rasse« oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität engagieren, fordern vielfach weitergehende Regelungen ein. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringt den vorliegenden Gesetzentwurf im Interesse eines zügigen Gesetzgebungsverfahrens erneut in den Deutschen Bundestag ein. Damit soll die Verabschiedung eines wirksamen Antidiskriminierungsgesetzes beschleunigt und die Umsetzung der EU-Richtlinien 2000/43/EG, 2000/78/EG, 2002/73/EG und 2004/113/EG vorangetrieben werden.« Bemerkenswert ist, dass die Grünen keine Initiative ergriffen haben, das Gesetz in seiner ersten, viel weitergehenderen Form wieder einzubringen und dafür politisch zu mobilisieren. Darüber hinaus irritiert, dass sie sich mehr Sorgen um die empfindlichen Strafen für die Bundesrepublik machen als um die Folgen für die potentiellen Opfer von Diskriminierung. Der Antrag der Linkspartei v. 17.1.2006 schlägt vor, den bereits in den Bundesrat eingebrachten Gesetzesentwurf mit deutlichen Korrekturen aufzugreifen und umzusetzen: »1. An Stelle des eingeschränkten Anwendungsbereichs des Benachteiligungsverbots ist der Geltungsbereich für das Benachteiligungsverbot auf alle Schuldverhältnisse außerhalb des Familien- und Erbrechts auszudehnen. 2. Außer bei Gefahr für Leib und Leben der/des Betroffenen und

von Dritten sollte es keinen Ausnahmetatbestand geben. In diesem Zusammenhang ist die diskriminierende Regelung über die zulässigen Benachteiligungen im Hinblick auf die Vermietung von Wohnungen (s. § 20 Abs. 3 auf Bundestags drucksache 15/5717) ersatzlos zu streichen. 3. Verbänden ist das Verbandsklagerecht einzuräumen. 4. Das Gesetz braucht wirksame, verhältnismäßig (dem erlittenen Schaden an gemessen) und abschreckende Schadensersatz-(bzw. Schmerzensgeld-)Regelungen, damit Diskriminierer (ob als Person oder als Institution) wissen, dass ihre Taten nicht nur straf- und/oder disziplinarrechtlich geahndet, sondern auch mit empfindlichen Geldbußen (zugunsten der Diskriminierten) belegt werden können. 5. Der Begriff »Rasse« ist im gesamten Gesetzestext zu streichen. Als zusätzliche, verbotene Diskriminierungsgründe werden die Merkmale »Hautfarbe«, »Sprache«, »Nationalität« sowie »Staatsangehörigkeit« aufgenommen. 6. Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, zum diskriminierungsfreien Verhalten innerhalb des Betriebes beizutragen und zur Stärkung der Angehörigen von Minderheiten in ihrem Betrieb über vorbeugende Maßnahmen zu informieren« (Antrag Fraktion »Die Linke« 2006).

Auf Initiative der Großen Koalition von SPD und CDU wird der alte, weitgehende Gesetzesentwurf, der über die Anforderungen der EU hinausgeht, wieder in die Debatte und dann in den Bundestag eingebracht (Gesetzesentwurf 2006) und dort am 29. Juni 2006 verabschiedet. Das Gesetz heißt nun nicht mehr Antidiskriminierungsgesetz (ADG), sondern Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und findet im Bundesrat am 7. Juli 2006 die notwendige Zustimmung. Es tritt am 1. August 2006 in Kraft. Der neue Name des Gesetzes wurde offenbar deswegen gewählt, um keine Assoziationen an den Entwurf von SPD/Grüne aufkommen lassen, obwohl der Text weitgehend von diesem Ursprungsentwurf übernommen wurde. Deswegen taucht im Text auch der Diskriminierungsbegriff sehr oft auf, während sich der Begriff »Gleichbehandlung« nur schwer durchgängig unterbringen ließ. Dennoch verschleiert der Name des Gesetzes partiell, dass es in dem Gesetz um Ungleichheit und ungleiche Behandlungen geht, die mit Hilfe des Gesetzes beseitigt oder denen vorgebeugt werden soll. Denn Antidiskriminierungsarbeit ist von der Sache her keine Gleichbehandlungsarbeit, weil der Gegenstand, nämlich die Ungleichbehandlung und die damit verbundene Abwertung, Verweigerung von Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen und politischer Partizipation Maßnahmen und Handlungen erfordert, die dem gerecht werden und sich zwangsläufig von anderen Maßnahmen unterscheiden müssen. Dennoch könnte der Ansatz »Gleichbehandlung« (das Wort wurde dem EU-Text-Kontext entnommen) auch zu interessanten politischen Initiativen führen, beispielsweise in der Gleichstellung von lesbischen und schwulen oder anderen Lebensgemeinschaften mit bisher existierenden juristisch fixierten Formen oder der Gleichstellung verschiedener Geschlechter (transgender u. a.). Tatsächlich bietet das Gesetz, wenn es als Grundlage politischer Arbeit aufgefasst wird und politisch weiter entwickelt wird, hier eine Reihe interessanter Ansatzpunkte. Der Kern des Gesetzes lautet wie in seinem allerersten Entwurf: »Über das Gemeinschaftsrecht hinausgehend werden auch die Merkmale Re-

ligion und Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität und Geschlecht in den zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz einbezogen, weil ansonsten wesentliche Bereiche des rechtlichen Lebens aus dem Benachteiligungsschutz ausgeklammert blieben« (Gesetzentwurf 2006).

Bemerkenswert ist hier, dass unter »sexueller Identität« nun neben Lesben und Schwulen auch »bisexuelle, transsexuelle oder zwischengeschlechtliche Menschen« berücksichtigt werden, wohingegen unter Geschlecht offenbar nur Frauen und/oder Männer verstanden werden. Das Gesetz hält auch die Beteiligung der Antidiskriminierungsverbände fest, allerdings soll es sich bei der Beibehaltung dieser Regelung um ein Versehen gehandelt haben und die politische Auseinandersetzung darum setzt sich zunächst fort. Die zuständige Antidiskriminierungsstelle wird beim Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzt. Das Gesetz erlaubt auch, wie ursprünglich gefordert, den Einsatz »positiver Maßnahmen«, wenn sie zur Beseitigung von diskriminierenden Unterschieden dienen.

Das Gesetz enthält Ausnahmeregelungen für Religions- und Weltanschauungsverbände und erlaubt diesen von Gleichbehandlungsgrundsätzen abzuweichen. Bezüglich Alter enthält das Gesetz eine solche Bandbreite von Ausnahmeregelungen, das festgestellt werden muss, dass hierdurch berufliche Diskriminierungen aufgrund von Alter beibehalten werden sollen.

In der Begründung zum Gesetz wird auch die zum Beispiel im Unterschied zu angelsächsischen Ländern mangelnde Antidiskriminierungskultur in der Bundesrepublik festgestellt und das Gesetz als Ansatzpunkt zur Veränderung betrachtet (ebd., 23) und ausdrücklich eine politische Dimension formuliert: »Neben den individuellen Schutzwirkungen zugunsten der von Diskriminierung betroffenen wird mit dem Gesetz vor allem eine Signalwirkung im Hinblick auf alle Diskriminierungsmerkmale angestrebt. Das Gesetz ist Ausdruck des politischen Willens eine Kultur der Vielfalt und gegen Diskriminierung in Deutschland zu schaffen. Dazu gehört für die Problematik der unbeabsichtigten, aber auch strukturellen Diskriminierung zu sensibilisieren« (ebd., 30).

Es scheint bemerkenswert, dass nach den Debatten der letzten Jahre doch noch eine über die EU-Vorgaben hinausgehende Fassung des Antidiskriminierungsgesetzes verabschiedet wurde. Sicherlich hat der Zeitdruck und die Androhung eines Strafgebotes von 900000 Euro die Verabschiedung beschleunigt. Nicht zuletzt gilt das Gesetz aber auch als Zugeständnis der CDU an die SPD, die ihrerseits im Gegenzug der Einführung und Regelung eines Elterngeldes zugestimmt hat. Das Elterngeld wurde von vielen Verbänden als diskriminierend kritisiert, weil es diejenigen benachteiligt, die über geringe Einkommen verfügen. Aufschlussreich ist an diesem Deal, dass Diskriminierungen verschiedener Art mit dem Gleichbehandlungsgesetz in Frage gestellt und beseitigt werden sollen. Hierunter fällt aber nicht Klassismus, das heißt also Diskriminierung aufgrund des sozialpolitischen Status' oder aufgrund sozialer Herkunft. Diese Form der Diskriminierung ist auch im Gesetz nicht vorgesehen, auch nicht in den EU-Richtlinien, wenngleich die EU-Menschenrechtscharta eine Diskriminierungs-

verbot aufgrund zumindest sozialer Herkunft kennt.¹² An dieser Stelle wie auch bezüglich der Inhalte des Gesetzes bedarf es breiter Debatten und politischer Initiativen quer durch die Bevölkerung. Solche stehen in der Bundesrepublik ganz am Anfang.

In den vielen Jahren vor der Verabschiedung des Gesetzes gab es keine breite Diskussion und vielfältige Beteiligung in die Bevölkerung hinein. Mit Fragen von Diskriminierung und Antidiskriminierung sind in Deutschland die Institutionen auf Bundes- und Länderebene sowie auf kommunaler Ebene beschäftigt. Zuständigkeiten liegen bei den Ministerien für Familie, Senioren und Jugend, dem Innenministerium, dem Verfassungsschutz und Bundesgrenzschutz, dem Ministerium für Bildung und Forschung, dem Gesundheitsministerium, dem Justizministerium, den entsprechenden Ministerien auf Länderebene. Auf kommunaler Ebene finden sich Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, kaum Antidiskriminierungsstellen bislang. Parallel existieren staatlich geförderte oder freie Verbände und Nichtregierungsorganisationen. In einer Studie der EU werden die Strukturen in Deutschland dahingehend kritisiert, dass die meisten Nichtregierungsorganisationen staatlich bestimmt sind. Dies ist richtig, viele erhalten staatliche Gelder und sind dementsprechend von der staatlichen Politik in gewissem Umfang abhängig, wenngleich Gelder zugleich auch Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Insgesamt mangle es in Deutschland an zivilen Strukturen (Reuter u. a. 2004), das heißt an nicht-staatlichen Initiativen und Engagement von Bürgerinnen und Bürgern gegen Diskriminierung.

Es wäre wichtig für Deutschland, dass es nichts Besonders mehr ist, türkisch, jüdisch, schwarz oder homosexuell zu sein ... Ignaz Bubis, der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat mal gesagt, dass Xenophobie, Rassismus und Antisemitismus die gleichen Wurzeln haben und zusammenhängen. Ich finde, als Jude muss man sich Sorgen machen, wenn Türken angegriffen werden und umgekehrt. Aber hier gibt es wohl nicht so ein Solidaritätsgefühl unter den Minderheiten, zumindest glaube ich mittlerweile nicht mehr daran. (Jeffrey Peck, TAZ v. 27.2.2006)

12 In Artikel 14 zum Diskriminierungsverbot heißt es in der EU-Menschenrechtskonvention: »Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.« www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf [20.6.2006]

4.3. Das Berliner Konzept zur Integration und Migration

Dieses Problemfeld: die staatliche Orientierung und ihr Verhaftetsein in traditionellen Strukturen sowie der Mangel an Zivilstrukturen möchte ich an einem Beispiel aufzeigen. Der Berliner Senat hat am 1.2.2005 einer Berliner Senatsleitstelle gegen Diskriminierung eingerichtet und somit einen aktiven Schritt unternommen. Die Aufgabe der Leitstelle ist: Beratung, Moderation von Konflikten, Dokumentation und Faktensammlung, Berichterstellung, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und NGOs. Der Schwerpunkt ist auf Migration (Rassismus) und Weltanschauung gesetzt (Kroker-Stille 2005). Für Felder wie Behinderung, gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Frauen existieren bereits Senatszuständigkeiten. Ebenfalls im Jahr 2005 hat der Senat ein Konzept zur Integration und Migration verabschiedet: »Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin, beschlossen vom Berliner Senat am 23.8.2005, Drucksache 15/4208 Berliner Abgeordnetenhaus.«

Dieses vom Berliner Senat verabschiedete Konzept weist die Umbruchsituation aus, in der sich die bundesdeutsche Politik derzeit teilweise befindet und reflektiert daher auch noch Reflexe traditioneller (Anti)diskriminierungspolitik in Deutschland.

Das Konzept fokussiert »Integration«, nicht Kooperation oder Austausch oder Gerechtigkeit. Mit dem Stichwort »Integration« (wörtlich: Eingliederung) wird angezeigt, dass es hier um die »Dominanzgesellschaft« geht, die den hier lebenden »Anderen« ein Angebot für die Teilhabe macht. Dieses Angebot wird auf der Organisationsebene durch die Einbeziehung von verschiedenen Organisationen realisiert. Dabei handelt es sich nicht nur um MigrantInnenorganisationen, sondern auch um andere in der Antidiskriminierungsarbeit tätige Organisationen wie Schwulen-/Lesbenorganisationen. Mit diesem Integrationsbeirat hat der Senat einen kleinen Schritt zur Verbesserung politischer Partizipation getan. Das Konzept beginnt mit dem Satz: »Berlin ist eine von Einwanderung geprägte Stadt.« Die Wahrheit dieses Satzes, nämlich dass Berlin sich mit diesem Satz nicht als Einwanderungsstadt mit einer aktiven Einwanderungspolitik definiert, wird in dem Konzept jedoch auch deutlich. Zwar kritisiert das Konzept die mangelnde Zuwanderung und spricht sich für eine »offensive Zuwanderungspolitik« aus, Maßnahmen werden jedoch nur hinsichtlich der »Willkommenspolitik« (bessere Information und Integration, Sprachkurse) oder der Erleichterung von Einbürgerung und Aufenthalt formuliert, eine offensive Einwanderungspolitik wird nicht festgelegt (Maßnahmen zur gezielten Werbung von Menschen aus anderen Ländern, Forderung nach Lockerung und Verbesserung der Asylpolitik, Legalisierung von Flüchtlingen). Dies geschieht nicht mal dort, wo von Wirtschaft und internationaler Vernetzung von Wirtschaft die Rede ist. Bei der Formulierung, dass die Stadt einen »Wettbewerb um kluge und aktive Menschen« (ebd., 4) führt, könnte man die Frage aufwerfen, ob diese Formulierung nicht eine deutliche Form der Diskriminierung ist: Gibt es also Menschen, die als nicht klug oder als nicht aktiv verstanden werden? Gibt es überhaupt Menschen, die nicht klug und nicht aktiv

sind? Warum bedarf es dann dieser Adjektive? Sind damit alle Menschen gleichermaßen gemeint oder wird dadurch eine Hierarchie der Auf- und Abwertung von Menschen aufgemacht?

Obwohl sich das Konzept also traditionsgemäß auf Migration und Ausgrenzung, Diskriminierung und Integrationsnotwendigkeiten konzentriert, wird dieser Rahmen immer wieder erweitert, finden viele Verknüpfungen mit anderen Diskriminierungshintergründen und dem Thema Vielfalt statt. »Das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ist der städtische Normalfall« (ebd., 5). Die Vielfalt der MigrantInnencommunities wird betont und darauf auch eingegangen. »Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken« (ebd., 6). Das Integrationskonzept zielt auf vier Bereiche: Soziale und wirtschaftliche Integration (Zugänge zu Bildung und Arbeit), Rechtliche Integration (Aufenthalt, Staatsbürgerschaft, Politische Partizipation), Kulturelle und gesellschaftliche Integration (Sprache, Identität, Netzwerke); Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft (ebd., 7). Dabei wird die Verknüpfung mit anderen Diskriminierungsebenen angesprochen, zum Beispiel mit Klasse, die hohe Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen, die Diskriminierung von Obdachlosen (ebd., 67) die niedrigen Bildungsabschlüsse, die Lage der Frauen und Mädchen, die religiösen Hintergründe (ebd., 60 ff.). Das Ziel der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus auch innerhalb der MigrantInnencommunities ist ein Bekenntnis dazu, gegen jede Form von Diskriminierung aktiv zu werden, ebenso die Integration von »Gender-mainstreaming« und die Aufforderung »Ausgrenzung und Stigmatisierung entgegenzuwirken« (ebd., 21). Auch die Frage von Alter und Gesundheit bezüglich der Zugänge von MigrantInnen wird diskutiert und Maßnahmen werden vorgeschlagen (ebd., 43). Es wird für eigene MigrantInnenprojekte plädiert, die sich wiederum verknüpfen zum Beispiel mit Frauen- und Mädchenfragen (ebd., 54 ff.), den Themen von Lesben- und Schwulen u. a. Im Konzept wird auf die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU Bezug genommen, diese als Maßgabe akzeptiert und als »eine grundlegende Neuorientierung und Erweiterung der gegen Diskriminierungen gerichteten Politik des Senats« verstanden (ebd., 65). Das Konzept enthält also eine Vielzahl interessanter und verglichen mit dem Stand der Bundespolitik wegweisender Maßnahmen und Anregungen. Seine Glaubwürdigkeit wird in einem erheblichen Maße dadurch geschmälert, dass keinerlei »positive Diskriminierungsmaßnahmen« darin vorgeschlagen oder angestrebt werden, sondern allein auf Bildung, Schulung, Aufklärung gesetzt wird. Das lässt die Macht- und Interessenstrukturen der Mehrheitsgesellschaft außer acht. Die Beispiele anderer Länder (s.o.) haben gezeigt, dass nachhaltige Veränderungen nur über solche Aktivitäten erreicht werden konnten. Die Aussparung von Macht – und Interessenfragen in einem Antidiskriminierungskonzept führt dann automatisch dazu, dass letztlich die Interessen der Mehrheitsgesellschaft gewahrt bleiben, die »Anderen« doch »Andere«, im Sinne von sich außerhalb der Institutionen Befindliche bleiben sollen. Damit setzt sich eine Tradition bundesdeutscher Antidiskriminierungspolitik fort, in der die deutsche, Weiße, männli-

che, zunehmend auch weibliche Mittelschicht Räume für Integration aufmacht, die von ihr sehr klar und letztlich eng definiert werden.

4.4. Zusammenfassung

Eine aktive, partizipative, auf Anerkennung basierende Gesellschaft, die auf Gleichbehandlung und Interesse und Neugier gegenüber Verschiedenheit beruht, ist in der Bundesrepublik noch nicht realisiert. Es gibt Leerstellen auf sehr vielen Ebenen, auf denen über eine Antidiskriminierungspolitik Gesellschaft verändert werden kann. Der mangelnde Bezug der Einzelaktivitäten untereinander verhindert dringend notwendige Effekte: »So wäre die Wirksamkeit aus der jeweiligen partikularen Intention gehoben, würden Gender mainstreaming, Frauenförderung, die Forderung nach interkultureller Öffnung sozialer Dienste, interkulturelle Kompetenzförderungen, Jugendbildungsarbeit sowie Projekte gegen Rechts explizit in ihrer Zielsetzung aufeinander bezogen« (Czollek 2005, 15). Diejenigen, die an anderen Konzepten und Sichtweisen arbeiten, werden in den politischen Debatten zu wenig berücksichtigt und beteiligt. Zu wenig beteiligt sind auch die vielen, kleineren Selbst-Organisationen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und keine staatlichen Gelder erhalten und auch nicht über Gelder für große Kampagnen oder Reisen zu Sozialforen verfügen. Die Institutionen und die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaften, die über Gelder verfügen, haben auch die Macht über Inhalte von Anti-Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik zu bestimmen und dies sind wiederum diejenigen mit einer institutionalisierten, starken Lobby, ohne originäres Interesse am Verzicht auf Eigeninteresse. Ein Blick in die angelsächsischen Ländern und auf das dort erstarkte Social Justice-Projekt kann Anregungen zu einer anderen Politik geben, denn dieses Projekt ist auf eine politische und politisierende Arbeit mit dem Ziel solidarischer, radikaler Transformation quer durch die Gruppen und Individuen der Gesellschaft orientiert.

II Social Justice: Partizipative Gerechtigkeitspolitik und -bildung. Theorie und Praxis in den USA und Großbritannien

Wir werden transformiert, individuell und kollektiv,
indem wir einen radikalen kreativen Raum schaffen,
der unsere Subjektivität bestätigt und erhält, der uns einen
neuen Standort vermittelt, an dem wir unsere Auffassung
von der Welt artikulieren können. (bell hooks: Sehnsucht und Widerstand)

1. Social Justice: Ein Begriff geht als Praxis um

Ein Begriff geht um – in englischsprachigen politischen, philosophischen Debatten und Praxen. Social Justice ist seit dem Ende der 1980er Jahre zu einem Topos avanciert, dem sich unterschiedliche politische, sozialarbeiterische, kulturelle und andere Initiativen, Bewegungen, Organisationen freiwillig zuordnen. Social Justice entwickelt sich zu einem gesellschaftlichen Alternativprojekt. Mit Social Justice ist eine Richtung, ein Ziel, ein Prozess, eine Vision und eine politische Realität bestimmt. Social Justice ist nicht nur eine Gegenbewegung zum Projekt Neoliberalismus, sondern die Konstituierung, Propagierung und Realisierung einer Alternative. Insofern neoliberale Konzepte und Politiken gerade die Alternativlosigkeit zu ihren Begriffen und Praxen behaupten und propagieren¹³ und dabei gleichzeitig diese Politik gerade bezogen auf ihre Fähigkeit, Gerechtigkeit herzustellen, immer zweifelhafter wird, ist Social Justice eine gelebte Widerlegung, eine den Widerspruch zu dieser Behauptung hervortreibende und ihn auflösende, greifbare Praxis. Die Stärke und Attraktion des Social Justice-Projekts, seine Hintergründe und Entstehungskontexte sollen im Folgenden skizziert werden.

1.1. Der englische Begriff: Social Justice

Mit dem Begriff »Social Justice« in der deutschen Sprache zu operieren, bedeutet diese Sprache um einen Begriff zu ergänzen und damit zu bereichern. Denn die Übersetzung »soziale Gerechtigkeit«, im deutschsprachigen Raum sozialpolitisch und ökonomisch konnotiert, trifft die Bedeutung des englischen Begriffs nur in reduzierter Form.¹⁴ Die Übersetzung »gesellschaftliche Gerechtigkeit« hat, wie Hayek – allerdings für den englischen Begriff bemerkt –, ¹⁵ einen pleonastischen Klang. »Social« hat im

13 »There is no alternative« (»Es gibt keine Alternative«), von Margaret Thatcher auf ihren Punkt gebracht.

14 Vgl. ausführlich zum deutschen Begriff »soziale Gerechtigkeit« siehe Kap. II/4.

15 Hayek kritisiert den Begriff »social justice« auf allen Ebenen, eine davon ist der Vorwurf der sprachlichen Indifferenz, denn Gerechtigkeit habe immer eine gesellschaftliche Dimension (vgl. ausführlich zu Hayeks Kritik siehe Kap. II/1.3.)

Englischen sowohl die Bedeutung von »gesellschaftlich« als auch von »sozial«. Die Identität von »gesellschaftlich« und »sozial« ist für die Begriffsbildung Social Justice von Bedeutung. Denn »gesellschaftlich« indiziert, dass es zum einen um eine strukturelle Ebene von Gerechtigkeit geht und »sozial«, dass zugleich eine humane, die Beziehung zwischen einzelnen Menschen betreffende Ebene von Bedeutung ist. »Justice« hat im Englischen die Bedeutung von Gerechtigkeit und Recht gleichermaßen. Auch diese Identität spielt im Begriff »Social Justice« eine Rolle, denn dieser beschreibt sowohl Gerechtigkeitsaspekte als auch die damit verbundenen Rechtsansprüche, ohne dabei identisch zu sein mit herkömmlichen Gerechtigkeitstheorien oder der Justiz. Um der Bedeutung des Begriffs gerecht zu werden, macht es Sinn, ihn als solchen beizubehalten, zu importieren und zu verwenden.¹⁶

Auch wenn politische Bewegungen oft parallel verlaufen, unterschiedliche historische Vorläufe aufnehmen und Ausgangspunkte nie ganz eindeutig lokalisiert werden können, kann das Zentrum für Social Justice in der neuen Form und neuen Markierung eines Gerechtigkeitsdenkens tendenziell in den USA bestimmt werden. Allerdings sind ungefähr zeitgleich Ende der 1980iger Jahre auf internationaler Ebene in englischsprachigen Ländern (Sturman 1997, 20 ff.), oder in Ländern, in denen Englisch eine wichtige, verbreitete Sprache ist (Großbritannien, Kanada, Australien, in Indien oder in Südafrika) Social Justice-Bezüge entstanden. Unter Social Justice wird Ähnliches verstanden. Es handelt sich um einen politisch, philosophisch, soziologisch definierten und diskutierten Begriff. Er wird in den USA und Großbritannien von denjenigen verwandt, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern (Politik, Pädagogik, Justiz, Ökonomie, Kunst, Menschenrechte, Frauenbewegungen, Soziale Arbeit u.v.a.) gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung jedweder Art thematisieren, kritisieren und an alternativen, partizipativen Gesellschaftskonzepten arbeiten. Insofern könnte man auch sagen, dass der Begriff ein plurales Feld von AkteurInnen beschreibt. Zumindest haben diese aber den begrifflichen Bezug auf Social Justice gemeinsam, das heißt also ein ähnliches Verständnis bzw. überhaupt ein Verständnis von gesellschaftlichen Diskriminierungsstrukturen. Sie teilen auch den Konsens, dass diese in vollkommen neue, toleranz- und teilhabegeprägte Strukturen transformiert werden müssen.¹⁷ Dabei kann Social Justice sowohl eine lokale als auch eine globale Praxis

16 Ähnliches ist mit dem Begriff »Gender-mainstreaming« geschehen. Da Sprachen einen beständigen Austausch von Wörtern garantieren und ihre Lebendigkeit dadurch beweisen, dass immer wieder Wörter aus anderen Sprachen importiert werden, manchmal wieder verschwinden, oft auch bleiben, werden die Wörter auch schnell von Personen angeeignet und dann mit Selbstverständlichkeit verwendet, die die jeweilige Sprache, in diesem Falle die englische Sprache, nicht sprechen oder verstehen (vgl. zum Beispiel: »Fast Food«, »Computer«, »Layout« u.v.a.).

17 Parteien spielen als Repräsentanten eines neuen Social Justice-Verständnisses eine marginale Rolle. Versuche, den Begriff parteipolitisch zu besetzen, wie »New Labour« in Großbritannien dies tut, scheinen zumindest so weit zu funktionieren, dass sie zum Gewinnen von Wahlen beitragen können. Zudem stellt Social Justice den Anspruch, Herrschaft und Macht generell zu thematisieren. Diese Herausforderung anzunehmen, würde Parteien in ihren heutigen institutionellen und inhaltlichen Bestimmungen revolutionieren und auf eine Selbstauflösung oder vollständige Transformation hinauslaufen. In Großbritannien kam Social Justice 1997 nach der Wahl der Labour-

sein, beide existieren nebeneinander und ineinander. Die einzelnen Social Justice-Bewegungen selbst schaffen Beziehungen und Verbindungen zu Gruppen an anderen Orten der Welt und unterstützen sich wechselseitig in ihren Auseinandersetzungen um Demokratie- und Menschenrechte: z. B. Frauenrechte, Rechte von Lesben und Schwulen, Jugend, u.v.a. (Wahbi 2004).¹⁸

Social Justice meint zum einen Verteilungsgerechtigkeit: die Vision einer Gesellschaft, in der die Ressourcen so verteilt sind, dass alle Menschen physisch und psychisch weitestgehend in Sicherheit und Wohlbefinden leben können; zum anderen Anerkennungsgerechtigkeit: eine Gesellschaft, in der niemand strukturell, kulturell und individuell diskriminiert wird, sondern partizipativ anerkannt wird. Social Justice betont zum einen die Selbstbestimmtheit der Menschen und zum anderen ihre Abhängigkeit voneinander und die Notwendigkeit, soziale Verantwortung füreinander zu übernehmen und demokratisch miteinander zu handeln. Social Justice begreift die Menschen als gesellschaftlich Handelnde, die für ihr eigenes Tun Verantwortung übernehmen, ebenso wie gegenüber und mit Anderen und der gesamten Gesellschaft gegenüber (Adams u. a. 1997, 3). Social Justice etabliert sich zunehmend als ein übergreifender Begriff, in den viele Gerechtigkeitsansätze eingeflossen sind und einfließen, sofern sie Bezug auf die Abschaffung von Diskriminierungen und die Herstellung humaner Verhältnisse nehmen. Dazu gehört zum Beispiel auch ein neues Verständnis von »restorative justice« (wiederherstellender oder ausgleichender Gerechtigkeit): Gruppen in den USA engagieren sich gegen die Todesstrafe und für eine Kriminalitätsprävention, die auf Integration, Vertrauen, Respekt und Anerkennung basiert, weg von Täter-Fixierungen und -bestrafungen hin zur Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen (z. B. Clear/Karp 2000).

1.2. Historische Relevanzen für die Aktualität des Social Justice-Projekts

Die Geschichte der Sozialen Bewegungen in den USA ist von Merkmalen geprägt, die ein Aufkommen und Entstehen des Social Justice-Projekts erklärbar und auch nachvollziehbar machen: eine weniger klassenbezogene Tradition von Protestformen; eine Diversität der Interessenbewegungen; eine libertär-individualistische Kultur; ein »höheres Maß an Fragmentierung disparater Bewegungen«; gesellschaftlich höhere Klassenmobilitäten; kommunitäre Segmentierungen; eine »Dezentralisierung legisla-

Regierung verstärkt auf die Agenda, nun auch mit einem Fokus auf der Vielfalt von Gleichheitspolitiken und der Anerkennung von Differenzen als Vielfalt und Ressource ebenso wie als Diskriminierungspotential, wobei die Diskriminierung aber gerade nicht in den Unterschieden gesehen wird oder aus ihnen erklärt wird, sondern aus ihren gesellschaftlichen, strukturellen Mechanismen heraus (Riddell u. a. 2005).

- 18 Hardt und Negri (2004) beschreiben die Vielfalt und Ausdifferenziertheit dieser Bewegungen und ihrer politischen Aktionen und Initiativen. Sie fassen sie unter der Konstruktion eines Metasubjekts, der »Multitude« zusammen. Das ist eine soziologische oder philosophische Zuschreibung, sie gehört nicht zum Selbstverständnis und zur Selbstbeschreibung der Bewegungen. Social Justice hingegen wird als Beschreibung, als Selbstdefinition bezüglich der Ziele von Bewegungen und Organisationen verwendet und ermöglicht die Herstellung von Verbindung über eine gemeinsame Sache, ohne sich zu einem »Wir« zugehörig fühlen zu müssen.

tiver und exekutiver Politikstrukturen«; »kulturell orientierte moralische Protestbewegungen«; eine »Orientierung auf libertäre Formen der Selbsthilfe«; lokale Orientierungen durch Community Organizing (Kitschell 1985, 249 ff.) und nicht zuletzt eine lange, durch keine Diktatur und Gewaltherrschaft unterbrochene Geschichte des Staates und der Staaten. Griffiths (zitiert nach Mahony/Hextall 1997) sieht mit Social Justice in den Bewegungen einen Paradigmenwechsel vollzogen: »[...] the general movement to a fairer, less oppressive society. This is a movement towards opening up from the few to the many the rewards and prizes and enjoyments of living in a society – including schooling. This movement focused on social class for the first half of this century but now includes ›race‹, gender, sexuality and disability«.¹⁹ Diese Definition aus den 1990iger Jahren findet sich in vielen abgewandelten, aber im Kern ähnlichen Beschreibungen immer wieder. Sie müsste aber schon erweitert werden, denn Social Justice ist grundsätzlich offen für die Thematisierung aller Formen von individuellen, institutionellen und kulturellen Diskriminierungen, z. B. auch solchen gegenüber Inhaftierten oder ehemaligen Inhaftierten, Drogenabhängigen, Arbeitslosen, Alleinerziehenden ...

Der Begriff Social Justice als Bezeichnung für ein gemeinsames Projekt von unterschiedlichen und in sich unterschiedlichen Antidiskriminierungs-, Anerkennungs- und Partizipationsbewegungen hat erst nach 1989 Verbreitung gefunden. Der Begriff »social justice« sowie eine starke Tradition von Gerechtigkeitsphilosophie und -politik in Großbritannien und den USA existieren schon viel länger und bilden dementsprechend eine historische Basis für die gesellschaftliche Relevanz von Gerechtigkeitsinitiativen. Social Justice wird John Stuart Mill und der Tradition des englischen Utilitarismus als Entstehungskontext zugeschrieben, weil er eine Unterscheidung zwischen »distributive justice« und »social justice« macht. Viel wichtiger ist jedoch in Mills Philosophie der Gerechtigkeit, eine differenzierte an Erfahrungen geknüpfte Theorie von Ungerechtigkeit in verschiedenen Lebensbereichen (Mill 1998), so dass Mill als einer der wenigen Philosophen seiner Zeit auch die Rechte von Frauen und ArbeiterInnen aufgegriffen hat. Diese utilitaristische, empiristische Tradition, an die später auch der amerikanische Pragmatismus anknüpft, steht zudem auch für eine Verbindung von Politik und Philosophie oder: von Theorie und Praxis. Diese enge Verbindung, die wir in England und den USA finden, ist auch eine Erklärung dafür, wie es möglich ist, dass in sozialen Bewegungen, Social Justice und die Theorien von PhilosophInnen eine große Bedeutung gewinnen können und umgekehrt die politische Praxis von diesen aufgenommen wird.

19 [...] eine allgemeine Bewegung hin zu einer faireren und weniger unterdrückenden Gesellschaft. Dies ist eine Bewegung der Öffnung, die Belohnungen, Gewinne und Freuden des Lebens in einer Gesellschaft – einschließlich des Besuch einer Schule – nicht nur Wenigen, sondern Vielen zugänglich zu machen. Diese Bewegung war in der ersten Hälfte des Jahrhunderts auf »Klasse« fokussiert, nun schließt sie »race«, gender, Sexualität und Behinderung mit ein.

Die amerikanische Gerechtigkeitsdiskussion wird lange Zeit durch die in den 1970er Jahren verfasste liberale Theorie von John Rawls (1971) beherrscht, in den 1980er Jahren werden Michael Walzer (1983) und Charles Taylor (1997) wichtige Impulsgeber für die amerikanischen, aber auch internationalen Gerechtigkeitsdiskurse. KritikerInnen sehen bei allen diesen Philosophien Versäumnisse in der Thematisierung von Macht und Herrschaft und deren realen Folgen für das Leben von Menschen.

Seit Ende der 1980er Jahre richten feministische Philosophinnen die philosophischen Gerechtigkeitsdiskurse neu aus. Sie tun dies von unterschiedlichen Sichtweisen: Martha Nussbaum (2004; 2000; 1999) verteidigt einen universalen Gerechtigkeitsansatz, mit dem sie nach der Befriedigung von Grundbedürfnissen aller Menschen und den Mechanismen ihrer Verweigerung fragt. Nancy Fraser (2001; 2003), wie Nussbaum eher kommunitaristisch orientiert, verfolgt das Projekt »eine Politik der Anerkennung mit einer Umverteilungspolitik zusammenzubringen« (Fraser 2001, 262). Iris Marion Young (1999; 2000) formuliert eine für das Social Justice Projekt zentrale Theorie der Gerechtigkeit mit dem Schwerpunkt einer Analyse der strukturellen Herrschafts- und Machtverhältnisse. Aber auch Judith Butler gewinnt zunehmend an praktischer Bedeutung mit ihren Analysen, wie Herrschaft in die Subjektbildung eingeschrieben ist und sich über Sprache und kulturelle Praxen zu reproduzieren sucht (Butler 2001; 2006).

Die Produktivität der unterschiedlichen Ansätze und der dadurch ausgelösten Debatten ist in die politischen Praxen von Social Justice mit eingeflossen und hat sicherlich ermöglicht, dass hier so etwas wie gemeinsame Bezugspunkte entstehen konnten. Das heißt, wer heute mit dem Begriff Social Justice operiert, definiert ihn für sich und bezieht sich in der Definition zugleich auf Topoi, die dem gesellschaftlichen, philosophischen Diskurs von Gerechtigkeit inhärent sind. Dieser Social Justice-Diskurs ist philosophisch durch die oben benannten Philosophinnen, insbesondere durch Iris Marion Young bestimmt (siehe Kap. II/2.) und wissenschaftlich, bzw. erziehungswissenschaftlich durch die University of Massachusetts und deren Konzept von »Social Justice Education«. Praktisch wird der Social Justice-Begriff durch eine Vielzahl von Bewegungen und Initiativen getragen (siehe Kap. II/3. u. Anhang).

Der Begriff Social Justice ist frei, jede und jeder kann ihn verwenden, allerdings hat die Verbreitung des Begriffs »Social Justice« in dem oben beschriebenen Sinne zu einer Art Hegemonie geführt. Wer den Begriff anders verwendet, das heißt ohne grundsätzliche Herrschafts- und Machtanalyse oder ohne Fokus auf Diskriminierungsstrukturen, sucht möglicherweise nach anderen Begriffen. Manchmal wird dann der Begriff »Justice« verwendet (z. B. bei Chambers 2003), wie ihn Hayek (1976) gegen den Begriff Social Justice favorisiert.

Warum ist die Idee von Social Justice, die Thematisierung der Komplexität von Diskriminierung und die Konsequenz, jede Form der Diskriminierung ernstzunehmen und in horizontalen und vertikalen Verbindungen untereinander zu betrachten, in der

politischen Praxis erfolgreich? Die lange Geschichte der Sozialen Bewegungen und BürgerInnenrechtsbewegungen in den USA, die Geschichte der Frauenbewegung, der Black Power-Bewegung, der Lesben-/Schwulenbewegung, der Behindertenbewegung u. a. ist auch eine Erfahrung der Separierung von Kämpfen und des Sich-Wechselseitig-Bekämpfens gewesen. Durch die Diskussion und Auseinandersetzung von Menschen aus unterschiedlichen Bewegungen, die zugleich als Individuen zu verschiedenen Gruppen gehörten, hat sich allmählich ein Bewusstsein herausgebildet, dass die Hierarchisierung von Unterdrückung für alle Beteiligten wenig hilfreich ist, dass ein Gegeneinander kräfteaubender ist als ein Miteinander und eine Suche nach gemeinsamen Bezugspunkten. Damit geht die Erkenntnis einher, dass ein »Gegen« sowohl auf der Ebene der Bewegungen untereinander als auch bezüglich anderer Interessengruppen langfristig Entwicklung von Veränderung in der Gesellschaft hemmt oder verlangsamt. Deswegen gehört zu Social Justice der neuen Bewegungen auch die Idee, Alternativen zu schaffen, Veränderung konkret herzustellen und nicht nur Kritik zu artikulieren. Zudem gibt es in den amerikanischen und auch englischen Traditionen Sozialer Bewegungen stärkere Verschränkungen zwischen Klassenfrage und anderen Diskriminierungsformen (siehe Kap. III). Sozialpolitik und Wirtschaftsverhältnisse wurden schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts bezüglich ihrer Auswirkungen auf einzelne Gruppen (Frauen, bestimmte ImmigrantInnengruppen, Jugendliche) thematisiert (Addams 1994). In den Bewegungen seit 1968 wird dann das Eingeschriebensein von Rassismus und Sexismus in die Klassenfrage thematisiert (u. a. Davis 1982).²⁰ Zum anderen ist der Bezug auf die Klassenfrage auch nie verloren gegangen, das heißt: die Thematisierung anderer Diskriminierungen hat die Klassenfrage nicht in den Hintergrund gebracht, sondern im Gegenteil: die Verknüpfung und die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen unterschiedlichen Formen von Unterdrückung (ohne diese alle auf die Klassenfrage zurückzuführen) hat die Bedeutung der Klassenfrage gestärkt: »Classism« (Klassismus=Klassendiskriminierung) kann als eigenständig anerkannte Diskriminierungsform gleichberechtigt neben anderen Formen der Diskriminierung stehen (siehe Teil III). Keine Gruppe, die gegen eine Diskriminierung kämpft, erhebt einen Absolutheitsanspruch, sondern respektiert andere Formen der Unterdrückung und erkennt die wirksamen Verbindungsmechanismen. Friedenspolitik, Umweltgerechtigkeit (environmental justice) oder »economic justice« können Bestandteile von Social Justice sein, müssen es aber nicht und sind es auch nicht immer.

Aronowitz zeigt für die amerikanischen sozialen Bewegungen, dass in ihnen zwar Klasse und Klassenanalysen eine wichtige Rolle gespielt haben, andere Soziale Be-

20 Allerdings wurden diese Zusammenhänge von den Angehörigen der einzelnen Gruppen selbst, häufig gegen Widerstand und in Auseinandersetzungen mit der »Dominanzgesellschaft« (Rommelspacher), zum Gegenstand gemacht und mit politischen Forderungen nach Partizipation und Rechten verknüpft. Ein Resultat davon ist auch die Praxis der »affirmative action« in den USA, das heißt eine Praxis der gezielten »Bevorzugung« und Quotierung, z. B. bei der Einstellung in Betriebe oder im Bildungssystem, von Angehörigen der Afroamerican Communities oder Latinoamerican Communities oder anderer nicht privilegierter Gruppen.

wegungen aber immer parallel, teilweise auch ineinandergreifend verlaufen sind: »Social movements and class theory mirror each other«²¹ (Aronowitz 2003, 157). Denn dort, wo in sozialistischen Bewegungen durch die Fokussierung auf einen vermeintlichen Hauptwiderspruch im Feld der Ökonomie andere Herrschaftsfelder und Differenzen innerhalb der Bewegungen nicht in ihrem gesellschaftsprägenden Charakter gesehen wurden, wurde in den Sozialen Bewegungen die Klassenfrage häufig nicht reflektiert und ebenfalls vermeintlich homogene Interessengemeinschaften konstruiert. Die Fragen struktureller Macht waren aus den einen Bewegungen so verschwunden wie Fragen politischer Ökonomie aus den anderen (ebd.).

Den amerikanischen Sozialen Bewegungen ist es gelungen, eine enge Verbindung von Theorie und Praxis zu wahren und einen Austausch im Fluss zu halten. So nur konnten auf wissenschaftlicher Ebene die Errungenschaften der Bewegungen Niederschlag in den vielen Formen von neuen Studiengängen und der Etablierung neuer Wissenschaften finden: Women's Studies, Gender Studies, Queer Studies, Disability Studies, Black Studies, Chicano/a Studies u. a. Dabei entstehen entsprechende Wechselwirkungen, so dass Wissenschaft und Philosophie durch Soziale Bewegungen gestärkt und verändert werden und umgekehrt.

In den 1960iger Jahren hat sich in den USA zudem mit neuen Partizipationsbewegungen die Methode des »Organizing« herausgebildet. Die Organisierung der Partizipation von benachteiligten Gruppen etabliert sich auch als eine Konkurrenz zu öffentlichen und privaten »community agencies« (Brager u. a., 10) und steht in der Tradition der Grassrootbewegungen. Saul Alinsky, der als Begründer der modernen Formen des Community Organizing gilt, hat bereits 1946 in seiner Beschreibung des »Radikalen«, einen erweiterten Social Justice-Begriff formuliert: »The radical wants to see man truly free. Not just free economically and politically but also free socially«²² (Alinsky 1969, 16). Alinsky beschreibt in seinem Buch auch schon sehr konkret wesentliche Aspekte, wie sie für den neuen Social Justice Begriff dann bedeutsam werden, wie zum Beispiel die Auseinandersetzung mit Macht und Privilegien in der Gesellschaft, die unzureichende Fokussierung auf »economical justice« (ebd. 31 f.). Für Social Justice bezogene Bewegungen und Organisationen ist die Methode des Organizing nach Alinsky von zentraler Bedeutung für die Durchführung organisierter Politik.

In den neuen Bewegungen von »Social Justice« ist der Begriff »left« (»links«) von marginaler Bedeutung. Der Begriff Social Justice ist vermutlich nicht zufällig um 1989 aufgestiegen, zu einem Zeitpunkt, als spätestens diejenigen, die sich als Linke verstanden haben, ein neues Bewusstsein davon erlangt haben, dass Linkssein nicht heißt: frei von Gewalt und Unterdrückungsmechanismen zu sein, sondern das Linke in der Geschichte ebenso Gewalt und Unterdrückung, zum Beispiel gegenüber Frauen,

21 »Soziale Bewegungen und Klassentheorie spiegeln sich gegenseitig«.

22 Der Radikale will den Menschen wirklich frei sehen. Nicht nur ökonomisch und politisch frei, sondern ebenso sozial frei.

Juden und Jüdinnen, Gläubigen u. a. praktiziert haben und in der Gegenwart auch noch praktizieren. Damit eröffnet die Aufgabe des Begriffs »links« und seine Transformation in eine Ziel und Prozessbeschreibung wie »Social Justice« die hervorragende Möglichkeit dafür, dass die Bewegungen und die Individuen in den Bewegungen sich selbst immer wieder kritisch befragen oder insbesondere sich auch von anderen befragen lassen. Da Bewegungen in Herrschaftssystemen operieren, sind sie niemals frei von Herrschaft. Da Bewegungen aber aus Individuen bestehen, die in der Lage sind, die Bedingungen ihrer Reproduktion zu reflektieren und zu verändern, können sie auch die Herrschaft in sich und die Herrschaft in den Befreiungsbewegungen erkennen und verändern. Social Justice ist die Theorie und Praxis exakt dieser Veränderungsprozesse, greift über links, sozialistisch, kommunistisch, anarchistisch etc. hinaus und kann sich dennoch auf diese sowohl positiv als auch kritisch beziehen. Social Justice orientierte Bewegungen haben zwar einen allgemeinen Bezugspunkt, Inhalte, über die gestritten und die weiterentwickelt werden können, aber sie sind kein politisches Subjekt im Sinne eines »Wir«, einer Partei oder auch einer politischen Strömung oder Richtung. Social Justice schafft die Verbindung unter der Vielzahl von Individuen und Bewegungen über die Themen, über die Diskursstränge, über die Aktionen UND die Reflexion der Aktionen. Das Allgemeine, Verbindende, über den Begriff Social Justice und seine Definition und die Diskussion seiner Inhalte transportiert, fungiert dabei als Option und Affirmation gleichermaßen: Option im Sinne einer Möglichkeit für Subjekte, ihre Individualitäten und Differenzen einzubringen und zu entwickeln; Affirmation im Sinne von: Diskriminierung, Unterdrückung, Ausschluss, Gewalt auf eine Weise abzuschaffen, die ohne diese Praxen auskommt. Social Justice repräsentiert damit die Herausforderung und die vollkommene Offenheit eines Prozesses, in dem alle sozialistischen, linken und alle anderen Bewegungen bislang gescheitert sind: Humanität herzustellen und Inhumanität abzuschaffen, ohne den Prozess, geschweige denn das Ergebnis in irgendeiner Weise inhuman zu gestalten.

Konflikte und Missverständnisse, gravierende Meinungsunterschiede, politische Auseinandersetzungen bis hin zu Gewalt finden innerhalb der Linken genauso statt wie zwischen linken und rechten, anderen Gruppen. Auch linke Gruppen und soziale Bewegungen sind nicht gefeit vor engen Sichtweisen. Politische Partizipation und Kooperation ist eine gute Möglichkeit mit unterschiedlichen Perspektiven umgehen zu lernen (Rose 2000, 8). Es ist auch ein Schritt dahin, Polarisierungen aufzubrechen und wahrzunehmen, dass die Welt, auch die Welt des politischen Engagements komplex ist und komplexer Handlungsweisen bedarf.

Hintergrund des Social Justice-Projekts ist auch eine Skepsis gegenüber traditioneller linker Politik und ihren Fokussierungen auf Parteien, Staatsmacht, Vergesellschaftungsbestrebungen ohne demokratische Strukturen (Gindin 2002). Das Misstrauen ist durch die historischen Erfahrungen berechtigt, denn letztlich ist es keiner Partei irgendwo auf der Welt bislang gelungen, Diskriminierung oder Herrschaft in ihren eigenen Reihen oder aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung abzuschaffen oder auch nur:

dieses Ziel zu einem zentralen programmatischen Gegenstand zu machen (vgl. Holloway 2004). Eine neue Generation von AktivistInnen knüpft sowohl an lokale Community Organizing – Strukturen an wie auch an die internationale globalisierungskritische Bewegung, sie erweitert die traditionelle linke Kapitalismuskritik und füllt eine Leerstelle: indem sie die Herrschaftsstrukturen in den Bewegungen ebenso ernst nimmt wie außerhalb der Bewegungen (Gindin 2002).²³

Social Justice kann letztlich in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam werden, die Fragen nach Diskriminierungs-, Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen kann und muss in allen Feldern menschlichen Lebens gestellt werden.²⁴

1.3. Liberale und konservative Social Justice-Beschreibungen und Zuschreibungen

Konservative und liberale Auseinandersetzungen mit den neuen Social Justice-Diskursen werden bislang noch wenig und erst in jüngster Zeit formuliert. Das liegt auch daran, dass insbesondere Liberale in der Regel der Auffassung sind, dass alles, was zum Terminus »Social Justice« gesagt werden muss, bereits im Kern von Friedrich A. Hayek gesagt worden ist. Hayeks Kritik am Konzept und Terminus von Social Justice nimmt die Auseinandersetzung damit auf ideologischer Ebene auf. Die Kritik, die von Hayek am Begriff »social justice« in den 1970er Jahren formuliert wurde, ist bis heute für Liberale gültig. Hayek verbindet mit dem Begriff einen Missbrauch des Gerechtigkeitsbegriffs, wobei er ganz richtig »social justice« und »economic justice« und »distributive justice« als zuweilen identisch gebrauchte Begriffe sieht. Der Begriff wird von ihm als Zeichen der Distanzierung konsequent in Apostrophzeichen gesetzt »»social justice««. Mit Rawls' liberaler Gerechtigkeitstheorie ist Hayek weitgehend einverstanden, bedauert nur, dass auch er den Begriff »»social justice«« gebraucht habe. (Hayek, 1976, 100). Der Titel von Hayeks Schrift: »The Mirage of Social Justice« (*Social Justice als Illusion*) zeigt an, was Gegenstand seiner Studie ist, nämlich nachzuweisen, dass »»social justice«« keinerlei Realitätschancen hat, bzw. wenn dieses Konzept doch fatalerweise umgesetzt werden könnte, Zerstörung, Chaos und das Unglück aller die Folgen wären. Nun bezieht Hayek seine Kritik an dem, was mit »»social justice«« gemeint ist, zwar zunächst auf den ökonomischen Bereich, gleichzeitig unterstellt er aber dem Begriff etwas darüber Hinausgehendes: nämlich eine moralische Absicht, das Ziel, einen bestimmten Wert gesellschaftlich zu etablieren, also eine politische Funktion. Er kritisiert deshalb auch, dass »»social justice«« ein Pleonasmus sei, weil »justice« sich immer auf Gesellschaft beziehe. Er erkennt auch, dass »»soci-

23 Damit ist auch die Möglichkeit, Verbündete für die eigenen Anliegen zu finden, erweitert, denn das Aufbrechen von Polarisierungen, auch der von rechts und links, erlaubt es, Solidarität auf vielen Ebenen herzustellen.

24 Dabei ist dieses Anliegen in den USA sogar spendenfähig. Es gibt ein spezielles Spendenaufkommen für Aktivitäten und Stiftungen, die sich unter Social Justice subsumieren lassen (Social Justice Grantmaking Report 2005). 2002 wurde ein Mittelzuwachs von 9% für Social Justice bezogene Organisationen festgestellt, damit ist der Umfang der Zuwendungen geringer gewachsen als die für andere Stiftungen (economic und community development zum Beispiel) (ebd.).

al justice« sehr umfassend gemeint sein könnte. Hayek erläutert, dass »social justice« früher für eine neue Wohlfahrtspolitik und Sozialpolitik, im Sinne der Umverteilung von Gütern der herrschenden Klasse auf die Armen gestanden habe und jetzt stehe der Begriff jedoch vielmehr für »ethisch« oder »gut«, beide Wörter von ihm in Apostrophe gesetzt. Seine Kritik gilt dieser Art der Verwendung des Begriffs, denn dieser erhalte dadurch eine Beliebigkeit und Sorge nur für Konfusion im politischen Raum (ebd. 79).²⁵ Während Hayek sich durchaus des politisch weitreichenden Potentials des Begriffs bewusst war, setzen zeitgenössische liberale Kritiker wieder bei dem begrifflichen Bezug zur Ökonomie und Sozialpolitik an.

Hintergrund von Hayeks Kritik ist das Denken in den Systemauseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Der Wegfall dieser Polarität, der im neuen Gerechtigkeitskonzept »Social Justice« vollzogen worden ist, wird von Liberalen in der Auseinandersetzung mit Social Justice nicht zur Kenntnis genommen. So argumentiert Hospers (2001) mit Bezug auf die liberalen Klassiker Rescher, Brandt, Bowie, u. a., dass es bei »social justice« um die Einführung kollektiver Strukturen ginge, alle sollten das Gleiche verdienen. Dies sei jedoch nicht zu realisieren, weil viele, die arm seien, selbst Schuld dafür tragen würden und ein »social justice«-Ansatz in der Praxis zu einem völligen Untergang und Chaos in der Welt führen würde.²⁶ Mit Bezug auf Hayek ist Novak (2000) der Meinung, »social justice« könne nur als Tugendbegriff verwandt werden. Frei von Ideologie, wäre es eine Eigenschaft, die nur auf den Einzelnen und dessen Handeln zu beziehen wäre, z. B. in seinem ganz eigenen Engagement in der Community, als individuelles soziales Handeln. Loberfeld sieht in »social justice« eine ungebrochene Linie vom Kommunistischen Manifest bis heute (Loberfeld 2004). Dass Social Justice an Universitäten gelehrt und praktiziert wird, kritisieren konservative und liberale KritikerInnen. Sie setzen den Begriff »social justice« mit »sozialistisch« und »links« gleich. Damit wird eine inhaltliche Diskussion umgangen und die unterstellte Ideologiekhaftigkeit des Faches einer vorgeblichen Neutralität der Wissenschaften gegenübergestellt (Block 2004). Allerdings muss auch festgestellt werden, dass es bezüglich des Einsatzes für BürgerInnenrechte und anderer Freiheitsrechte Berührungspunkte zwischen libertären und Social Justice-Ansätzen gibt. Überschneidungen kann es auch bei Zielen wie Reduzierung der Verwaltung, Stärkung von Eigeninitiative und Engagement in den Kommunen, herrschaftskritische, antihierarchische Initiativen etc. geben.

25 Bemerkenswert ist, dass Hayek das Chaos und die Konfusion durch eine Social Justice-Realität fürchtet. In dieser Denkweise entbirgt sich der konservative Kern liberalen Denkens: die Annahme anthropologischer Konstanten von Ungleichheit und damit unterstellte bestimmte Unveränderbarkeitsmomente, die in dieser Denkstruktur dann bei tatsächlichen geänderten Verhältnissen negativ auf die Gesellschaft zurückschlagen würden, weil der Mensch eben »von Natur aus« nicht für sie geschaffen sei.

26 Der moderne Social Justice-Begriff ist mit seiner starken Fokussierung auf die strukturellen Bedingtheiten von Diskriminierung und Unterdrückung (ohne individuelle und kulturelle außer acht zu lassen) auch eine Antwort auf und zugleich klare Absage an die traditionellen liberalen (und auch konservativen) Zuschreibungen der »Eigenverantwortlichkeit und Verantwortung« im Sinne von: »Ihr seid selbst schuld«.

Konservative, insbesondere in den USA, setzen sich mit dem Social Justice-Projekt in der praktischen Politik als öffentliches Interesse auseinander. Manche Konservative möchten den Begriff »social justice« selbst besetzen. Sie kritisieren, dass er auf konservativer Seite nur als Synonym für Sozialismus gebraucht würde und von Linken als trojanisches Pferd für eine Idee vom großen Staat missbraucht werde. Statt dessen müsse eine konservative »social justice«-Politik als »social conservatism« (sozialer Konservatismus«) oder als »passionate conservatism« (mitfühlender Konservatismus«) installiert werden. Mit dieser Politik müsse auf weniger Staat und eine Stärkung der Familien, Nachbarschaften und Privatunternehmen, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen gesetzt werden, weil hier die wirklichen Wurzeln von ökonomischem Wachstum lägen (Smith/Santorium 2005). Es gehe um die Realisierung der Vision von George Bush: eine Gesellschaft von Eigentümern herzustellen (ebd.). Neokonservative Politik operiert sehr stark mit Wertesystemen, Ideologien und Diskriminierungen und baut darauf die Legitimität ihrer Ökonomie auf (vgl. auch Fisher 1994). Neokonservative Einflüsse auf das Wohlfahrtssystem der USA bringen die Frage der Ökonomie unmittelbar in Zusammenhang mit der Propagierung von Werten. Bei der Frage, wer aus welchen ideologischen Gründen Geld erhalten soll, ist eine Argumentation zum Beispiel die, dass arme Familien kein Geld erhalten sollen, damit die Autorität des Vaters nicht untergraben wird (O'Connor 2004, 121), oder Alleinerziehende werden als deviant kritisiert und diskriminiert (ebd. 126). Auf diese Weise wird weniger staatliche Unterstützung gleichgesetzt mit mehr familiärer Gemeinschaft und Zusammenhalt (vgl. Bushs Programm »Work and Marriage«) (ebd.). Insofern ist Social Justice eine erstarkende Alternativbewegung, die eigene Ziele und Wertesysteme gesellschaftsanalytisch formuliert. Mit dem Abbau sozialer Sicherung werden Community Organizing und andere auf Selbstorganisierung und Selbsthilfe setzende Instrumente von den Neokonservativen in den USA angeeignet, versehen mit ihrem Wertesystem propagiert (Fisher 1994, 178).

Gleichzeitig werden weder Macht- noch Partizipationszuwachs den Menschen zugestanden, die Eigentumsformen erhalten oder Privatisierung gestärkt. Auch an diesen Punkten können Social Justice orientierte Bewegungen zu KritikerInnen und RepräsentantInnen von Alternativen werden. Sowohl Liberale als auch Konservative sind, um ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Modelle zu begründen auf die Reproduktion von Stereotypen, von ausgrenzenden, diskriminierenden Praktiken angewiesen. Social Justice zielt mit der Fokussierung auf eine radikale Antidiskriminierungsstrategie auf eine radikale Alternative zu solchen Denkstrukturen.

2. Philosophische und politische Bausteine von Social Justice

Social Justice zu verstehen, bedeutet auch sich der unterschiedlichen historischen und gegenwärtigen Theoriekontexte in den USA und Großbritannien bewusst zu sein. In der Bundesrepublik wird bislang nur ein Bruchteil der zahlreichen Social Justice-Li-

teratur rezipiert, die hier in ihrer Vielfalt und Breite nur ansatzweise erfasst werden kann.²⁷ In den USA und England bildeten sich aufgrund des großartigen Umstandes, dass diese Länder in ihrer politischen Konstitution in den letzten 150 Jahren keine Phase einer gewaltsamen Diktatur durchlaufen haben, andere Formen des Denkens und der politischen Kultur heraus. Ideen und Praxen von Gerechtigkeit, Pluralität, Diversität und Partizipation haben sich in diesen beiden Ländern in Kontexten einer bis heute gegebenen aktiven Einwanderungspolitik und einer schon länger andauernden Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und Rassismus entwickelt. Viele amerikanische und britische Ansätze werden im Deutschen nicht oder nur wenig zur Kenntnis genommen, das heißt ganz praktisch auch: Vieles ist nicht übersetzt.²⁸

2.1. Theorie und Philosophie von Social Justice

Im Folgenden sollen einige der zahlreichen Theorie- und Philosophielinien benannt werden, die für das aktuelle Verständnis von Social Justice relevant sind. Auf die Philosophie von Iris Marion Young möchte ich dabei differenziert eingehen, weil sie eine zentrale Rolle einnimmt.

Wichtig für die Vorgeschichte von Social Justice orientierten Bewegungen und Theorien sind Teile des amerikanischen Pragmatismus, der gemeinwesenorientierten Settlementarbeit, Saul Alinskys Theorie des radikalen, basisorientierten Community Organizing sowie moderne amerikanische Gerechtigkeitstheorien. Vor diesen und weiteren theoretischen und praktischen Hintergründen ist der Studiengang »Social Justice Education« an der University of Massachusetts entstanden, der seinerseits Theorie aufgenommen und generiert hat und zugleich ein Trainingsprogramm für Social Justice entwickelt hat (siehe Kap. II/3.).

Von weitreichender Bedeutung für ein Social Justice-Politikverständnis in den USA, aber auch für Großbritannien, ist bis heute die Philosophie des Pragmatismus, insbesondere die von William James, John Dewey und Jane Addams. Ohne dass in der Theorie und Praxis von Social Justice immer oder explizit Bezug auf diese Traditionen genommen wird, erscheinen deren Grundgedanken eher wie ein allgemeines Gedankengut, ein politischer Habitus gesellschaftlichen Engagements. So finden sich

27 Vgl. die Literaturliste. Es gibt im englischsprachigen Raum mittlerweile eine nahezu unüberschaubare Anzahl von Studien und Schriften, die sich unter Bezug auf Social Justice mit den Querverbindungen und Überlagerungen unterschiedlicher Diskriminierungsformen befassen. Bibliographien aus den einzelnen Gebieten: »Women Studies, Black Studies, Disability Studies, Cultural Studies, Social Justice Education etc.« dokumentieren dies.

28 So spielt der amerikanische Pragmatismus und seine Bedeutung für eine Theorie von Pluralität und Diversität in der deutschen Debatte kaum eine Rolle, sind die Schriften von William James beispielsweise weitestgehend nicht übersetzt oder liegen nur in alten Übersetzungen vor. Auch die Schriften der Begründerin der Gemeinwesenarbeit in den USA und Friedensnobelpreisträgerin, Jane Addams, sind fast gar nicht oder nur in veralteten Übersetzungen zugänglich. Aber auch die Bücher der für Social Justice relevanten Philosophin Iris Marion Young liegen nur in Auszügen oder gar nicht übersetzt vor, geschweige denn weitere Literatur, die sich unmittelbar mit Social Justice im englischsprachigen Verständnis befasst. Was also aus dem englischsprachigen Raum einem Publikum in der Bundesrepublik zugänglich gemacht wird, gibt immer auch Auskunft über das Interesse oder Nicht-Interesse an einem Thema und der gewünschten Verbreitung oder Nichtverbreitung von Ideen.

häufig Formulierungen, die an die Essenzen pragmatistischer Philosophie erinnern: »experience in the real world is the motor that drives it«²⁹ (Shragge 2003, 39).

Die Verbindung von Theorie und Praxis ist in den Anfängen des Pragmatismus Ende des 19. Jahrhunderts in den USA eine Selbstverständlichkeit gewesen. So ist die University of Chicago aus der engen Kooperation mit dem Settlement (Politisches Gemeinwesen- und Nachbarschaftszentrum) von Jane Addams hervorgegangen, haben sich die Ideen von politischer Partizipation und der Notwendigkeit des Organisierens und des Aktivierens von Personen u. a. hier entwickelt (Weinbach 2003).

Saul Alinsky, der als ein zentraler Begründer des Community Organizing gilt, ist zum einen für diejenigen relevant, die einen Community Organizing-Ansatz ohne Social Justice-Bezug vertreten, zum anderen aber auch für diejenigen, die Social Justice als Leitlinie formulieren. Letztere schätzen insbesondere den radikalen, machtkritischen Impetus Alinskys, seine Erfindung einer Typologie des kritischen, gewaltfreien, engagierten Radikalen, der sich als gleichberechtigter Teil einer »People's Organization« begreift. Diese Organisationen, von denen es viele und überall geben soll, haben die Aufgabe, eine grundlegende Transformation der »communities« und damit auch des ganzen Landes zu unterstützen. Bei dieser Transformation geht es um eine grundlegende Veränderung der Werte, ein Aufbrechen aller Vorurteile und gesellschaftlichen Barrieren (Alinsky 1969).

Wie ausgeführt, lösen die modernen Gerechtigkeitsphilosophien von Martha Nussbaum, Nancy Fraser, Iris Marion Young u. a. die Debatten um Rawls, Walzer u. a. ganz oder partiell ab bzw. ergänzen diese. Gemeinsam haben alle neuen Theoretikerinnen außer ihren feministischen Bezügen, was einen Kern von Social Justice ausmacht: Es geht um die Verortung der strukturellen Bedingtheiten von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, das Aufzeigen von Ursachen in den gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtgefügen, jenseits der Entscheidungen von Subjekten, die aber dennoch davon betroffen und AkteurInnen sind. Dabei geht es zugleich darum, innerhalb dieser strukturellen Zwänge, Handlungsmöglichkeiten und Alternativen auszuloten und zu entwickeln, die zwar dem einzelnen Subjekt nützen, aber nicht ausschließlich dem Subjekt als Einzelnen. Es geht also auch um eine Konzeption von Anerkennungsgerechtigkeit auf der Grundlage eines Denkens »vom Ich zum Du zum Wir« (Perko 2005, 62), von einer Idee mit Anderen und für Andere für eine das Individuum anerkennende Gemeinschaft zu handeln.

29 Erfahrung in der realen Welt ist der Motor, der diese bewegt. Für den Pragmatisten William James gehört zu seiner Grundlegung eines radikalen Empirismus ein umfassender Begriff von Erfahrung: Zur Erfahrung gehören neben den durch Wahrnehmungen produzierten Eindrücken und Gedanken oder Handlungen auch die logischen Beziehungen oder das System (unseres Denkens und unserer Sprache), mit dem wir Erfahrungen strukturieren. Dieses System ist selbst eine reale Erfahrung (James 1977, 195 ff.).

2.2. Iris Marion Youngs Politische Philosophie der Gerechtigkeit

Auch wenn auf viele andere Gerechtigkeitsphilosophien Bezug genommen wird, so ist doch die Philosophie von Iris Marion Young von hervorragender Bedeutung für das neue Social Justice-Projekt. Der Studiengang der Universität von Massachusetts bezieht sich ebenfalls u. a. darauf (siehe Kap. II/3). Aus diesem Grund sollen hier zentrale Gedanken von Youngs Ansatz skizziert werden. Das hierfür unmittelbar relevante Buch von Iris Marion Young trägt den Titel »Justice and the Politics of Difference« und verwendet den »Justice«-Begriff. Auf der ersten Seite wird jedoch bereits deutlich gemacht, dass mit »justice« eine Vielzahl alter Konzepte von Gerechtigkeit gemeint sind, während die neuen Sozialen Bewegungen mit dem Begriff »social justice« in Verbindung gebracht werden: »What conceptions of social justice do these new social movements implicitly appeal to, and how do they confront or modify traditional conceptions of justice?«³⁰ (Young 1990, 3). Sie verwendet im Buch den Begriff »justice« vorrangig für die Beschreibung der alten philosophischen Konzepte von »justice« und der Frage nach einer neuen allgemeinen Theorie von »justice«. Young kritisiert, dass marxistische Konzepte von Gerechtigkeit sich auf die Ökonomie fixiert hätten, eine neue Theorie von Social Justice hingegen setze bei Unterdrückung und Herrschaft an, und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen (ebd., 15). Und sie formuliert sogleich das Ziel dieses Gerechtigkeitsdenken: nämlich die Beseitigung jeder Form institutioneller und anderer Herrschaft (ebd.) Der Ausgangspunkt von Young ist also nicht primär die Verteilung und Teilhabe von und an Gütern in der Gesellschaft, sondern eine Erweiterung dieser Aspekte um die Frage, wer an welchen Stellen aus welchen Gründen über Entscheidungsvermögen und Anweisungsmacht verfügt (ebd., 16), wie die Arbeit aufgeteilt ist und welche kulturellen Reproduktionsmechanismen dabei eine Rolle spielen. Young gewichtet dabei die Kontextabhängigkeit von Macht, über die Individuen verfügen, sowie mit dem Begriff Herrschaft die institutionelle Macht auf der Grundlage von Gesetzen und politischen Systemen, Ordnungen, u.ä. (ebd., 31 f.). Herrschaft und Macht greifen aber ineinander und werden durch die jeweiligen Kontexte zu strukturellen Faktoren, die nicht ohne Weiteres veränderbar oder verschiebbar sind, wenngleich sie das Potenzial dazu enthalten. Macht und Herrschaft müssen in diesem Sinne als prozesshaft gedacht werden, sie müssen immer wieder neu hergestellt werden, bzw. sie werden immer wieder neu oder anders in Frage gestellt. Daraus abgeleitet fällt für Young der Begriff der Gerechtigkeit in eins mit dem Begriff des Politischen, insofern Politik alle öffentlichen, institutionellen Bereiche umfasse, alle Ebenen der Entscheidungsproduktion, des öffentlichen Handelns, der sozialen Praktiken und Verhaltensweisen sowie der kulturellen Praxen. Politik in diesem Sinne bezieht sich auf Staat und Regierungen, kann aber ebenso auf jede andere Art von Institution bezogen werden (ebd., 34). Gerechtigkeit fällt mit diesem Politikbegriff zusammen, wenn unter Ge-

30 Auf welche Konzeptionen von social justice beziehen sich diese neuen sozialen Bewegungen implizit, und wie konfrontieren und modifizieren sie traditionelle Konzepte von Gerechtigkeit?

rechtigkeit im Sinne von Social Justice die Thematisierung all dieser Ebenen unter der Frage nach Macht und Herrschaft gestellt wird. Politik und Gerechtigkeit sind identisch mit Herrschafts- und Machträumen und – praxen. Sie gilt es zu analysieren und Alternativen ausfindig zu machen. Auf diesem Hintergrund kritisiert Young sowohl das Gerechtigkeitsdenken der griechischen Antike (Platon, Aristoteles) wie auch zeitgenössische GerechtigkeitstheoretikerInnen, wie John Rawls, Agnes Heller, Seyla Benhabib, Charles Taylor wegen ihrer impliziten oder expliziten Apologetik von Macht und Herrschaft und der damit verbundenen Ignoranz von Ausschluss und dem realen persönlichen Schaden für die Individuen (ebd., 36 ff.). Am Beispiel von sozialen Bewegungen, die gegen Unterdrückung kämpfen, systematisiert Young ihre Theorie von Unterdrückung (»oppression«): Bewegungen von Frauen, Black People, Chicanos, Puerto Ricans und andere spanischsprechende AmerikanerInnen, amerikanische InderInnen, Juden und Jüdinnen, Lesben, Schwule, AraberInnen, AsiatInnen, alte Menschen, ArbeiterInnen, psychisch und körperlich Behinderte (ebd., 40). Keine der benannten Gruppen wird auf identische Weise unterdrückt, sondern sie haben eine unterschiedliche Geschichte und Gegenwart, dennoch gibt es nach Young etwas was die jeweiligen Strukturen von Unterdrückung kennzeichnet, also Merkmale, die Gemeinsamkeiten klassifizieren. Sie identifiziert fünf Kennzeichen von Unterdrückung: Ausbeutung; Marginalisierung; Machtlosigkeit; kultureller Imperialismus; Gewalt (ebd., 40). Die neuen sozialen Bewegungen haben nach Young dazu beigetragen, dass Unterdrückung als etwas wahrgenommen wird, was in die Alltagspraxen sowohl institutionell als kulturell eingeschrieben ist und in und durch sie von den Subjekten reproduziert wird. Denn gerade die unhinterfragten Verhaltensweisen, kulturellen Codes und Symbole, die institutionell eingelassen sind, verursachen die Ausgrenzung und das konkrete Leiden von Individuen und Gruppen. Der Unterdrückungsbegriff geht einher mit einem Verständnis von sozialer Gruppe, die über die oben benannten Praktiken konstruiert wird und sich andererseits in der Auseinandersetzung damit auch selbst definiert. Die fünf Merkmale von Unterdrückung werden wie folgt beschrieben: Mit Ausbeutung ist gemeint, dass bestimmte Gruppen durch ihre Arbeit dazu beitragen, dass andere Gruppen Reichtum anhäufen können und ein gutes Leben führen können, während die marginalisierten Gruppen von Armut bedroht sind oder prekär leben müssen, ihre Arbeit verlieren oder keine mehr finden. Marginalisierung beschreibt die Situation jener Personengruppen, die aufgrund bestimmter Gruppenzugehörigkeiten keine Arbeit mehr finden oder annehmen können. Sie werden als Abhängige der Sozialsysteme diskriminiert und ausgegrenzt. Überall dort, wo Menschen aufgrund ihrer Position, zum Beispiel aufgrund ihrer beruflichen Position, Macht über andere ausüben, in denen sie ihnen Aufträge erteilen, sie ein – oder ausschließen können etc., entsteht Machtlosigkeit auf der Seite derer, die nicht über die jeweiligen institutionellen Positionen verfügen. Die gesellschaftlich jeweils dominanten Gruppen in einer Gesellschaft, zum Beispiel Heterosexuelle, reproduzieren auf allen kulturellen Ebenen diese Lebensform als die richtige und einzig denkbare, während andere Lebensformen unsichtbar gemacht wer-

den oder nur am Rande als geduldet erscheinen. Gewalt ist die zugespitzte und äußerste Stufe von Unterdrückung. Gewalt wird dort, wo als sie Unterdrückungsinstrument zum Einsatz kommt, häufig mit institutionellem Rückhalt ausgeübt (ebd., 48 ff.). Unterdrückungsverhältnisse werden durch die Privatisierungsprozesse der sozialen Dienstleistungen stabilisiert, denn die Privatisierungseffekte führen zur Entpolitisierung, zur Verlagerung von Entscheidungsprozessen und Diskussionen in den privaten Raum, in dem sie entsprechend kontrolliert und reglementiert werden können (ebd., 73). Aber auch ein Wohlfahrtsstaat mit einem einigermaßen absichernden Umverteilungssystem ändert nichts an der Verteilung von Herrschaft und Macht und den damit verbundenen Kontroll- und Limitierungspraxen. Youngs alternatives Gerechtigkeitskonzept fokussiert den öffentlichen Raum, die Herstellung radikaldemokratischer Partizipations-, Artikulations- und Anerkennungspraxen: »I have defined justice as the institutionalized conditions that make it possible for all to learn and use satisfying skills in socially recognized settings, to participate in decisionmaking, and to express their feelings, experience, and perspectives on social life in context where others can listen«³¹ (ebd., 91). Gerechtigkeit im Sinne von Young bedeutet also, sämtliche Praxen von Unterdrückung bewusst zu machen und im öffentlichen Raum zu diskutieren und zu analysieren, das heißt sie unentwegt zu politisieren (ebd., 152) und sie nicht im Privaten verschwinden zu lassen. Ziel einer Politik der Differenz und der Differenzierung von Unterdrückung aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten ist jedoch die Herstellung einer Situation, in der Differenz keinen Unterschied mehr macht bezüglich der Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum und gesellschaftlicher Anerkennung und Lebbarkeit einer Vielfalt von Lebensformen. So operiert zwar Social Justice noch mit »Differenz«, das Ziel ist jedoch auf das Individuum ausgerichtet, welches als Individuum anerkannt ist, ohne dass ihm Gruppenzugehörigkeiten als Diskriminierungen oder Klassifizierungen zugeschrieben werden.

Die Veränderung der Gesellschaft im Sinne einer Abschaffung von Unterdrückung und Diskriminierung setzt nicht nur eine Neu- und Umverteilung von ökonomischen und aller anderen Ressourcen voraus, sondern in gleichem Maße die Veränderung der kulturellen Muster, Bilder und Stereotype (ebd., 63), die einzelne Gruppen immer wieder als Überlegene und vermeintlich »Richtige« oder »Normale« erscheinen lassen und andere als vermeintlich »Abweichende«, »Nicht-Normale«. Es setzt aber auch eine Veränderung dahingehend voraus, dass keine Gruppe eine Gruppe oder ein Individuum und kein Individuum ein anderes Individuum oder eine Gruppe stigmatisiert und diskriminiert, sondern immer eine Alternative im politischen Dialog und der *sim- plen* Akzeptanz gesucht wird. Eine solche Kultur muss politisch hergestellt, das heißt mobilisiert und organisiert werden.

31 Ich habe Gerechtigkeit definiert als das Vorhandensein von institutionellen Voraussetzungen, die es allen ermöglichen, befriedigende Fähigkeiten in sozial anerkannten Umfeldern zu erlernen und auszuüben, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und ihre Gefühle, Erfahrungen und Perspektiven, die sie auf das gesellschaftliche Leben und mit ihm haben, in Kontexten artikulieren zu können, wo andere ihnen zuhören können.

Es ist wichtig zu verstehen, dass wir nicht nur damit konfrontiert sind, uns von unserer psychischen Krankheit zu erholen, sondern ebenso von den Effekten, die daraus entstanden sind, als wir zu psychisch Kranken gestempelt wurden. Ich denke, dass viele von uns aus den psychiatrischen Institutionen mit massiven posttraumatischen Belastungsstörungen kommen, die das direkte Resultat von Trauma und Missbrauch sind, die wir in den psychiatrischen Institutionen und Communityprogrammen erfahren oder beobachtet haben. Wir sind auch damit konfrontiert, uns von der Internalisierung des Stigmas zu erholen, das uns umgibt: ebenso wie wir die Effekte von Diskriminierung, Armut und Staatsbürgerschaft zweiter Klasse bewältigen müssen. Tatsächlich gibt es keinen Zweifel daran, dass die Deklaration zum Psychisch Kranken als ein Paket daherkommt, darin enthalten sind oft Armut, Trauma, Entmenschlichung, Degradierung, Entziehung der Bürgerrechte, Arbeitslosigkeit. Viele von uns sind der Meinung, dass der Erholungsprozess mit dem Prozess der Ermütigung zu politisch machtvолlem Engagement einhergeht. Wir sind der Auffassung, dass Erholung bedeutet: sich zu politisieren und sich der sozialen, ökonomischen und menschlichen Ungerechtigkeiten bewusst zu werden, die wir erleiden. Wir meinen, dass politisch machtvолles Engagement und Erholungsprozess heißt, dass wir unsere kollektive Stimme, unseren kollektiven Stolz und unsere kollektive Macht finden, um auf diese Weise die Ungerechtigkeiten, die wir erfahren haben, als Herausforderung zur Veränderung zu begreifen.³²

2.3. Theorie-Praxisbausteine von Social Justice

Im Folgenden sollen die zentralen begrifflichen Bausteine von Social Justice skizziert werden, wie sie sich aus den benannten und vielen anderen Theoriehintergründen speisen, im praktischen Prozess befindlich weiter entwickeln und mit jeder Praxis auch ein Stück verändern.

32 It is important to understand that we are faced with recovering not just from mental illness, but also from the effects of being labeled mentally ill. I believe many of us emerge from mental institutions with full-blown post-traumatic stress disorders that are a direct result of the trauma and abuse we may have experienced or witnessed in mental institutions or in community based programs. We are also faced with recovering from the process of internalizing the stigma we are surrounded with: as well as the effects of discrimination, poverty, and second class citizenship. Indeed there's no doubt that the label of mental illness comes as a >package plan< that too often includes poverty, trauma, dehumanization, degradation, being disfranchised, and being unemployed. Many of us find that the recovery process goes hand in hand with the empowerment process. We found that recovery means becoming politicized and aware of the social, economic, and human injustices we have had to endure. We find that empowerment and recovery means finding our collective voice, our collective pride, and our collective power, and challenging and changing the injustices we face. (Patricia E. Deegan: Recovering our sense of value after being labeled mentally ill)

2.3.1. Unterdrückung, Diskriminierung: »oppression«, »discrimination«

Essentiell für ein Verständnis von Social Justice sind Theorien der Unterdrückung. Der Begriff »oppression« (»Unterdrückung«), wird zuweilen dem der Diskriminierung vorgezogen, um die Schärfe der Konsequenzen zu verdeutlichen. Diskriminierung ist darin gewissermaßen eine Variante von Unterdrückung. Unterdrückung meint eine institutionelle und systematische Form von Diskriminierung, die ihren Ausdruck auch in kulturellen und individuellen Praktiken immer wieder findet. Das strukturelle Moment, das heißt die Festschreibung von Vorurteilen, Diskriminierungen, Privilegien etc. in Gesetzen, öffentlichen Ordnungen, Medien etc. wird als Unterdrückung verstanden, weil damit immer auch Unsichtbarmachung, Sperrung des Zugangs zu Ressourcen, die Unterdrückung von anderen Lebensformen und ihre Verhinderung an der gleichberechtigten Partizipation öffentlichen Lebens verbunden sind (Adams u. a., 1997, 4 ff.).

Kennzeichnend für Social Justice-Konzepte ist dabei die Berücksichtigung verschiedener Unterdrückungsformen, was in der Praxis nicht bedeutet, dass alle aktiven Gruppen und Menschen sich gegen alle Unterdrückungsformen einsetzen, sondern unter dem gemeinsamen Konzept Social Justice Aktionen und Bildungsarbeit gegen Rassismus ebenso möglich sind wie gegen Heterosexismus, Sexismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Altersdiskriminierung etc.³³ Die Thematisierung der Unterdrückung als Unterdrückung, der Diskriminierung als Diskriminierung rückt die Unterdrückten und Diskriminierten in den Fokus, ohne sie zu viktimisieren. Der Unterdrückungsbegriff fokussiert, dass es hier um die Rechte von Individuen geht, die über geminderte oder keine Rechte und Zugänge zu Ressourcen verfügen. Dennoch wird mit der Kategorie des »ally« (»Verbündete/r«) nie ausgeschlossen, dass Menschen aus privilegierten Gruppen, Privilegien abgeben und/oder sich gegen Unterdrückung einsetzen, egal aus welchen Gründen sie das tun. Wer auf einem Feld gegen Diskriminierung arbeitete, hatte früher häufig nur die eigenen Interessen im Blick: anti-rassistische Bewegungen haben Sexismus nicht berücksichtigt und feministische Bewegungen Rassismus ignoriert. Beide Bewegungen haben wichtige Beiträge zur Bewusstmachung von Diskriminierungsstrukturen und der Notwendigkeit ihrer Veränderung geliefert, jetzt findet mit Social Justice eine Neudefinition statt: wer auf einem Feld gegen Diskriminierung arbeitet, hat andere Felder mit im Blick (Shragge 2003, 65), ist sensibel für die Überschneidungen und Transformationen.

Empirische Gerechtigkeitsforschungen zeigen, wie wichtig für das Gefühl, gerecht behandelt zu werden Aspekte wie Respekt, Anerkennung, Transparenz, Gelegenheit,

33 Es geht dabei nicht um eine Reduktion von Diskriminierung und Unterdrückung auf »Diversity« (im Sinne einer Herstellung eines pluralen, verständnisvollen Miteinander-Lebens und -Arbeitens). Diversity leben und herstellen zu können, setzt im Social Justice-Denken die Analyse von Diskriminierungsverhältnissen voraus und die Anerkennung von Unterschieden, resultierend aus Herrschafts- und Machtverhältnissen: Unterschieden im Zugang zu Ressourcen; unterschiedliche Diskriminierungs- und Unterdrückungserfahrungen; unterschiedliche Erfahrungen mit Widerstand und in Sozialen Bewegungen.

sich zu äußern, Wertschätzung und Information sind (Lind 1995). Social Justice integriert dies als Prozess, das heißt als politische Praxis und als Ziel, die Ausdehnung auf die Gesellschaft als Ganzes.

2.3.2. *Macht, Herrschaft: »power«, »domination«*

Ebenfalls wichtig sind in Social Justice-Kontexten die Begriffe: power, domination und hegemony (Macht, Herrschaft, Hegemonie). Unter Hegemonie werden, manchmal in Anlehnung an Gramsci, die Formen verstanden, mit denen Macht sich in die Gesellschaft einschreibt: kulturelle, mediale, pädagogische Mechanismen, die Macht so reflektieren, dass Ungleichheit aufrechterhalten bleibt. Mit »domination« wird, wie auch im Deutschen, Herrschaft als institutionell verfasstes System gesehen, welches jedoch auch von den Individuen verinnerlicht wird, über alltägliche Machterfahrungen in nahezu allen Kontexten der Gesellschaft (Adams u. a. 1997, 11 ff.). Social Justice macht diese Macht – und Herrschaftsverhältnisse sichtbar, greift sie an und stellt dabei immer auch die Frage nach der Reproduktion durch die AkteurInnen selbst. Eingedenk der Erfahrungen, die soziale Bewegungen über die Jahrhunderte gemacht haben, dass sie nämlich selbst immer wieder der Gefahr erlegen waren, Rassismus oder Sexismus oder Heterosexismus oder andere Formen der Ausgrenzung und Herabsetzung, also Nicht-Anerkennung von Menschen zu produzieren und zu praktizieren, bleibt die Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaft ein sensibles Thema von Social-Justice orientierter Politik und Bildung. Dabei spielt die Frage eine wichtige Rolle, wer in welchen Kontexten jeweils über Privilegien, das heißt über einen strukturell bedingten exklusiven Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen verfügt, einen Zugang, der Einzelnen als Mitglied von Gruppen Vorteile verschafft. Privilegien können auf unterschiedlichen Ebenen entstehen. So ist eine 60jährige Frau, die ihren Arbeitsplatz verliert, aufgrund von Alter keinen neuen findet und dadurch in Armutsprozesse gerät, nicht privilegiert. Aber sofern diese Person heterosexuell ist, hat sie Zugang zu Privilegien (Ehstandsprivilegien, freie Bewegung im öffentlichen Raum, kulturelle Repräsentanz), die Lesben und Schwulen nicht zur Verfügung stehen. Insofern sie deutsche Staatsbürgerin ist, hat sie die Sicherheit nicht in ein Land abgeschoben zu werden, in dem ihr Leben durch Krieg bedroht ist. In diesem Sinne können auch Arme Privilegien haben oder zu privilegierten oder auch diskriminierenden Gruppen gehören. Social Justice reflektiert, dass Privilegien und Machtkontexte in Gesellschaften unterschiedlich verteilt sind und von deren Gesetzen und gesellschaftlichen, historischen Entwicklungen bestimmt sind und werden. So spielt in Australien die Frage der Diskriminierung von Aborigines eine wichtige Rolle in der Social Justice-Politik, in der Bundesrepublik könnte dies zum Beispiel die Diskriminierung von Sinti und Roma sein. Dennoch gibt es auf der strukturellen Ebene weltweit Ähnlichkeiten bezüglich dessen, wie Macht funktioniert und Diskriminierung praktiziert wird. Viele Gruppen werden auch in nahezu allen oder zumindest sehr vielen Ländern und Erdteilen diskriminiert, zum Beispiel Lesben, Schwule, Transgender, Transsexuelle u. a.

Dabei geht es in den jeweiligen Bewegungen auch immer wieder darum, die eigenen Privilegien in Zusammenhang mit der Diskriminierung vor Ort oder in der Welt zu bringen (Kivel 1985).

Privilegien und Machtressourcen anzugreifen und zu verändern, kann u. a. heißen: Forderungen Akzeptanz zu verschaffen, sie zu entkriminalisieren (Illegale Flüchtlinge); Stimmen und Repräsentanz möglich zu machen; Gesetzesänderungen zu erwirken (Otis 2004); den diskriminierenden Charakter von Gesetzen aufzuzeigen; andere Formen der Berichterstattung und Information zu lancieren; andere Forschungen und Wissenschaften zu etablieren etc. Privilegien- und Machtverschiebungen können parallel auf vielen Ebenen stattfinden, um vielfältige Veränderungen zu erzielen.

2.3.3. *Handeln: »social action«, »(community) organizing«*

Social Justice ist untrennbar mit der Idee verbunden, dass Macht, Hegemonie und Herrschaft in keinem Kontext total sind, sondern dass es immer Alternativen dazu gibt, Handlungsoptionen, ein anderes Denken möglich sind. Social Justice versteht sich darin als ethische Realität, als Postulat, durch Präsentation von Fakten, von Interpretationen, von neuen Sichtweisen auf gesellschaftliche Fragestellungen, andere Bewusstheiten herzustellen. Social Justice steht als Oberbegriff: für mögliche Vielfalt von Ideen, Nicht-Mitmachen beim Vorgegebenen, Etwas-Anderes-Wagen und Ausprobieren. Dies geschieht über vielfältige Formen des gemeinsamen Handelns, wobei aus dem Gemeinsamen auch etwas anderes entstehen kann, als zunächst als »gemeinsam« angenommen wurde. Handeln wird unter Social Justice als politisches Handeln gefasst, in den USA und in England sind damit die demokratischen Bezüge, das heißt das Herstellen des Politischen im Gemeinwesen durch Aktionen von Individuen gemeint. Das Politische wird nicht als Gegebenes betrachtet, sondern es muss von den Menschen gemacht werden, und darin kann es dann auch gestaltet und anders gestaltet werden. Grundsätzlich liegt dem die Annahme zugrunde, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse in keiner oder völlig unzureichender Weise dazu führen, dass Menschen sich gegen die eigene Unterdrückung und Diskriminierung und die anderer engagieren und Alternativen installieren wollen. Der Zugriff auf die Menschen in von hoch differenzierter Herrschaft geprägten Strukturen ist stark, aber nicht absolut.

Um diese Mechanismen zu durchbrechen, bedarf es einer immer währenden Bewusstmachung über die Herstellung des Sozialen und des sozialen Kontakts der Menschen untereinander. Hier spielt in Social Justice-Bewegungen die Tradition des »Organizing« eine wichtige Rolle. Community Organizing setzt bei der direkten Ansprache der Menschen auf ihre Situationen an, motiviert sie, diese zu analysieren und unterstützt dabei, dass daraus gemeinsames Handeln durch soziale Beziehungen und gemeinsame Interessen möglich wird. Der Social Justice-Ansatz jedoch geht noch über diesen partizipatorischen Gedanken von Organizing hinaus. Mit Social Justice geht es um Bewusstmachung und Aktivierung auf vier Ebenen: der individuellen Ebene, der Ebene des nahen Umfeldes, der Ebene des beruflichen Umfeldes, der Ebene

der Community.³⁴ Diskriminierung abschaffen und Alternativen des Zusammenlebens installieren, bedeutet auf all diesen Ebenen aktiv zu sein und die hartnäckigen Versuche der immer wieder neuen Herstellung von Diskriminierungsaussagen und -kontexten nicht nur entgegenzutreten, sondern anders zu leben. Im Sinne von Saul Alinsky bedarf es hierfür Personen, die sich vorrangig mit der Organisation von Menschen und Organisationen beschäftigen. Diese »Organizer« sollen Personen sein, die sich für radikalen, gesellschaftlichen Wandel einsetzen, aber selbst keine Ideologie haben, sondern politische RelativistInnen sind (Shragge 2003, 77), das heißt wachsam und aufmerksam für Machtprozesse auf allen Ebenen. Die Aufgabe von Organizing sei in diesem Sinne nur den Rahmen und die Instrumente dafür bereitzustellen, dass möglichst viele Menschen sich organisieren und die Ziele und Inhalte selbst definieren (Shragge 2003, 137).

Organizing existiert nicht nur als eine politische Form. Rubin und Rubin (1986) unterscheiden fünf Formen des Organizing, eine davon ist das »Protest Organizing«. Brager u. a. unterscheiden zwischen unterschiedlichen Zielen von Organizing: integrative Ziele, soziotherapeutische Ziele, Ziele, die auf Veränderung der Umgebung zielen (Brager u. a. 1987). Social Justice bezogene Organisationen operieren auf den unterschiedlichen Ebenen von Organizing, mal mehr integrativ, mal mehr auf Widerstand und radikale Erneuerung orientiert. Diese Flexibilität beruht auch auf der Notwendigkeit zur Differenzierung und der Orientierung an unterschiedlichen realen Erfahrungen.

	Integration	Praktische Überschneidungen	Opposition
Entwicklung	Bereitstellung von Serviceleistungen, basierend auf professionellen Organisatoren und einem Konsensmodell Tradition: Aufbau von Leistungsfähigkeit (im Sinne von McKnight)	Bereitstellung von lokalen Dienstleistungen	Herstellung von Alternativen, demokratischen, nichtmarktorientierten ökonomischen neuen Praxen Tradition: feministische Projekte oder grüne städtische Initiativen (z. B. Kollektivgärten)
Aktion	Plurale Interessengruppen: Organizing Tradition: Plurale Interessengruppen (im Sinne von Alinsky)	Organisierung von Leuten in den Nachbarschaften, damit sie sich für lokale Verbesserungen einsetzen	Organisierung der sozialen Bewegungen, Herstellung eines kritischen Bewusstseins; Infragestellung der Legitimität der bestehenden Machtverhältnisse Tradition: Lokales Organizing der sozialen Bewegungen (z. B. gegen Globalisierung)

Tabelle übersetzt aus: Eric Shragge: Activism and Social Change, Toronto 2003, S. 198

34 Die lokalen Initiativen haben eine andere Mobilisierungskraft als globale (vgl. Weltsozialforen und die begrenzten Möglichkeiten für Menschen, allein aufgrund der Veranstaltungsorte, daran teilzunehmen). Sie sind wichtig, um Beteiligung auszuweiten und Verbindung zu größeren Bewegungen herzustellen (Smock 2004, 226).

Vorteile organisierter Politik sind die Entwicklung von Macht, Kontinuität, Expertise, die Fähigkeit schnell zu reagieren (Rubin & Rubin 1986, 27). Wo einmal AktivistInnenstrukturen so aufgebaut sind, dass sie am Laufen gehalten werden, kann auf eine Werkschließung ebenso reagiert und dagegen mobilisiert werden wie auf eine fehlende Betreuungsmöglichkeit für Kinder oder den Mangel an Bildungschancen oder rassistische Übergriffe in der Community. Unterschiedliche Bewegungen sollen dabei nicht nur an ihre ureigenen Interessen gekoppelt sein, sondern sich mit anderen verbinden und verbünden, so kann ein Streik von Beschäftigten nicht wie üblich deren Lohnerhöhungen im Auge haben, sondern zum Beispiel für eine Reform des Bildungssystems organisiert werden. Unterschiedliche AktivistInnengruppen stellen eine Vielfalt von Solidarität her. Es geht darum zu erkennen, dass das Eintreten für die Interessen anderer und die Solidarität mit ihnen, auch ihnen selbst nützen kann und zugleich auch um ein Ethos, sich auch dort zu engagieren, wo kein unmittelbarer Nutzen für einen selbst entsteht. Verbündete auf jenen Feldern zu finden und gemeinsame Aktionen zu organisieren, die bislang vermeintlichen Subkulturen überlassen wurden und dadurch immer als Minderheitsinteresse bestimmt werden konnten, ist eine große Herausforderung für Social Justice orientierte Bewegungen. Es geht dabei um die Überwindung von »hurtful dogmas« (»schmerzhaften Dogmen«), »long-standing prejudices« (»lange bestehenden Vorurteilen«), wie zum Beispiel gegen Lesben, Schwule, Transgender, Transsexuelle u. a. (Wahbi 2004).³⁵

Das Eintreten für Social Justice folgt keinem Automatismus. Menschen werden auch durch ihre Situationen und Interessenlagen, ihr Umfeld aktiv, aber eben nicht alleine dadurch. Damit Politik am Laufen bleibt und immer weitergeht, müssen Menschen im Sinne des Organizing angesprochen, aktiviert werden, auf der Ebene der Sozialarbeit auch unterstützt werden, um eigenaktiv wieder handeln zu können. Social Justice orientierte Institutionen haben also nicht nur Inhalte zum Ziel, sondern auch die Politisierung und Aktivierung von Menschen. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht alle Menschen immer politisch aktiv sind oder sein können, sondern dass sich die AktivistInnen auch verändern. Denjenigen, die als »Organizer«, Menschen ansprechen, die bei politischen Social Justice-Aktionen mitmachen könnten und selbst auch »Organizer« werden könnten, kommt eine besondere Rolle deswegen zu, weil sie Kontinuität in der Arbeit gewährleisten können und durch einen gesicherten Zugang zu Ressourcen, Mindestanforderungen an politische Arbeit auch bereitstellen und mit anderen teilen können. Verbündete sind grundsätzlich vom Potential her alle diejenigen, die eine bestimmte Aktion, ein bestimmtes Ziel unterstützen möchten, sie können aus allen Bereichen der Gesellschaft kommen, es können auch Privilegierte sein, die

35 Manche Organizing-Organisationen, wie die größte amerikanische Organisation: Industrial Area Foundation, setzen sich erfolgreich zum Beispiel gegen Armut oder auch Rassismus ein, grenzen sich jedoch gleichzeitig gegen Social Justice durch die Verwendung des Begriffs »Justice« ab (Chambers 2003) und werfen der Regierung gewissermaßen vor, dass sie nicht konservativ genug sei, will heißen, dass sie nicht mehr gegen die Erosion der traditionellen Familie tue (ebd.).

ihre Privilegien in Frage stellen lassen wollen, es können PolitikerInnen sein, UnternehmerInnen u. a. Verbündete ermöglichen grundsätzlich immer wieder Polarisierungen aufzuheben, in die Gesellschaft hinein, statt nur gegen sie zu wirken. Wer einen Teil der Social Justice-Aktivitäten unterstützt, braucht Social Justice für sich als Ziel und Prozess nicht zu formulieren. Wer jedoch Institutionen die Zustimmung gibt, die Social-Justice-Ziele verfolgen, äußert damit auch ein Verständnis für größere Zusammenhänge von Antidiskriminierungs- und Toleranzarbeit. Social Justice orientierte Bewegungen versuchen möglichst viele Menschen auf möglichst vielen Ebenen für unterschiedliche Ziele zu gewinnen. Sie sind sich der Notwendigkeit der Solidarität unter verschiedenen Gruppen bewusst.³⁶ Dabei sollen erfahrene AktivistInnen auch ihre Erfahrungen weitergeben, jahrzehntelange politische Praxen mit einbezogen, kritisch reflektiert werden (Kivel 1985). Die Erfahrungen (Vereinzelung in politischen Auseinandersetzungen und Aktivitäten; das Nicht-Anerkannt-Werden; die Schwierigkeit zu verändern; das Diskriminiert-Werden aufgrund des Aktivseins für Toleranz und Respekt) sind in allen Bewegungen gemacht worden, in der Frauenbewegung, in den Civil Rights Bewegungen, in der Schwulen- und Lesbenbewegung u.v.a. (ebd.). Social Justice ist ein Projekt, in dem aus diesen Erfahrungen gelernt worden ist und neue Aktivitäts- und Bündnisformen entwickelt worden sind und entwickelt werden.

Beim Handeln geht es um die Überwindung von Zynismus, Verzweiflung, Passivität, um die Überwindung des Zusehens und Beobachtens von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen ein Verhalten entsteht und hergestellt wird, das reales Leiden, Unterdrückung und Diskriminierung hinnimmt oder aktiv gestaltet (Michie 1999). Es geht um Aktivwerden, denn jedes ANDERE Handeln selbst IST bereits: Veränderung.

2.3.4. Wandel, Veränderung: »change«, »social change«

Social Justice folgt einer Linie, die grundsätzlich von Wandel und Veränderbarkeit ausgeht. Es ist eine Grundannahme, die dem Konzept zugrunde liegt. Dabei ist der Wandel nicht als ein festgelegtes Konzept gedacht, sondern in dem Rahmen: Abwesenheit von Unterdrückung, Partizipation aller Individuen, Gleichheit und Aktivität. Von Utopie und utopischen Momenten ist wenig die Rede, eher von Visionen, letztlich ist eine pragmatische Sichtweise in den angloamerikanischen Ländern vorherrschend. Der Fokus liegt auf den Prozessen selbst, denn jeder Prozess, der mit Veränderung unter Social Justice einhergehen soll, muss sensibel und verantwortungsvoll behandelt werden, denn der Ort und die jeweilige Zeit des Handelns sind die Orte und Zeiten, die für die Menschen genau in diesem Augenblick und an diesem Platz wichtig und wertvoll sind. Deswegen gilt das Augenmerk dem Hier und Jetzt und den vielen kleinen Momenten der Aktion und des Miteinander-Handelns. Wandel und Veränderung speisen sich also aus dem jeweiligen konkreten Tun, aus der Erfahrung, die Menschen in

36 Dabei ist es wichtig, der Gefahr entgegenzuwirken, dass eine Isolation auf lokaler Ebene oder innerhalb einer Bewegung stattfindet (Shragge 2003, 64).

diesem politischen Handeln machen und wie diese Erfahrung reflektiert wird. Deswegen gehört zu Social Justice, sei es auf der Ebene politischer Aktionen oder im Training, der Bildungsarbeit, immer wieder die Reflexion und das Üben des Reflektierens, das Einüben einer Kultur des bewussten Umgangs miteinander. Die Grenzen sind strukturell gezogen, aber eben auch zu erweitern, in dem genau auf diese strukturellen Begrenztheiten gezielt wird. Dazu gehören zum Beispiel Initiativen einer alternativen Geschichtsschreibung und ihre Installierung auf allen Ebenen der Gesellschaft: die Geschichte von sozialen Bewegungen, die Geschichte von MigrantInnengruppen, die Geschichte von Unterdrückung und Widerstand und die Geschichte von den Erfolgen, von den Unzulänglichkeiten in der Bewegung selbst, die Geschichte von der Geschichtsschreibung. Diese Ansätze sind von Bedeutung, weil sie andere Erfahrungen von und mit Wissen vermitteln. Denn das, was an Wissen jeweils in Schulen, Familien, Medien, Institutionen vermittelt wird, ist mehr als ein Text: es handelt sich jeweils um konkrete Wissenserfahrungen und die damit verbundene Formung von Denkstrukturen. Der Fokus auf Wandel und Veränderung gilt auch für die Bewegung selbst, die sich im Sinne von Alinsky (1969) offen halten muss für neue Prozesse und neue Herausforderungen. Wandel ist wiederum eine Kategorie, die nicht immer rational und messbar ist (Gecan 2002, 163), sondern auch an die Interpretation und Relationsfähigkeit der Menschen gebunden ist. Social Justice orientierte Bewegungen legen auch einen Schwerpunkt auf die Notwendigkeit der Veränderung von Institutionen, weil durch sie hindurch Menschen in ihren sozialen Positionierungen festgelegt werden und an Alternativen gehindert werden, gleichzeitig bedarf aber ein Wandel der Institutionen eines starken Impulses, der von den Individuen ausgehen muss, die in diesen Institutionen mit ihren Konsequenzen stecken (Harvey 2000, 186).³⁷

Um Bewusstheit herzustellen, bedarf es nicht nur der Information und der Entwicklung von Wissen, sondern entsprechender Werkzeuge. Hier kommen spezielle Methoden zur Erlernung kritischen Denkens, kritischen Schreibens, Sprechens und Dialogisierens ins Spiel. Die Bewegung des »critical thinking« zielt auf die Fähigkeit, Texte, Sprache und Rede auf einer Metaebene zu begreifen, den Mut und die Fähigkeit auszubauen, alles zu befragen und im Gespräch von unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten, Lücken zu erkennen, Begrenztheiten des Wissens zu erkennen, aber auch die Erfahrung der Erweiterung von kognitiven Fähigkeiten zu machen.³⁸ Die Bewegungen des »critical thinking« sind wichtige Impulsgeber für Social Justice-AktivistInnen, wenn es darum geht, zu verhindern, dass eine Bewegung sich in ihrem Denken und Handeln absolut setzt und die Begrenztheit des eigenen Wissens und Verstehens vergessen wird.

37 In der Charta des Weltsocialforums erscheint der Begriff »Social Justice« im Kontext der Rubrik »Alternatives«: Diese werden gesehen in der Schaffung von demokratischen Institutionen, die auf »Social Justice, Gleichheit, Souveränität der Völker« beruhen.

38 Zahlreiche Webseiten stellt diese Site zur Verfügung: <http://www.criticalthinking.org>.

2.3.5. *Hoffnung und Imagination: »social hope«, »imagination«, »vision«*

Freire (1994) verwendet im politisch-pädagogischen Befreiungskontexten den Begriff der Hoffnung. Er entsteht auf politischer Ebene aus Kontexten, in denen eine Bewusstheit über real vorhandenes Leiden, Schmerz, aufgrund von Unterdrückung erfahren wird und ist gekoppelt an die immer gleichzeitig gegebene Erfahrung und ein Wissen um diese Erfahrung, dass es anders sein kann und auch ist. Deshalb sind die politisch Aktiven und Engagierten auch Boten des Anderen, der Alternativen.

Zu Social Justice gehört auch das Zugeständnis und Verständnis, dass zum kritischen Denken und zur aktiven Gestaltung von Veränderung so etwas wie eine sehr grundlegende Überzeugung als Hoffnung passt. Diese speist sich gar nicht so sehr aus einem Glauben, sondern aus der Fähigkeit zur »Imagination«³⁹ und damit auch zur »Vision« (Shragge 2003, 200). Diese Fähigkeit ist aber keine anthropologische Konstante, sondern etwas, was sich in sozialen Kontexten herstellen lässt. Sie ist eng verbunden mit der Ausübung kritischen Denkens, der Entwicklung von Fähigkeiten, eine Struktur des Alternativen und Differenzierten überhaupt denken zu können. Es ist also eine Fähigkeit, die erlernbar ist und die gesellschaftspolitisch installiert und lanciert werden kann. In diesem Sinne ist Hoffnung also »social hope« (Rorty 1999, 229 ff.), gesellschaftliche Hoffnung, und aufs engste verkoppelt mit einem Wissen darüber, wie die Gesellschaft jetzt funktioniert, wie sie sich zu dem entwickelt hat, wie sie ist, wie das Wissen über diese Prozesse transportiert und auch transformiert wird. Der Begriff der Utopie wird im Social Justice-Kontext weniger verwendet, weil er mit Bedeutung aufgeladen ist, die auf ein Irgendwo, Nirgendwo oder ganz andere Welten verweist, die mehr als Geschriebene von Bedeutung sind. Die Verbindung jedoch zur politischen Alltagserfahrung ist mit diesem Begriff nicht ohne Weiteres herzustellen.⁴⁰ Gesellschaftliche, soziale Hoffnung als politische Überzeugung, als Imaginations- und Visionskraft, als Fähigkeit zur Differenzierung und Entpolarisierung, zur Herstellung neuer Verbindungen und kreativer politischer Projekte erlaubt eine hohe politische Anschlussfähigkeit, weil Befreiung und Befreiungserleben gerade nicht auf ein Irgendwann und Irgendwo verschoben, sondern in der politischen und sozialen Handlung unmittelbar erfahrbar werden. In dieser Erfahrung kann sich sowohl Pessimismus als auch erlebte Ungerechtigkeit in eine andere Erfahrung transformieren und ausformen. Mit dem Fokus auf Wandel und Veränderung wird die Vision, »change vision«, »change orientation«, in die Realität hineingeholt (Mondros 1994, 29 ff.). Es geht also nicht nur um eine Vision bezüglich eines bestimmten Inhaltes oder Themas, sondern um eine Vision davon, dass Veränderung überhaupt möglich ist und die Situationen so wie sie sind, nicht akzeptiert werden müssen. Dabei spielt die Vermittlung einer historischen Dimension, des Lernens und Bewusst-Machens von Veränderung in der Geschichte eine große Rolle, wenn

39 Zur Bedeutung der Imagination für einen respektvollen Dialog, vgl. Perko 2003, 20ff.

40 Zur Kritik der Utopie vgl. Harvey 2000. Ein Mangel an Alternativen sei nicht das Problem (so Harvey), sondern das Zu-Wenig der Umsetzung (ebd.).

es darum geht Relationen herzustellen und eine Bewusstheit darüber, dass Wandel und Veränderung wie auch Gewinn durch Aktivität, eine lange Erfolgsgeschichte haben (Kivel 1985). Manche sprechen auch von »complex hope« und meinen damit einen Optimismus der historische und strukturelle Schwierigkeiten in politischen Veränderungsprozessen berücksichtigt (Thrupp/Tomlinson 2005, 550). Andere verwenden den doppelsinnigen Begriff »educated hope« (*gebildete Hoffnung*) und erinnern daran, dass Hoffnung keine anthropologische Konstante ist, sondern gesellschaftlich und damit beeinflussbar konstruiert wird (Giroux 2002).

»Social hope« oder »complex hope« oder »educated hope« ist also ein wichtiger Aspekt, denn diese Art von Hoffnung speist sich ursächlich daraus, dass die Erfahrung von Umsetzung gemacht worden ist und dementsprechend wieder gemacht werden kann. Die real immer auch existierende Möglichkeit eines Scheiterns ist dem Begriff der Hoffnung eingeschrieben.

2.3.6. Gerechtigkeitsbildung: »Social Justice Education«

Bildung hat in den Social Justice orientierten Organisationen einen hohen Stellenwert. Dabei geht es nicht nur um allgemeine politische Bildung, also das Grundlagenwissen über die Gesellschaft. Bildung ist unmittelbar an die politischen Handlungen angeknüpft und zwar in doppelter Form: zum einen sollen Bildungsprozesse direkte Aktionen und politisches Handeln anregen und initiieren, zum anderen sollen politische Aktionen und Handeln differenziert reflektiert werden und die Fähigkeiten hierfür ausgebildet und weiter entwickelt werden. Social Justice Education hat dabei also auch immer die dialogische Selbstreflexion von Subjekten und von Gruppen zum Ziel. Wer eine Idee davon hat, wie die Reflexion in politischen Gruppen funktioniert, wie politische AkteurInnen selbst in die Grenzen ihrer Reproduktion unter Herrschaftsbedingungen eingebunden sind, wird mit Konflikten und Unterschieden anders umgehen, Respekt und Dialog in den Vordergrund stellen, weil die grundsätzliche Bewusstheit und Erfahrung vorherrscht, dass die Erfindung von Demokratie die Momente sozialer Selbstkontrolle im Sinne von Bewusstheit und sich wechselseitig anregender Bewusstheit unabdingbar braucht. Social Justice Education hat die grundsätzliche Herstellung von Sensibilität gegenüber allen Formen von Unterdrückung und Herabsetzung zum Ziel, dazu gehört auch die Bewusstmachung der Strukturen und Privilegienverteilungen, der Diskriminierungspraktiken innerhalb von politischen Gruppen, ohne moralisch oder beschämend zu agieren, sondern analytisch, unterstützend, im Bewusstsein der Bedeutung von Lernprozessen. Kurse für »Change Agents« (*»AkteurInnen des Wandels«*), Bildungsarbeit für AktivistInnen muss auch auf philosophischen, das heißt Metaebenen operieren und die AkteurInnen befähigen: Herrschaft und Macht zu analysieren; Formen des kritischen Denkens zu üben (Alles anders denken, dialogische Reflexion, das Denken des Denkens, die Rolle von Sprache); Alternativen zu identifizieren; die Geschichte Sozialer Bewegungen zu studieren; Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu identifizieren; Aktionsformen (Organizing) zu erlernen; persönliche

Werte und die eigenen Lebensformen zu konfrontieren und zu reflektieren (Andrzejewski 1996). In Anknüpfung an die Tradition von John Dewey und dessen Konzepte demokratischen Lernens geht es bei Social Justice Education darum, Demokratie und Bildung auf eine bestimmte Weise zu verbinden, nämlich so, dass alle in ihrer Unterschiedlichkeit und ihrer Vielfalt sowohl bezüglich der Geschichte als auch der Gegenwart sichtbar werden, eine Stimme bekommen, partizipieren können (Ayers u. a. 1998). Als Referenzen werden auch angeführt: Antonio Gramsci, Paulo Freire, der karibische Revolutionär C. R. L. James u. a. und mit ihnen der Bezug darauf, dass jede Person ein Philosoph/eine Philosophin ist und in der Lage über das Leben und die Gesellschaft nachzudenken und dies in gesellschaftlichen Räumen zu artikulieren (Adams 1998, 95). Erziehung und Bildung werden als reziproke Prozesse gedacht, Lernende und Lehrende bilden sich mit wechselnden Wissensdominanzen gegenseitig.

Den Bildungsgewerkschaften der LehrerInnen u. a. kommt eine wichtige Rolle zu. Sie können sich für mehr einsetzen als für einfache Schulreformen. Sie können Inhalte verändern und Solidaritäten auf kommunaler Ebene organisieren (Peterson/Charney 1999), auch Kinder- und Jugenddiskriminierung zum Gegenstand machen und bei deren Abschaffung aktiv mitwirken.⁴¹

3. Social Justice in der Praxis

Politik, Soziale Arbeit und Bildung sind die für Social Justice primär relevanten Arbeitsfelder. Unter Social Justice überschneiden sich diese Bereiche in vielen Projekten. Damit ist in den Social Justice-Praxen ein Verständnis von Politik zugrunde gelegt, welches Soziale Arbeit nicht als Korrektur- und Kompensationsmaßnahme von Politik begreift, sondern als ein Feld, für das die Politik eine Verantwortung bezüglich einer realen Veränderung hat und zwar in dem Sinne, dass Soziale Arbeit partiell damit überflüssig würde bzw. zumindest deutlich weniger notwendig wäre. Politik soll aktiv von Menschen des Gemeinwesens gestaltet werden und als partizipatives Modell eine neue Lebendigkeit sowie Alternativen zu bisherigen Parteipolitiken und Stellvertretungsprinzipien realisieren. Hierfür wie auch für eine Veränderung der sozialen Verhältnisse kommt der Bildung, sowohl als Informations- als auch als Wissensvermittlung, eine besondere Bedeutung zu. Bildung wird im Social Justice-Projekt als Lernen und Weiterentwickeln eines kritischen Denkens und Handels gedacht, sie ermöglicht Menschen Fähigkeiten zur Selbstbildung und zu anderen Denkstrukturen und damit Grundfertigkeiten, die Welt und sich selbst als veränderbare zu begreifen. Bildung soll aber auch in Social Justice-Kontexten eine Orientierung geben, eine Richtung aufzeigen und darin eine Absage an Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt formulie-

41 Die schulische Gerechtigkeitsbildung hat eine Tradition in den »Just-community-Projekten«, Demokratieprojekte in den Schulen, von Lawrence Kohlberg (1986). Kohlberg ist jedoch oft wegen seines stark moralisch orientierten Ansatzes kritisiert worden und weil er Geschlecht und andere kulturelle Aspekte ausgeblendet lässt.

ren, ohne andere Meinungen oder Menschen zu verurteilen und zu diskriminieren. Das Selbstverständnis Sozialer Arbeit, sofern es auf Social Justice bezug nimmt, ist ebenfalls ein politisches.⁴² Soziale Arbeit als Social Justice-Arbeit versteht sich als eine Tätigkeit, in der Menschen als politische Subjekte verstanden werden, die die Bedingungen, unter denen sie mit der Sozialen Arbeit in Berührung kommen durchschauen und begreifen sollen und deren Meinung in Form der Selbst- und Neugestaltung der Verhältnisse Raum gegeben wird.⁴³

3.1. Social Justice in Institutionen und Organisationen

Die Felder Politik, Soziale Arbeit und Bildung sind Gebiete, in denen Diskriminierung und die Frage des Umgangs mit Ausgrenzung und Ausschluss zum alltäglichen Gegenstand der Überlegungen und Auseinandersetzungen gehören. Die Institutionen und Organisationen, die mit dem Begriff Social Justice operieren, setzen diesen Begriff als Leitlinie und subsumieren darunter eine Vielzahl von Aktivitäten, sei es im Feld von Politik, Sozialer Arbeit oder Bildung. Andere Organisationen und Institutionen mit Schwerpunkten in einzelnen Social Justice-Feldern wie Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus und anderen, nehmen den Begriff als Ziel- und Prozessformulierung. Ihre speziellen Aktivitäten stellen darin einen wichtigen Baustein dar. Im Folgenden fasse ich vorrangig jene Aktivitäten von Institutionen und Organisationen zusammen, die Social Justice als Projektbegriff bereits verwenden.⁴⁴

Social Justice Center sind häufig Community Centers, das heißt Institutionen auf kommunaler und städtischer Ebene, teilweise vom Staat, sehr oft durch Spenden finanziert. Sie bilden in Trainings Personen zu Organizern aus und beschäftigen SozialarbeiterInnen, die Netzwerke zur Umsetzung konkreter Social Justice-Initiativen betreuen und am Leben erhalten. Dabei haben sie häufig mehrere Schwerpunkte: Arbeit mit Obdachlosen und Budgetierung in der Kommune; Arbeit mit »people of color« und politische Aktivierungskampagnen; Jugend und Transgender, Lesben-, Schwulen-Organizing u.v.m. Nicht alle Social Justice orientierten Organisationen leisten Soziale Arbeit, manche sind auch rein politisch orientiert, wobei die Grenzen zwischen beidem sehr fließend sein können. Auch gewerkschaftlich ausgerichtete Social Justice-Initiativen wie ACORN operieren auf Community Organizing-Basis. Die Center leisten in der Regel auch Bildungsarbeit auf ihren Schwerpunktfeldern, aber auch bezüglich der Grundfähigkeiten, politische Bewegung zu organisieren, das heißt sie bilden auch Organizer und aktive Menschen aus und weiter. Die Ausbildungen kosten in der Re-

42 Die Internationale Föderation der SozialarbeiterInnen/Assoziation der »Schools of Social Work« schreiben Social Justice in ihren Richtlinien als Ziel fest und formulieren detailliert in ihren ethischen Prinzipien unter Berufung auf alle wichtigen Menschenrechtskonventionen eine deutliche Absage an jede Art von Diskriminierung, vgl. <http://www.ifsw.org> [15.6.2006]

43 Gleichzeitig geht es dabei aber auch immer darum, Menschen als wechselseitig voneinander Abhängige zu begreifen und Hilfsbedürftigkeit als etwas Menschliches anzuerkennen.

44 Vgl. Zusammenstellung mit Webadressen im Anhang dieser Studie. Auf den Webseiten der dort aufgeführten Projekte befinden sich zahlreiche Links zu Institutionen, die auf Feldern arbeiten, die Social Justice-Relevanz haben.

gel Geld, Materialien zu Organizing und Anleitungen werden vielfach übers Internet kostenlos zur Verfügung gestellt, während konkrete Trainingsprogramme selten als öffentliche Ressource zur Verfügung gestellt werden. (siehe Anhang)

Zudem spielt Social Justice eine hoch bedeutsame Rolle für die Praxis in Schulen. Sowohl in Großbritannien, als auch in den USA, Australien und Kanada, gibt es viele Programme und LehrerInnenorganisationen, die Social Justice-Praxen für die Schulen konkret machen. Hier gibt es eine breite Fülle von Material, Erfahrungsberichten, wissenschaftlichen Artikeln. In den USA knüpft der Gedanke demokratischer und gerechter Schulen sowohl an die Reformpädagogik von John Dewey oder Paulo Freire als auch an die Just-Community-Bewegungen von Lawrence Kohlberg an. Allerdings sind diese Ansätze in der Theorie und Praxis von Social Justice gerade in den Dimensionen verändert, die an Dewey und Kohlberg auch kritisiert wurden, nämlich deren stereotypes oder ausblendendes Denken zum Beispiel bezüglich der Geschlechterverhältnisse, der »people of color«, der Herrschafts- und Machtverhältnisse generell. Für den Bildungsbereich von Social Justice-Initiativen ist die Pädagogik von Paulo Freire wichtig, sein Ansatz – Unterdrückung als gesellschaftliches Strukturproblem zu thematisieren und gleichzeitig Unterdrückte als Subjekte zu begreifen, die diese Zusammenhänge begreifen und entsprechend handeln oder anders handeln können bzw. dies erlernen können – ist bereits in den Reformprojekten und Grassrootsbewegungen der 1970iger Jahre in den USA von Bedeutung gewesen. Der breiten und hohen Relevanz für die schulische Bildung kann ich in dieser Studie nur durch diesen Hinweis und weiterführende Literatur gerecht werden.

An Universitäten und Colleges gibt es zahlreiche politische Studierendeninitiativen, die sich unter Social Justice gruppieren und Antidiskriminierungsarbeit auf dem Campus machen. An manchen Hochschulen existieren Social Justice-Büros oder Beauftragte. Darüber hinaus hat sich Social Justice seit dem ersten Studiengang »Social Justice Education« (University of Massachusetts) als Studieninhalt verbreitet. Teilweise werden für Social Justice andere Bezeichnungen gewählt wie zum Beispiel »social responsibility« an der St Cloud State University. (siehe Anhang)

Auf Regierungsebenen oder in regierungsbezogenen Institutionen spielt Social Justice eine kleine Rolle. Der Bericht der International Labor Konferenz von 2004 trägt den Titel »Organizing for Social Justice«, gewichtet jedoch vorrangig ökonomische Fragestellungen, wenngleich Schwerpunkte auch auf marginalisierte ArbeitnehmerInnengruppen gesetzt werden, wie zum Beispiel Frauen in der Heimarbeit, Migrantinnen, Arbeitende in der Landwirtschaft und deren Rechts- und Diskriminierungssituation beschrieben werden (vgl. Report 2004).

Der Bericht der schottischen Ministerin für »Social Justice«, Margaret Curran, zeigt bereits in der Anzahl und Auswahl der Sprachen eine Sensibilität für die Notwendigkeit der Anerkennung und Einbeziehung von Unterschieden. Er erscheint außer auf Englisch auch in: Braille, Audiotape, Großbuchstaben, Urdu, Hindu, Punjabi, Bengali, Arabic, Chinese, Gaelic, (Social Justice Annual Report 2002). Der Social Justice

Report 2004 der Ministerin für »Social Justice und Regeneration« in Wales betont, dass Social Justice mehr als Chancengleichheit ist und eines aktiven Inklusionsprogramms auf vielen Ebenen bedarf (Armut, Gewalt, Bildung etc.) (Social Justice Report 2004).

In den USA finden wir zahlreiche, unterschiedliche Initiativen und Projekte sowie Bildungsinstitutionen, die einen religiösen Hintergrund haben und auf dieser Basis ihren Social Justice-Anspruch formulieren, wie zum Beispiel jüdische, katholische, unitaristische, u. a. (siehe Anhang)

Die seit 2001 stattfindenden Weltsozialforen sind eine Form der Realisierung von Social Justice, denn hier finden sich unterschiedliche Menschen aus Politik, Antidiskriminierungsarbeit und Gerechtigkeitsinitiativen zusammen und beziehen sich aufeinander mit dem Ziel einen Dialog der Vielfalt und kreative, herrschaftsfreie Räume herzustellen (vgl. Anand u. a. 2004). Dennoch scheint es so, dass sich auch hier erkennbar die hierarchischen Strukturen der Gesellschaft spiegeln. Feministische Themen sind keine Selbstverständlichkeit, geschweige denn ein Querschnittsthema. In der komplexen, kritischen Analyse der Weltsozialforen kommen fast ausschließlich intellektuelle und Menschen mit institutioneller Macht zu Wort. Die Themen Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Transgender/Transsexualität kommen nicht vor, Lesben und Schwule nur am Rande (vgl. ebd.). Die TeilnehmerInnen, die aus vielen Ländern zu den Foren angereist kommen, sind häufig Kader aus Institutionen, die über Geld verfügen und die Leute zu den Foren senden, von denen sie annehmen, sie hätten wohl mehr zu sagen als andere. Es wäre immerhin auch denkbar, das Los aus allen Interessierten, die sich melden, entscheiden zu lassen. Aber auch lokale Initiativen wie das Berliner Sozialforum sind vor der Reproduktion von Machtstrukturen nicht gefeit (vgl. Genschel 2006), dies liegt aber möglicherweise daran, dass sie sich von vorne herein »einseitig«, das heißt also nicht auf Social Justice orientiert organisieren oder der Raum für den Metadialog und die Reflexion von Macht nicht genug geöffnet ist. Tatsächlich reicht aber die Reflexion alleine nicht aus, es bedarf einer anderen Praxis, in der Menschen Privilegien tatsächlich aufgeben und den jeweils »Anderen« tatsächlich Raum lassen.

3.2. Social Justice-Bildungsarbeit: Zwei Praxisbeispiele

Social Justice-Bildungsarbeit richtet sich potentiell an alle Menschen. Zur Bildungsarbeit von Social Justice gehören: Informations- und Aufklärungsarbeit; Schulungsarbeit in Mobilisierungs-/Organisierungsfertigkeiten und (Selbst-)Reflexionstechniken; Transformationskampagnen. Diese Herangehensweise ist einem Menschenbild geschuldet, welches den Menschen in beständiger, aber keineswegs determinierter Entwicklung sieht. Diese Entwicklung findet über die Aneignung der Welt durch verbale und nonverbale soziale Erfahrungen statt. Bildung ist im pragmatistischen Verständnis der Gedanke, dass über Bildung Erfahrung organisiert und strukturiert, das heißt auch: ergänzt, bereichert, korrigiert etc. werden kann. Wenn in Bildungsprozessen Erfahrun-

gen gemacht und verarbeitet werden, dann spielt die Frage nach der Art der Bildungsprozesse eine wichtige Rolle. Denn wenn wir wissen, dass bestimmte Situationen Menschen verletzen oder traumatisieren, dann geht es in Social Justice-Bildungsprozessen darum, andere Erfahrungen zu organisieren bzw. ein Verstehen für gemachte Diskriminierungserfahrungen herzustellen und gleichzeitig Möglichkeiten für andere Erfahrungen zu organisieren. Dies geschieht auch über die Tätigkeit des Sich-Bildens. Wie diese Tätigkeit des Sich-Bildens konkret aussehen kann, möchte ich an zwei typischen Social Justice-bezogenen Bildungsmaterialien zeigen⁴⁵: dem Diversity und Social Justice Education Training, wie es als Arbeitsmaterial für den Studiengang Social Justice Education entwickelt worden ist und den Materialien der Organisation »Tolerance.org«. Diese Beispiele wurden auch ausgewählt, weil sie frei zugänglich sind, jede und jeder sie verwenden kann. Das Diversity and Social Justice Education Training der University of Massachusetts ist das avancierste und im englischsprachigen Raum sehr bekannte Training. Das Team, welches dieses Training über viele Jahre entwickelt hat, hat damit eine VorreiterInnenrolle übernommen und auch einen wichtigen Beitrag in der Kombination von Theorie und Praxis geleistet. Dieses Training wird an Hand des Materials, vorliegend in Buchformen, vorgestellt. Zugleich kann ich hier auf eine mehrjährige Erfahrungsressource zurückgreifen, da dieses Training von mir und meiner Kollegin Leah C. Czollek⁴⁶ in zahlreichen Seminaren in Hochschulen, sozialen Projekten, Gewerkschafts- und Verwaltungszusammenhängen in Deutschland praktiziert worden ist und wird.

Das »Tolerance-Material« ist kein ausgearbeitetes Trainingsprogramm, sondern ein gebündeltes Material, welches zum Teil auch in Trainingskontexten verwendet werden kann, aber auch zum Selbsttraining. Es richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dieses Material wird hier auf der Grundlage von im Internet als Ressourcen bereit gestellten Materialien skizziert.

3.2.1. »tolerance.org«: Bildungs- und Aktionsmaterial

Bei »tolerance.org« handelt es sich um ein Onlineressourcencenter. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Initiativen in der Kommune, am Arbeitsplatz, in der Familie, in Schulen. Diese Initiativen sollen sich zum einen gegen jede Art von Hass und Diskriminierung richten und zum anderen Toleranzalternativen mobilisieren, organisieren und installieren. Zur Verfügung gestellt werden: täglicher Nachrichtenservice über Gruppen und Individuen, die sich für Toleranz und gegen Hass einsetzen; Handbücher für erwachsene und jugendliche AktivistInnen; Praxisressourcen für Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen; Spiele für ganz junge Kinder. Unter den Mate-

45 Typisch nenne ich diese Materialien deswegen, weil in diesen Trainingsprogrammen bzw. Kampagnenmaterialien Diskriminierungen in ihrer Vielfalt und in der Verschränkung ineinander in den Mittelpunkt gestellt und gleichzeitig Wege zum Handeln aufgezeigt werden.

46 Vgl. deren Webseite: <http://www.czollek-consult.de>

rialien befinden sich auch Handbücher zu einem alternativen Sprachgebrauch; zu versteckten und nicht beachteten historischen Ereignissen im Engagement für Toleranz und gegen Gewalt und Hass; eine kleines Onlinemuseum zur Geschichte der BürgerInnenrechtsbewegungen; Erklärungen und Analysen zu »Hassseiten« derjenigen Organisationen, die Diskriminierung bewusst ausüben.

Finanziert wird »tolerance.org« neben Spenden (von großen Unternehmen wie z. B. Yahoo) wesentlich durch ein anderes großes Center: das »Southern Poverty Law Center«.⁴⁷

Die Materialien sind mit ansprechenden Fotos und kurzen, inhaltsstarken und praxisbezogenen Texten sehr gut aufbereitet. Dahinter steht ein Social Justice-Verständnis, welches die Notwendigkeit der Thematisierung und Einbeziehung jeder Art von Diskriminierung ebenso fokussiert wie alle gesellschaftlichen Ebenen als veränderungsbedürftig anerkennt. Es wird betont, dass die Materialien aus unzähligen Erfahrungen in der Communityarbeit entwickelt wurden und beständig durch die Informationen, die viele Menschen an das Center schicken, erweitert werden. Sehr wichtig ist, wie in jedem Social Justice-Ansatz, die Unterscheidung zwischen denjenigen, die jeweils diskriminiert werden und denjenigen, die als »TäterInnen« aktiv diskriminieren, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass AktivistInnen für Toleranz auch Vorurteile haben und diskriminieren können.

Im Leitfaden »Ten Ways to fight hate, A community response guide«⁴⁸ werden zehn Schritte jeweils im Detail erläutert: Handeln; Verbündete suchen; Opfer unterstützen; Informationen über TäterInnengruppen einholen; Alternativen herstellen, ohne mit Hass oder Gewalt zu antworten; Öffentlichkeit in seriösen Medien herstellen; PolitikerInnen und öffentliche Personen zur Positionierung gegen Hass und Diskriminierung auffordern; Langzeitaktivitäten wie regelmäßige Demos oder Webseiten herstellen; in den Schulen die Erziehung zur Toleranz verstärken; Verbindungen zu anderen diskriminierten Gruppen herstellen und eigene Vorurteile und Stereotype überprüfen und sich selbst verändern.

Es geht darum, jede Diskriminierung ernstzunehmen, zum Beispiel eine herabsetzende Bemerkung gegenüber einem Latinoamerikaner in einem Amt oder die Diskriminierung eines Schwulen am Arbeitsplatz. Denn sobald irgendeine Form von Herabsetzung akzeptiert wird und nicht durch Handeln dieser entgegengetreten wird, ist die Tür auf für weitere Diskriminierungen und eine Fortsetzung der Praxen. Dabei geht es immer darum, Formen zu finden, die selbst weder Gewalt noch Hass produzieren. In den Materialien werden viele Beispiele für erfolgreich durchgeführte Aktivitäten berichtet und der Austausch von Ideen und Erfahrungen gewünscht. Auch ergeht die Aufforderung in der Bevölkerung Geld zu sammeln, mit dem Toleranzaktivitäten finanziert werden können. Die aktive Verpflichtung auf »Not in our town« (*»Nicht in*

47 Vgl.: <http://www.splcenter.org/> [20.6.2006]

48 Zehn Wege, Hass zu bekämpfen. Ein Leitfaden mit Antworten für die Kommune.

unserer Stadt«) soll zu einer moralischen Barriere gegen Hassaktivitäten errichtet werden: »Justice must become an intuitive law.«⁴⁹

Das Arbeitsmaterial »101 Tools for Tolerance. Simple ideas for promoting equity and celebrating diversity«⁵⁰ (2000) richtet sich an jede/n BürgerIn. Es liefert Ideen, wie jeder Einzelne sich verändern kann: durch Lesen von Literatur zu einem Thema, wo Vorurteile bestehen oder durch Gespräche mit Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, durch Besuche von Seminaren, durch Lernen einer Sprache usw. Das Material gibt Ideen, wie innerhalb von Familien – oder Freundeskreisen über Diskriminierung geredet werden kann und Hass in diesen Umfeldern unterbrochen werden kann, unter dem Titel: »Not in my home« (*»Nicht in meinem Zuhause«*). Spezielles Material für Schulen wird zur Verfügung gestellt: »Responding to hate at school. A guide for teachers, counselors and administrators« (1999).⁵¹ Der Leitfaden gibt Unterstützung dabei, so konsequent wie möglich auf allen Ebenen der Schule klare Absagen gegenüber Hass und Intoleranz zu erteilen und entsprechende Ordnungen zu erlassen u.v.m.⁵² Des weiteren stehen Empfehlungen für die Aktionsarbeit am Arbeitsplatz zur Verfügung. Dabei ist eine Anregung, ein weites Netz herzustellen, um Arbeitskräfte zu finden, die auch aus »people of color« – Communities kommen oder ein anderes Beispiel, die Behindertengerechtigkeit am Arbeitsplatz zu überprüfen und zu thematisieren. Weitere Empfehlungen werden für das Gemeinwesen ausgesprochen, wie zum Beispiel sicherzustellen, dass Lesben und Schwule in der Kommune sicher leben können oder alle Sprachen in der Kommune auf der politischen Ebene berücksichtigt werden.

»Speak up!« (*»Sprich frei«*) ist ein Handbuch mit vielen Anregungen und einem Schwerpunkt auf der Unterstützung gerade im Nahbereich, Familien, FreundInnen, Schule, Arbeit, wo Menschen eng mit anderen Menschen zu tun haben und die Erfahrung machen, dass sie von diesen diskriminiert werden oder dass sich Menschen diskriminiert fühlen. Es geht darum, Geschichten und Fälle von Diskriminierungen zu sammeln, sie zu verwenden, öffentlich zu machen: Berichte über Erfahrungen von Menschen, die diskriminiert wurden oder selbst mit ihrer eigenen aktiven Diskriminierungsstruktur konfrontiert wurden. Das Handbuch bietet viele Beispiele, wie Diskriminierung zum Gegenstand gemacht werden kann, wie mit Menschen im unmittelbaren nahen Umfeld geredet werden kann. »Speak up!« kann als Kampagne installiert werden oder auch als Trainingsprogramm.

Social Justice kann im Verständnis von tolerance.org also nur realisiert werden, wenn Ungerechtigkeit immer und überall thematisiert wird und Schweigen, Internali-

49 Gerechtigkeit muss ein intuitives Gesetz werden.

50 101 Werkzeuge für Toleranz. Einfache Ideen, um Gleichheit zu befördern und Diversity umzusetzen. Ebenso ein Leitfaden für die Arbeit an Colleges und Hochschulen: »10 Ways to fight hate on campus. A response guide for college activists« (o. J.) (10 Wege Hass auf dem Campus zu bekämpfen. Ein Leitfaden mit Antworten für College-AktivistInnen.)

51 Auf Hass an den Schulen antworten. Ein Leitfaden mit Antworten für LehrerInnen, BeraterInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen.

52 <http://www.umass.edu/sje/overview.html> [20.6.2006]

sierung, Passivität, Gleichgültigkeit durch Engagement und Aktivität abgelöst werden. Die politische Arbeit setzt mit pragmatischen Mitteln bei der Idee der Aktivierung an.

Die Materialien von tolerance.org lesen sich wie eine sehr praktische Ausdifferenzierung der Bausteine des Social Justice Education Programms von Adams u. a. , welches ich im folgenden Teil vorstellen möchte. Dieses Programm hat offenbar den Rahmen für die vielen, hilfreichen Konkretisierungen in den Handreichungen von tolerance.org (und auch von anderen Centern) abgegeben, woran zugleich die unendliche kreative Erweiterbarkeit von politischem, sozialem Engagement gegen Diskriminierung und für Toleranz deutlich wird.

3.2.2. *Diversity und Social Justice Education*

Social Justice Education ist ein seit 1987 bestehender, interdisziplinärer Master- und Promotionsstudiengang an der University of Massachusetts in Amherst.⁵³ In ihm werden Personen ausgebildet, die auf irgendeine Weise im formalen Bildungssystem, vom Kindergarten bis zu den Colleges arbeiten, sei es als LehrerInnen, in der Verwaltung, in der Beratung oder Supervision, in der LehrerInnen- oder BeraterInnenausbildung, in SchülerInnenprogrammen und ähnlichen Feldern im Kontext des formalen, offiziellen Bildungssystems. In der Formulierung der Ziele und Grundlagen des Studiengangs beziehen sich die OrganisatorInnen des Studiengangs auf Iris Marion Young⁵⁴ und auf die von mir bereits dargestellten Ansätze und Grundlagen von Social Justice: »The approaches to theory and practice taken by Social Justice Education are rooted in the civil rights social movements of the past forty years, within which concepts such as social justice, oppression and liberation are central categories for analyzing, evaluating and transforming interlocking systems of discriminatory institutional structures and cultural practices. Students in social justice education study the inequities that people experience on the basis of their social group memberships, through systems of constraint and advantage reproduced through the social processes of exploitation, marginalization, powerlessness, cultural imperialism, and violence (Young, 1990). Social justice education pays attention to the resources that individuals, families, and communities bring to personal and social change and to the transformation of educational institutions and practices. Social justice education also pays careful attention to process in educational and structural interventions and practices. This attention to process includes balancing the emotional with the cognitive; acknowledging and supporting the personal while analyzing and intervening in social systems; attending to social relations within and among families, schools and communities; developing competencies in collaboration and interrelationships as well as education and advocacy.«⁵⁵

53 <http://www.umass.edu/sje/overview.html> [20.6.2006]

54 Im Unterschied zur Bundesrepublik haben in den USA Gerechtigkeitsphilosophinnen wie Iris Marion Young oder Martha Nussbaum einen direkten Einfluss auf die praktische Politik und Bildung. Philosophische Ideen werden als unmittelbare Optionen für das pädagogische Handeln betrachtet (vgl. u. a. Eisenberg 2006; Gerwitz 2006; Enslin 2006; zu Nussbaum: Walker 2003).

55 Die Zugänge zur Theorie und Praxis von Social Justice Education wurzeln in den Sozialen BürgerInnenrechts-

Aus diesem Studiengang und zwanzigjährigen Erfahrungen eines multikulturellen Teams in Social Justice Education sind zwei komplexe Arbeitsbücher hervorgegangen, zum einen das Trainingsprogramm (Adams u. a. 1997), zum anderen ein dazu gehörendes Buch mit Theorie-/Praxistexten (Adams u. a. 2000).

Im Trainingshandbuch werden sehr detailliert die Übungen, ihre Ziele sowie wichtige Punkte, die für TrainerInnen und Lehrende zu beachten sind, beschrieben. Im ersten Teil des Buches werden die theoretischen und pädagogischen Grundlagen erläutert, im letzten Teil werden konkrete Fragen, die für TrainerInnen und LehrerInnen aus der Praxis entstanden sind an Schwerpunktthemen, beantwortet. Dazwischen werden sieben inhaltlich unterschiedliche Trainings, »curriculum designs«, präsentiert.

Das Ziel von Social Justice Education umschließt eine Vision einer Gesellschaft, in der die Teilhabe von allen Mitgliedern an den gesellschaftlichen Ressourcen gegeben ist und die physische und psychische Sicherheit und demokratische Entfaltungsmöglichkeit allen erlaubt ist. Social Justice setzt in diesem Verständnis AkteurInnen voraus, die selbst handeln, zugleich soziale Verantwortung für andere und die Gesellschaft übernehmen (Adams u. a. 1997, 1).

Ich glaube nicht, dass man Social Justice lehren kann, man muss das leben. Um etwas über Social Justice zu erfahren, muss man Erfahrungen damit machen. ... Für LehrerInnen ist die einzige Antwort darauf, die Schulen zu Orten zu machen, an denen Social Justice umgesetzt wird. Wenn wir Schulen so gestalten können, an denen Social Justice so etwas wie eine Realität darstellt – wo Menschen vernünftig, human und mit Respekt behandelt werden – dann haben wir die Chance unsere Kinder zu lehren, was Social Justice heißt. (George Wood: Teaching for Social Justice hg. v. William Ayers)

Den theoretischen Rahmen bilden Theorien der Unterdrückung und Diskriminierung, Texte dazu finden sich in der Anthologie (Adams u. a. 2000). Den pädagogischen Rahmen bilden Methoden der Gruppendynamik, der Gesprächsführung, des Psychodramas, also Methoden aus Feldern der humanistischen Pädagogik und Psychologie.

bewegungen der vergangenen 40 Jahre, innerhalb derer solche Konzepte wie Social Justice, Unterdrückung und Befreiung zentrale Kategorien sind, um ineinandergreifende Systeme von diskriminierenden institutionellen Strukturen und kulturellen Praxen zu analysieren, zu bewerten und zu transformieren. Studierende von Social Justice Education studieren die Ungleichheiten der Menschen, die sie als Mitglieder ihrer sozialen Gruppen erfahren durch: Zwangssysteme, Vorteilssysteme, die durch Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, kulturellen Imperialismus und Gewalt reproduziert werden (Young 1990). Social Justice Education legt ein Augenmerk darauf, dass die Ressourcen so genutzt werden, dass für Individuen, Familien und Kommunen persönliche und gesellschaftliche Veränderung möglich wird und auch Erziehungsinstitutionen und -praktiken transformiert werden. Social Justice Education achtet auch vorsichtig darauf, pädagogische und strukturelle Interventionen und Praktiken zu steuern. Die Achtsamkeit auf diesen Prozess schließt auch ein, die Balance zwischen dem Emotionalen und dem Kognitiven zu halten, die persönliche Seite anzuerkennen und zu unterstützen und gleichzeitig die gesellschaftlichen Systeme zu analysieren und dort zu intervenieren; die sozialen Beziehungen innerhalb und zwischen Familien, Schulen, Kommunen zu begleiten; Kompetenzen für die Zusammenarbeit und die Herstellung von Beziehungen ebenso zu entwickeln wie für Erziehung und Fürsprache

Dabei spielen die Ansätze von Paulo Freire eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt sind auch Theorie und Praxis der Aktivierung und des strategischen Handelns mit eingegangen.

Social Justice Education wird als Prozess und Ziel verstanden. Dabei werden die Ziele in die Praxis des Trainings integriert, gewissermaßen im Training und im Bildungsprozess gelebt, ein neues Handeln findet im geschützten Raum statt. Die Gewährleistung von Schutz (vor Diskriminierungen und Verletzungen) und die Herstellung einer sicheren Atmosphäre ist eine entscheidende Aufgabe der TrainerInnen.

Das Training ist eine intensive Auseinandersetzung mit Vorurteilen und jahrhundertealten, immer wieder aktualisierten Stereotypen und Vorurteilen. Diese Auseinandersetzung findet auf vielen Ebenen statt: im Seminar selbst (der Ort des Hier und Jetzt der Auseinandersetzung); bezüglich der persönlichen Erfahrungsgeschichte; bezüglich der Familiengeschichte und nahen Umfeldgeschichte; bezüglich des Gemeinwesens, in dem die Einzelnen leben (Arbeits- und Lebensumfeld); bezüglich der Geschichte des jeweiligen Landes: Geschichte der Intoleranz (Gesetze, Kultur etc.) (Allen 1999, 25). Dabei geht es zum einen darum, Intoleranz, Diskriminierung, Vorurteile zu erkennen und zu analysieren und gleichzeitig Verständnis für die Diskriminierten und deren Verletzungs- und Ausgrenzungsgeschichten zu entwickeln sowie Eigenbeteiligungen an der Reproduktion von Herrschaft zu erkennen.

Die Trainings sind auf jeweils zwei Tage angelegt. Da sie Alternativen bezüglich der Übungen und des Einsatzes von Material offerieren, können die Themen auch länger behandelt und auf beispielsweise vier Tage ausgedehnt werden. Je nachdem ob und wie viele theoretische Texte einbezogen werden, erhöht sich der Zeitaufwand.

Das gesamte Programm besteht aus einem Grundmodul bzw. Basistraining, auf das die Schwerpunktrainings aufbauen. Die sieben Schwerpunktrainings, die im Konzept ausgearbeitet vorliegen sind: Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Antisemitismus, Ableismus (Behindertendiskriminierung), Klassismus (Klassendiskriminierung). Dabei handelt es sich nur um eine Auswahl von Diskriminierungsformen. Prinzipiell muss das Training als erweiterbar gedacht werden. Es kann dementsprechend für andere Diskriminierungen entwickelt werden (wie zum Beispiel Altersdiskriminierung).⁵⁶

Das Basistraining ist unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an den Schwerpunktrainings. Hier werden die Grundlagen dafür gelegt, Diskriminierung und ihre Komplexität sowie das Zusammenspiel und die Überlagerungen verschiedener Diskriminierungen überhaupt zu verstehen. Es wird ein Wissen erarbeitet, auf das in den anderen Trainings immer wieder zurückgegriffen wird. Dazu gehört auch der lern- und kommunikationstheoretische bzw. praktische Einstieg in die Arbeit. Zu Beginn werden Kommunikationsregeln vereinbart, die im Laufe des Seminars helfen sollen, eine

56 Das Training bedarf auch an sich einer ständigen Aktualisierung, so sind zum Beispiel im Curriculum die neuen Queerdebatten nicht miteingeflossen. Bei der Adaption des Trainings haben meine Kollin Leah C. Czollek und ich dies miteinbezogen, des weiteren haben wir eigene Module zum Thema »Antiziganismus« und »Altersdiskriminierung« ausgearbeitet.

durchweg respektvolle und von wechselseitigem Interesse und wechselseitiger Offenheit geprägte Arbeitsatmosphäre herzustellen, in der Kontroversen und Konflikte dennoch möglich sind und konstruktiv bearbeitet werden können. Es werden zudem die Annahmen vorgestellt, die dem Trainingsprogramm zugrunde liegen, hierzu gehört unter anderen: es geht nicht um Moralisierung und Beschämungen, sondern um Verstehen und Reflexion, Öffnung der Denkräume und das Aushalten von unterschiedlichen Positionen und neuen Erfahrungen und die Umwandlung in neue Handlungsoptionen. Zudem wird keine Hierarchisierung von Unterdrückung und Diskriminierung vorgenommen, sondern es geht um ein Erkennen der allen Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen zugrundeliegenden strukturellen Bedingtheiten sowie ein Erleben der Sinnhaftigkeit, miteinander statt gegeneinander zu denken und zu handeln. Die TeilnehmerInnen bekommen zu Beginn des Trainings auch eine Idee davon vermittelt, wie Lernen in solchen Trainings ablaufen kann, welche Möglichkeiten der Erweiterung ihnen daraus erwachsen können und welche Schwierigkeiten auftreten können, wenn sie mit den Diskriminierungen von anderen, ihren eigenen aktiven und erlittenen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Dabei soll es nie um Schuldzuweisungen oder Sich-schuldig-Fühlen gehen, sondern um Begreifen. Dieses Begreifen kann aber durchaus schwierig oder schmerzhaft sein, aber auch lustvoll und anregend oder alles zugleich. Die Reflexion über das, was Lernen verhindert, ist zugleich bereits eine Einführung in eine Grundeinheit, nämlich das Thema Stereotype, (Vor-)urteile, »Trigger«, so die Bezeichnung für Sätze, die Verletzungen und das Gefühl des Diskriminiert- und Herabgesetzt-Werdens auslösen. Sie wirken wie sprachliche Gewehrschüsse und werden zugleich zu Hemmschuhen in der Kommunikation, wie zum Beispiel: »Obdachlose wollen doch so leben«; »Männer sind einfach stärker«; »Jugendliche nehmen doch alle Drogen«; »Juden wollen die Geschichte nicht ruhen lassen«; »Schwule haben doch alle viel Geld ...«. Solche Stereotype oder aber auch Handlungsweisen (keine rollstuhlgerechten Zugänge schaffen) sind ein Instrument von Diskriminierungspraktiken, auf das im alltäglichen, institutionellen Handeln immer wieder als Instrument der Macht zurückgegriffen werden kann, weil es sich um Denkstrukturen handelt, die über Jahrhunderte oder über viele Jahrzehnte tradiert wurden und täglich individuell, kulturell, institutionell, sowohl bewusst als auch unbewusst, reproduziert werden. Im Social Justice Training geht es um die Bewusstmachung und Thematisierung. Wenn also im Training »Trigger« geäußert werden und eine Person in der Gruppe sich davon unmittelbar oder mittelbar betroffen fühlt, wird damit gearbeitet, die Hintergründe und das Zustandekommen dieser Urteile transparent gemacht. Die Arbeit und Aufklärung über Stereotype bildet einen wichtigen Baustein der Schwerpunkttrainings. Im Basistraining wird auch in die unterschiedlichen sozialen Gruppen eingeführt, und die Reflexion der TeilnehmerInnen bezüglich ihrer eigenen Zugehörigkeiten und der damit verbundenen Fragen angeregt. Eine Einführung in unterschiedliche Diskriminierungsformen, den Zirkel ihrer Reproduktion, die Ursachen für die unterschiedlichen Verteilungen von Ressourcen werden ebenso an Hand von Kurzvorträgen und Übungen reflektiert wie

die Einschätzungen der Zugehörigkeiten der TeilnehmerInnen auf einer strukturellen Ebene zu einer diskriminierenden oder diskriminierten Gruppen.⁵⁷ Am Ende geht es um die Bewusstmachung der Ebenen, auf denen Herrschaft, Unterwerfung, Diskriminierung und Unterdrückung sich herstellen bzw. immer wieder hergestellt werden und auf der sie dann aber auch durchbrochen werden können: individuell (das Selbst, sein persönlicher Nahraum ...); institutionell (Staat; Kirche; Unternehmen ...); kulturell (Medien, Literatur, Schulbücher...). Diese Ebenen fließen ineinander. Nur durch ihr Zusammenspiel wird die unendliche Reproduktion von Diskriminierung immer wieder möglich und nur durch ein aktives Handeln und Zusammenspiel auf allen Ebenen kann Diskriminierung beseitigt werden und können Toleranz und Social Justice lanciert und realisiert werden.

Die Schwerpunkttrainings sind ähnlich aufgebaut, dabei werden dennoch die jeweiligen thematischen Besonderheiten und Herausforderungen gewahrt. Ein Baustein des Schwerpunkttrainings sind unterschiedliche Formen der Selbstreflexion: Wann und wo sind die TeilnehmerInnen das erste Mal mit Rassismus (oder je nach Schwerpunkt: Antisemitismus, Sexismus ...) in Berührung gekommen? Was haben sie über Menschen aus den jeweiligen Gruppen gehört und schon früh gelernt? Des weiteren ist die Arbeit mit Stereotypen sehr wichtig, sie werden zu den jeweiligen Schwerpunkten zusammengetragen, ihre Herkunft bestimmt und ihre Reproduktionsmechanismen im einzelnen analysiert. Die Geschichte der jeweiligen Unterdrückungsform wird von Anfang bis heute aufgezeigt, ebenso wie die Geschichte von Widerstand, Befreiung, kultureller Gegenbewegung und kultureller Ressourcen. Die Bildung von homogenen Gruppen, zum Beispiel die Aufteilung in Frauen- und Männergruppen, kann unter Umständen sinnvoll sein und ist in manchen Trainings vorgesehen; ebenso die Befragung von Gästen, VertreterInnen von Sozialen Bewegungen. In den Schwerpunkttrainings werden auch Begriffsdefinitionen vermittelt, zum Beispiel: Gender, oder Klasse oder »race« und die Ausdifferenzierungen dieser Begriffe. Am Ende eines jeden Trainings steht grundsätzlich eine Reflexion über Handlungsmöglichkeiten, Risiken und Chancen, die dadurch entstehen sowie die Aufstellung eines Aktionsplanes, in dem jede und jeder für sich Handlungsoptionen definiert oder gegebenenfalls auch Gruppeninitiativen entwickelt und umgesetzt werden können, zum Beispiel wenn die Trainings mit Gruppen durchgeführt werden, die langfristig zusammen bleiben und arbeiten.

Das Social Justice Education Trainingsprogramm ist ein kognitives Training, welches jedoch die Ebene von Gefühlen nicht außer acht lässt. Es geht aber nicht um die Aufarbeitung von persönlichen Schicksalen, sondern um die Verortung der einzelnen Erfahrungen in den Strukturen der Gesellschaft und die Reflexion darüber, dass es mehrere Faktoren sind, die Diskriminierung und die Aufrechterhaltung von Diskrimi-

57 Eine Beschreibung des Basistrainings sowie Teile des Sexismus-Curriculums haben Leah C. Czollek und ich an anderer Stelle publiziert (vgl. Czollek/Weinbach 2002).

nierung dauerhaft möglich machen. Die AutorInnen weisen daraufhin, dass die TrainerInnen viel Wissen zu den einzelnen Diskriminierungen sowie auch über die Mechanismen von Diskriminierung und Unterdrückung überhaupt haben sollten. Darüber hinaus bedarf es der Kompetenzen im Umgang mit Gruppen und zur Herstellung konstruktiver Lernumgebungen. Dabei ist es sehr hilfreich, wenn die Trainings von zwei Personen durchgeführt werden, unterschiedliche Perspektiven dadurch zum Tragen kommen und ein Team ein Rollenmodell für die Kommunikation abbilden kann. Zudem geben die AutorInnen Hinweise auf kommunikative, strukturierende und konzeptualisierende Fähigkeiten, die Trainerinnen haben sollten. Sie besprechen im Handbuch mögliche Reaktionen von TeilnehmerInnen und welche Erfahrungen sie im Umgang damit gemacht haben. Für manche TeilnehmerInnen ist es zum Beispiel schwierig, überhaupt ein Bewusstsein davon zu entwickeln, dass sie zu einer privilegierten Gruppe gehören, Privilegien in Anspruch nehmen oder sogar selbst diskriminieren und entsprechende Stereotype bereithalten. Dabei ist es wichtig, solche Bewusstwerdungs- und Reflexionsprozesse ohne Moralisierung zu unterstützen. Zuweilen werden auch die TrainerInnen angegriffen, vielleicht zu übertreiben oder persönlich betroffen zu sein. Manchmal ist es auch ein Problem, insbesondere wenn Personen sich schon gut kennen, ein Klima herzustellen, in dem sich alle trauen, ihre Meinung oder ihre Vorurteile und Geschichten mitzuteilen. Nicht zuletzt ist die Selbstreflexion der TrainerInnen ein wichtiger Punkt, ihr Lernen aus den jeweiligen Kursen und die Hinterfragung der jeweils gemachten Erfahrungen. Denn das Operieren und praktische Reflektieren von Diskriminierung, ihren Konsequenzen und den Möglichkeiten von Veränderung bleibt eine beständige, schwierige Herausforderung in strukturellen Kontexten, in denen Verachtung, Missachtung, Herabsetzung, Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt täglich, häufig unwidersprochen und unkommentiert, praktiziert werden.

3.2.3. Übertragbarkeit auf den bundesdeutschen Kontext

Seit mehreren Jahren arbeite ich mit meiner Kollegin Leah C. Czollek mit diesem Trainingsprogramm in der Bundesrepublik und in Österreich. Dabei wurden diese Trainings von uns in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen und politischen Projekten, Verwaltungskontexten durchgeführt. Wir teilen die Erfahrungen, die von den AutorInnen im Trainingsbuch reflektiert werden und haben auch einen Großteil der dort vorgegebenen Übungen genauso umsetzen können. Unterschiede müssen in der Berücksichtigung des Kontextes gesetzt werden: so haben unterschiedliche kulturelle Kontexte unterschiedliche Geschichten und Aktualitäten zu jeder Diskriminierungsform. Diese Unterschiede, das heißt konkret die Geschichte des Rassismus, die Geschichte des Antisemitismus, Sexismus etc. sowie die gegenwärtigen Praxen werden von uns jeweils auf den deutschen oder österreichischen Kontext bezogen. Im deutschen Kontext spielt die Geschichte des Nationalsozialismus zum einen eine bedeutende Rolle, sowohl hinsichtlich der Geschichte selbst als auch hinsichtlich seiner

Nachwirkungen, also der erst spät einsetzenden und noch andauernden Aufarbeitung und Anerkennung von fundamentalen Unterschieden zwischen Opfern und Tätern. Aber auch die Geschichte der Vereinigung von BRD und DDR markiert einen Unterschied, den wir im Training mit einer eigenen Kategorie »Ost-West-Unterschiede« berücksichtigen. In unterschiedlichen Ländern leben unterschiedliche sogenannte Minderheiten- und MigrantInnengruppen, auch dies gilt es zu berücksichtigen. Die Gruppenzusammensetzungen können sich dadurch unterscheiden. Die TeilnehmerInnen unserer Social Justice-Trainings in Deutschland und Österreich haben durchweg eine neue Erfahrung damit gemacht, dass Diskriminierung auf so vielen Feldern als solche benannt und beschrieben werden kann. Die Komplexität von Diskriminierung und das eigene Eingeschriebensein darin ist für viele eine neue Erfahrung. Für die TeilnehmerInnen ist dies immer eine wirkliche Herausforderung: Zum Beispiel ist eine Teilnehmerin, die selbst die Erfahrung von Rassismus und Sexismus gemacht hat, überrascht darüber, welche Vorurteile sie gegenüber Schwulen hat und zugleich erschrocken von der Diskriminierungserfahrung, die von einem schwulen Teilnehmer berichtet wird. Ebenso sind TeilnehmerInnen, die über Rassismus oder Antisemitismus viel nachgedacht und reflektiert haben, erstaunt und manchmal voller Abwehr, wenn es um die Anerkennung von Diskriminierungen von ArbeiterInnen oder Arbeitslosen geht. Oder eine lesbische Teilnehmerin äußert Vorurteile gegenüber Transgenderpersonen. Ein Mann hat zwar ein differenziertes Verständnis für Rassismus und Sexismus, ist aber der Meinung, dass Behinderte »zu viele Vorteile« in der Gesellschaft hätten. Die Konfrontation mit gesellschaftlichen Stereotypen, horizontalen und vertikalen Mechanismen von Diskriminierung und Unterdrückung und die Auflösung und Ausdifferenzierung durch das Kennenlernen von Geschichten sowie historischen und aktuellen Fakten durch die betroffenen Gruppen und durch die TrainerInnen ist ein komplizierter und schwieriger Prozess. Während dieser Prozesse sind Schweigen, Betroffenheit und eine ernste Stimmung im Training sehr typisch. Denn das Training vermittelt genau diese Ernsthaftigkeit, um daran den dringenden Handlungsbedarf zu koppeln und das Interesse an Selbst- und Gesellschaftsveränderung zu stärken und in die Praxis umzusetzen.

4. Social Justice in der Bundesrepublik: Realitäten und Möglichkeiten

Wenn wir die Frage nach der Übertragbarkeit des Social Justice-Projekts aus den USA und Großbritannien auf die Bundesrepublik stellen, so empfiehlt es sich, zunächst festzustellen, was an Social Justice-nahen Strukturen oder Aktivitäten bereits gegeben ist. Damit lassen sich zugleich auch die unterschiedlichen Voraussetzungen in der Bundesrepublik aufzeigen.

4.1. Antidiskriminierungsarbeit, Gerechtigkeit in der öffentlich geförderten Politik

Einen Rahmen für Antidiskriminierungsarbeit in der Bundesrepublik bieten die zahlreichen von der BRD unterzeichneten Menschenrechtskonventionen sowie die Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union sowie das seit 1.8.2006 in Kraft getretene Gleichbehandlungsgesetz⁵⁸ (siehe Kap. I). Das Thema Diskriminierung und konsequente Antidiskriminierungsarbeit in allen Bereichen der Gesellschaft wird in der politischen Kultur der Bundesrepublik bislang vernachlässigt (siehe Kap. I). Auch die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung haben ihre Schwerpunkte nicht in diesem Feld (Breit/Schiele 2004). Von einem übergreifenden Social Justice-Projekt kann bislang noch keine Rede sein. Dies trifft auch für die Organisierung von Politik und politischen Kampagnen im Sinne von Community Organizing zu. Partizipation und BürgerInnenbeteiligung werden zwar von der Politik, den Parteien und der offiziellen politischen Bildung zunehmend ins Gespräch gebracht, aber es handelt sich meistens um direkt mit der parlamentarischen Demokratie und Bürokratie verbundene Initiativen, wie zum Beispiel die Beteiligung am kommunalen Haushalt. Die Politik tut sich mit basisorganisierten, machtkritischen Initiativen noch schwer.⁵⁹ Social Justice-Beauftragte oder ähnliches gibt es in der Bundesrepublik nicht. Wir kennen jedoch – als Errungenschaften Sozialer Bewegungen – die Vertretungen in einzelnen Feldern: Ausländer- bzw. Integrations-/Migrationsbeauftragte, Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte, Referate für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Behindertenbeauftragte oder VertreterInnen von sogenannten Minderheiten in Gremien oder Beiräten, BetriebsrätInnen etc. Diese Segmentierung geht konkret damit einher, dass vorrangig die jeweils eigenen, gruppenspezifischen Interessen vertreten werden, wenngleich es mittlerweile punktuell immer mehr Bezüge auch zu anderen Bereichen gibt. Die Organisierung in Centern für Social Justice oder als übergreifende Antidiskriminierungs- oder Toleranzbüros gehört aktuell nicht oder noch nicht zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Vereinzelt existieren Antidiskriminierungs- und Toleranzbüros,⁶⁰ sie beziehen sich oft vorrangig auf die Themen »Rassismus« und »Diskriminierung von MigrantInnen«, auch wenn einige einen weitergehenden Anspruch formulieren (siehe Anhang). Das Thema Klasse und Klassendiskriminierung wird in der Regel nicht berücksichtigt.

Die Bundesrepublik und die DDR haben in Form der BürgerInnenrechtsbewegungen und der Sozialen Bewegungen seit den 1970iger Jahren eine Geschichte engagierter Gruppen und Personen, die sich gegen viele Formen der Diskriminierung und für neue

58 Ein guter Überblick über all diese Voraussetzungen findet sich auf der Website des Lesben und Schwulenverbandes, vgl. <http://typo3.lsvd.de/128.0.html> [20.6.2006]

59 Die Parteien, PDS, GRÜNE, CDU, CSU, SPD, FDP, NPD beziehen sich in ihren Programmatiken alle auf Gerechtigkeit oder soziale Gerechtigkeit als Ziele und Bausteine ihrer Politik. Was die einzelnen Parteien darunter konkret verstehen, lässt sich dann an ihrer jeweiligen Politik, ihren Think Tanks und an den Ausarbeitungen ihrer Konzepte genau ablesen.

60 Z. B. das Antidiskriminierungsbüro in Berlin: <http://www.adb-berlin.org/> oder das Antidiskriminierungsbüro des DGB in Offenbach: <http://www.region-main-kinzig.dgb.de/Service/Antidiskriminierungsbuero>, [20.6.2006].

Formen der Anerkennung eingesetzt haben. Viele Initiativen und Organisationen arbeiten heute auf staatlichen und nichtstaatlichen Feldern der Antidiskriminierungsarbeit: Schwulen- und Lesbenverbände, Transgenderorganisationen, Behindertenorganisationen, MigrantInnenverbände, Jüdische Verbände, Sinti- und Romaverbände, Frauenprojekte, Projekte gegen Rechtsextremismus, Gewerkschaften, Kirchen, Antifa-Gruppen u.v.a. All diese Organisationen und Projekte operieren auf ihren Interessensfeldern, der Bezug zu anderen Diskriminierungsformen sowie auch zu Projekten gehören oft nicht zum expliziten Selbstverständnis der Organisationen. Auch Formen des Community Organizing gehören üblicherweise nicht zu deren Arbeitsweisen. Viele Projekte arbeiten sozialarbeiterisch, sozialpädagogisch oder auf Feldern der Politischen Bildung. Viele erhalten auch staatliche Förderung, stehen aber mittlerweile immer mehr unter dem Druck, Gelder zu akquirieren. Politische Arbeit kommt in diesen Projekten und Organisationen oft zu kurz, weil die bürokratischen Anforderungen im Zuge von Ökonomisierungsprozessen massiv gestiegen sind. Der Zeitaufwand, der für Berichte, Dokumentation, Außenlegitimation etc. aufgewandt werden muss, wird nicht durch entsprechend mehr Stellen ausgeglichen, für neue, politische Initiativen und zusätzliche (eigentlich notwendige) Kampagnen bleibt kein Raum. Die staatliche Förderung ist also einerseits eine wichtige Angelegenheit für die Existenz und das Bestehen der Projekte, andererseits erlaubt sie einen Zugriff des Staates, der sich nach dessen Macht- und Herrschaftsstrukturen ausrichten lässt.

Die prononciertesten Bildungs- und Arbeitsmaterialien zur Antidiskriminierungsarbeit finden wir im Kontext der oben benannten Organisationen und weiterer Projekte, die in Antidiskriminierungskontexten arbeiten.⁶¹ Einen Überblick über die Bildungsaktivitäten sowie bereit gestelltes Material, befindet sich unter dem Stichwort »Interkulturelle Bildung und Erziehung« auf dem deutschen Bildungsserver.⁶² Viele Trainings und ein beträchtlicher Teil der Bildungsarbeit beziehen sich auf das Themenfeld Rassismus, neuerdings durch die Vorgaben von Gender-mainstreaming, auch auf den Bereich Gender. Es gibt jedoch auch zahlreiche Bildungsmaterialien zum Thema Antisemitismus oder Rechtsextremismus, einige Materialien zu Heterosexismus und sehr wenige zum Thema Queer. Dabei geht es in den meisten Trainings auch immer um grundlegende Fragen von Diskriminierung, Stereotypen, Vorurteilen, Toleranz, Kommunikation. Ein Training, welches den Grundgedanken von Social Justice in dieser prononcierten Form wie Social Justice Education realisiert, gibt es meines Wissens im deutschsprachigen Raum nicht. Dabei ist eine Vielfalt von Trainings- und Bildungsinitiativen, wie sie in den USA beispielsweise auch besteht, wünschenswert, ebenso ein Austausch, eine Bündelung und eine Open Source-Politik betreffs der Zurverfügungstellung von Materialien.

61 Z.B. unter vielen anderen: Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.v.: <http://www.raa-berlin.de>; Bündnis für Demokratie und Toleranz: <http://www.buendnis-toleranz.de>; Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung: <http://www.ibisev.de> [20.6.2006]

62 <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3071> [20.6.2006]. Weitere Überblicke und Beschreibungen von interkulturellen Trainings und Gendertrainings vgl. Landeszentrum Zuwanderung NRW 2001; Netzwerk Gendertraining 2004.

4.2. Social Justice, Gerechtigkeit, Antidiskriminierung in der Theorie und an Hochschulen

An den Hochschulen und Fachhochschulen in der Bundesrepublik wurden einige Lehrstühle und Studienschwerpunkte zu Interkultureller Pädagogik oder Interkultureller Kommunikation oder mit dem Schwerpunkt Diversity eingerichtet.⁶³ Studiengänge, die sich explizit auf ein Social Justice-Verständnis im amerikanischen Sinne beziehen, bietet die Alice-Salomon-Hochschule mit den Studiengängen »Intercultural Work und Conflict Management« und »Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession«, an.⁶⁴

Die Begriffe »Interkulturalität« oder »Diversity« zur Beschreibung von Social Justice-nahen Fragestellungen werden im deutschen Kontext sehr viel häufiger verwandt als Gerechtigkeit oder Social Justice oder auch Antidiskriminierungs- und Toleranzarbeit. Zwar gibt es derzeit eine Tendenz hin zur Erweiterung des Begriffs »Interkulturalität«, er ist aber nach wie vor sehr stark konnotiert mit Fragen aus dem Feld »Migration«, »Rassismus«, sogenannte »ethnische Minderheiten«. Die Verknüpfung mit anderen Feldern von Antidiskriminierungsarbeit ist noch nicht selbstverständlich. Der Begriff »Diversity« wird viel mehr verwandt, wenn es um die Verknüpfung unterschiedlicher kultureller Identitäten und Aspekte zwecks Herstellung optimaler oder optimierender Arbeitszusammenhänge geht. Der Begriff wird dementsprechend in der Wirtschaft oder in wirtschaftspolitischen Kontexten oft verwendet. Mit dem Diversity-Ansatz ist zwar auch eine Inklusionspolitik gemeint und diese wird auch betrieben; macht- und herrschaftskritische Aspekte sowie Mobilisierungs- und Kampagnenpolitik bleiben eher außen vor (Peters/Bensel 2002). Grundsätzlich lässt sich der Diversity-Begriff jedoch auch in einem kritischen Sinne verwenden, wie Leah C. Czollek (2005) zeigt, in dem sie ihn mit Social Justice in Verbindung bringt. Gleiches trifft auch auf den Begriff der Multi- oder Interkulturalität zu (vgl. Czollek 2003). Auf wissenschaftlicher und philosophischer Ebene gibt es zwar eine breite Gerechtigkeitsdiskussion im deutschsprachigen Raum und zahlreiche Literatur zum Thema Gerechtigkeit, sowohl psychologische, soziologische, politische, philosophische als auch pädagogische Aspekte werden diskutiert.⁶⁵ Diejenigen, die jedoch die Gerechtigkeitsdebatte in eine social justice-nahe Richtung denken und arbeiten sind derzeit noch wenige. Exemplarisch seien hier benannt: Birgit Rommelspacher (1995; 2005) hat in der Bundesrepublik schon seit langer Zeit in diese Richtung gearbeitet. Leah C. Czollek arbeitet am Thema Dialog und interkulturelle Perspektiven (2003) sowie an einer Ver-

63 Vgl. u. a. an den Universitäten Oldenburg, Bielefeld, Koblenz-Landau, FH-Potsdam

64 Vgl. <http://asfh-berlin.de> [20.6.2006]

65 Die empirische Gerechtigkeitsforschung (vgl. die Literatursammlung des Instituts an der Humboldt-Universität: <http://www.isjp.de>; Liebig 2000) und die psychologische Gerechtigkeitsforschung (vgl. insbesondere die Arbeiten im Kontext der Universität Trier, Arbeitsgruppe »Verantwortung, Gerechtigkeit, Moral«: <http://psychodok.sulb.uni-saarland.de/portal/trier/>; Dalbert 1996) stellen interessantes Hintergrundwissen bereit. Nicht alle philosophischen Gerechtigkeitsdebatten in der Bundesrepublik, aber viele Ansätze bieten diskussionswürdige Anknüpfungspunkte für Social Justice-Diskussionen, u. a. die Arbeiten von Thomas Heinrichs (2001), Axel Honneth (2003) und Thomas Meyer (2005; 2004) sowie die radikalphilosophischen Beiträge von Frieder Otto Wolf (2003; 2002)

knüpfung von Gender und Social Justice (2004). Gudrun Perko hat eine neue Theorie der Pluralität vorgelegt und Voraussetzungen für eine Gesellschaft formuliert, in der keine Diskriminierungen mehr stattfinden und wechselseitiger Respekt die Norm sind. Thomas Heinrichs (2001) gewichtet in seiner Philosophie der Gerechtigkeit den Aspekt von Herrschaft und Macht und zieht für ein linkes Gerechtigkeitsprojekt die Bilanz, dass es immer diese Aspekte thematisieren müsse, um Freiheit herstellen zu können. Frieder Otto Wolf (2002) geht in seiner »Radikalen Philosophie« u. a. auch der Frage nach, wie alle Menschen am Projekt einer freien Gesellschaft teilhaben können und welche philosophischen Implikationen dafür gegeben sein müssen.⁶⁶

4.3. Soziale Gerechtigkeit im Fokus deutscher Politik

Es gibt also in der Bundesrepublik eine Vielfalt an Social Justice-nahen Arbeitsweisen und Projekten. Diese subsumieren sich nicht unter einen Begriff, auch nicht unter einen Gerechtigkeitsbegriff. Eine große Rolle spielt in der Bundesrepublik der Begriff: »Soziale Gerechtigkeit«. Dieser kann nicht mit »social justice« übersetzt werden und soziale Gerechtigkeit im hiesigen Verständnis kann nicht mit »social justice« übersetzt werden, sondern wäre mit »economic justice« oder »distributive justice« besser getroffen. Wenn in der Bundesrepublik von »sozialer Gerechtigkeit« gesprochen wird, geht es vorrangig um ökonomische und sozialpolitische Fragen und diese werden mehr oder weniger isoliert von Fragen der Diskriminierung, von Aspekten der anderen Macht- und Herrschaftsstrukturen betrachtet.⁶⁷ Diese Fokussierung hat verschiedene Gründe: die Stärke der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und eine ebenso starke staatliche Sozialpolitik, die nun von neoliberalen Politiken in Frage gestellt wird; die Geschichte eines starken Teils der Linken, die – Ost wie West – letztlich alle gesellschaftlichen Probleme auf die ökonomischen Verhältnisse rückgeführt haben und dies zum Teil auch heute noch tun.⁶⁸ Hier wurde bislang kein grundsätzlicher Paradigmenwechsel vollzogen.⁶⁹

66 Interessante Ansätze verfolgen u. a. auch Paul Mecheril (2005;2003) sowie Hito Steyerl und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (2003.)

67 Es ist nicht typisch für linke Denkweisen, soziale Gerechtigkeit ausschließlich auf die ökonomischen und sozialpolitischen Verhältnisse zu beziehen, sondern es gehört zur politischen Kultur in der Bundesrepublik (vgl. u.v.a. Becker/Hauser 2004; Vester 2003; Schabedoth 2002; Beier 2000; Kersting 2000; aktuell: Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament 2005). Nahezu alle politischen Parteien und deren Kulturen beziehen die Gerechtigkeitsfrage primär auf »soziale Gerechtigkeit« (vgl. die Webseiten der Parteien und ihrer Think Tanks). Die Online-Enzyklopädie Wikipedia beschreibt unter dem Stichwort »soziale Gerechtigkeit« ausschließlich wirtschaftliche und sozialpolitische Richtungen: http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Gerechtigkeit [20.6.2006].

68 Viele beziehen sich dabei auf einen Teil des Werkes von Karl Marx, seine Arbeiten zur Politischen Ökonomie. Anderen genügt die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus als Inkarnation der Ökonomisierung der Gesellschaft, um den Fokus auf Sozialpolitik und Ökonomie für berechtigt zu halten.

69 In konsequenter Form finden wir diese Reduktion bei der politischen Initiative »Attac«: »Eine gewisse Konzentration auf die ökonomischen, international wirksamen Dimensionen der Globalisierung ist unerlässlich. Bei Verknüpfungen von Fragen ökonomischer Globalisierung mit innenpolitischen oder nicht-ökonomischen Problemen, die durch die politische Entwicklung unabhängig von uns auf die Tagesordnung kommen – z. B. gegenwärtig das Thema Krieg und Frieden sowie demokratische Rechte – wird ATTAC sich gewöhnlich darauf beschränken, die Perspektive ökonomischer Globalisierung einzubringen« (<http://www.attac.de/ueber-attac/was-ist-attac/selbst-verstaendnis/> [20.6.2006].

Zum anderen gibt es in den außerparlamentarischen Bewegungen der Bundesrepublik und auch in den BürgerInnenrechtsbewegungen der DDR sehr viel Erfahrungen mit der Organisierung von Politik und Kampagnen. (Community) Organizing, welches auf die Einbeziehung möglichst vieler Personen und immer wieder neuer Aktiver zielt, ist in der Bundesrepublik sowohl in der Politik als auch in der Sozialen Arbeit noch wenig bekannt.⁷⁰ Auf diesem Feld, verbunden mit Antidiskriminierungspolitik, lässt sich vom Social Justice-Projekt in anderen Ländern noch viel lernen.

Linke Politik in der Bundesrepublik scheint sich oft auf Kritik zu reduzieren.⁷¹ Eigentlich müsste sich engagierte Politik als eine unaufhörliche Denkfabrik in Sachen Anders-Handeln und Anders-Agieren auf allen Ebenen anbieten und dabei gleichzeitig als ein Projekt, dessen AkteurInnen sich immer ebenso selbstkritisch betrachten wie diejenigen, die kritisiert werden. Dabei würde es reichen, die Beschäftigung mit den herrschenden Strukturen nur als Informations- und Wissensbestandteil zu betrachten, als Anregung dafür, wie eine andere oder vielleicht in Manchem sogar ähnliche Politik zu machen ist. Möglicherweise ist der Sog in die (kapitalistischen) Herrschaftsstrukturen hinein und die Unterwerfung, die in Form des Sich-Beziehens auf den Gegner geschieht, gerade der Erfolg eines jeden Herrschaftssystems (Butler 2001). Dabei wird der Blick auf Alternativen verzerrt, bis zur Bedarfslosigkeit oder zur »gesellschaftlichen Müdigkeit« (Creydt 2000) hin entstellt. Gleichzeitig geht auch der Blick auf das reale tägliche Leiden verloren, das durch Herrschaft und Diskriminierung überall, also auch am Ort der Linken oder wie immer sich die Bewegungen bezeichnen mögen, stattfindet. Wenn die Frage nach der Gestaltung von Freiheitserfahrungen und Freiheitsorten vernachlässigt wird, somit die realen Erfahrungen und ihre Bedeutung gering geschätzt werden, droht Politik das Auf- und Untergehen in Metaphysik.

4.4. Zwei Beispiele für Antidiskriminierungskampagnen in der Bundesrepublik

Beispiel 1

Die »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« hat vor einiger Zeit einen Flyer herausgegeben und damit eine kleine Kampagne gegen die Diskriminierung von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen gestartet. Dies ist eine bemerkenswerte Aktion, weil sie die Diskriminierung und Herabsetzung nicht mehr nur mit einem

70 Es ist das Verdienst von Leo Penta, Hochschullehrer für Gemeinwesenarbeit an der Katholischen Hochschule in Berlin, sowie der Personen um den Arbeitskreis Foco (Forum Community Organizing Foco e.V.: <http://www.casa-luz.de/co/> [20.6.2006]). Community Organizing in der Bundesrepublik überhaupt bekannt gemacht und eingeführt zu haben. Der Social Justice-Bezug wird dabei weniger hergestellt, im Vordergrund steht das offene »Organizing«, bei dem die BürgerInnen die Themen selbst bestimmen und erarbeiten. Vor kurzem haben auch die deutschen Gewerkschaften ihr Interesse an »Organizing«-Methoden gezeigt und einen Austausch mit amerikanischen KollegInnen durchgeführt (Hauer/Wissmeier 2005). Zur Komplexität von neuen Partizipationsformen in Deutschland und ihren sozialstaatlichen Realitäten: vgl. Rätz-Heinisch (2005).

71 Dabei gerät immer wieder aus dem Blick, dass die AkteurInnen von Widerstand selbst im System drin sind, sich in und von ihm ernähren (müssen).

Statement in den Medien thematisiert, sondern mit einer Informationskampagne dagegen Stellung bezieht. Der Flyer trägt den Titel: »Parasiten. Aus Opfern sollen Täter werden«. ⁷² In einem ersten Teil des Flyers wird auf Hintergründe der Bezeichnungen »Sozialschmarotzer« und »Parasiten«, dann auch »Abzocker«, eingegangen und diese »im Wörterbuch der Untermenschen« ⁷³ verortet oder als »rechtsextremistische und faschistoide Denkschablone« bezeichnet und sich gegen »Rufmord gegen Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen« gewehrt. Auf die Geschichte dieser Stereotype und ihre immerwiederkehrende Verwendung in unterschiedlichen Kontexten wird nicht eingegangen. Hier wäre eine Chance gewesen zu zeigen, dass es sich um ein antisemitisches, antiziganistisches Stereotyp handelt, ein Stereotyp, was auch auf alle vermeintlich nicht Arbeitswilligen angewandt worden ist und auch noch wird, ein Stereotyp, was auch zur Diskriminierung von Flüchtlingen oder Straßenjugendlichen herangezogen wird. Die verwendeten Stereotype sind älter als der Faschismus, zugleich hätte jedoch auch konkret erwähnt werden können, dass im Faschismus diese Stereotype reale Konsequenzen für Menschen hatten, das heißt, dass Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma u. a. vernichtet wurden oder in Konzentrationslagern »arbeiten« »lernen« sollten. Zugleich hätte darauf verwiesen werden können, dass mit diesen Stereotypen Diskriminierung sowohl auf institutioneller als auch auf kultureller als auch auf individueller Ebene heute reproduziert wird und Teil eines Alltagsdenken ist. Im Flyer jedoch werden dann nur noch ökonomische Fakten präsentiert, die gewissermaßen belegen sollen, dass Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger eben keine »Schmarotzer« sind. Und die Forderungen, die dann erhoben werden, beziehen sich ausschließlich auf ökonomische Faktoren. Es erfolgt keine Forderung nach respektvoller Behandlung, keine Forderung danach in der politischen Kommunikationskultur jede Art von Herabsetzung von Menschen und Menschengruppen zu unterlassen, keine Forderung nach einer humanen, toleranten Sprache und Kultur etc. In gewisser Weise gehen die Inhalte des Flyers und damit der Kampagne also am zentralen Thema ein großes Stück vorbei. Darin wird dann auch nicht wirklich ernst genommen, dass eine Beleidigung und Herabsetzung und die Verwendung historisch tief verwurzelter Stereotypen vollkommen inakzeptabel sind, egal wer und in welcher Situation auch immer so bezeichnet wird. Die Kampagne wäre eine Chance gewesen, Social Justice zu realisieren und zu praktizieren. Die Fokussierung auf soziale Gerechtigkeit und Ökonomie sowie die eindimensionale Verortung von Diskriminierung und Stereotypie im Faschistoiden haben den Blick verengt. Gäbe es so etwas wie einen Konsens über Herrschaftskritik und Antidiskriminierungsarbeit, beauftragte Personen und Gruppen, die sich ausschließlich und vorrangig damit befassen, hätte diese Kampagne zu einer kleinen, wirklichen Menschenrechts- und Solidaritätskampagne werden können.

⁷² Der Flyer ist abrufbar unter: <http://www.w-asg.de/998.0.html>.

⁷³ Der Begriff »Untermenschen« wird nicht wie die Begriffe »Sozialschmarotzer« oder »Parasiten« in Anführungszeichen gesetzt oder eine Distanzierung dazu vorgenommen. Die ganze Formulierung wirkt missverständlich: werden die Begriffe von »Untermenschen« verwandt? Oder gehören die Begriffe »Schmarotzer« etc. zu als ähnlich unterstellten Bezeichnungen wie »Untermenschen«?

Das Social Justice-Modell umfasst Konzepte industrieller und beruflicher gewerkschaftlicher Verbände, aber es bezieht sich ebenso auf eine Tradition, in der Gewerkschaften sich als Teil einer breiteren Bewegung für gesellschaftlichen Fortschritt verstanden haben (Bob Peterson: Transforming Teacher Unions)⁷⁴

Beispiel 2

Das von der Bundesregierung und zahlreichen anderen Stellen geförderte Projekt: »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«, Teil eines europäischen Netzwerks, hat bislang bundesweit 259 Schulen zur Mitarbeit gewonnen (Q-rage 2005). SchülerInnen arbeiten nicht nur gegen Rassismus, sondern das Projekt unterstützt das Engagement gegen jede Form von Diskriminierung, so gibt es Engagement gegen Heterosexismus an Schulen ebenso wie gegen Rechtsextremismus (ebd.). Das avancierteste Projekt wurde in Chemnitz aufgebaut, wo SchülerInnen eine Antidiskriminierungsrichtlinie im Parlament verabschieden lassen wollen und alle Institutionen und Organisationen der Stadt darauf verpflichten wollen. Gleichzeitig fordern sie ein Jugendparlament und mehr Beteiligung von Jugendlichen. Damit wollten sie auch ein Zeichen gegen die verzögerte Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien durch die Bundesregierung setzen. Das Chemnitzer Projekt benennt Diskriminierung als Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, sexueller Identität, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter (ebd.). Allerdings wird der Aspekt der Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, also der Aspekt der Diskriminierung aufgrund von Klassenzugehörigkeiten, außer acht gelassen, soziale Gerechtigkeit ist hier kein Thema. Das bundesdeutsche Gesamtprojekt reduziert im Titel die Diskriminierungsthematik auf »Rassismus«. Es wäre sicherlich ein anderes Zeichen, wenn das Projekt im Titel neben Rassismus auch noch andere Diskriminierungen benennen würde, denn die Zeitungsberichte der SchülerInnen zeigen, dass neben »Schwarzen« SchülerInnen insbesondere Lesben und Schwule massivsten Diskriminierungen, täglichen Verletzungen und schwerem Mobbing ausgesetzt sind (ebd.). Das Chemnitzer Jugendprojekt und die Erfahrungen aus anderen Schulen zeigen vielleicht auch, dass es durchaus hilfreich sein könnte, einen gemeinsamen Begriff für alle Aktivitäten gegen Diskriminierung und für Toleranz und Beteiligung zu haben.

74 The social justice model embraces concepts of industrial and professional unionism, but also is linked to a tradition that views unions as part of a broader movement for social progress.

An dieser Schule sind die SchülerInnen sicher ... vor Gewalt und Rassismus ... Diese Kinder sind kolonisierte Subjekte; sie können nicht das volle Mensch-Sein leben, sie sind Überlebende. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem die SchülerInnen merken, dass sie etwas über ihre eigene Geschichte lernen können, dass sie ihre Lebenserfahrungen miteinander teilen können und dass sie unterstützt werden. Aber wir sind keine Sozialarbeitsagentur. Das würde Abhängigkeit, den Ruf nach der breiten Schulter, nach Therapie bedeuten. Diese Schule arbeitet mit der Ermutigung zu politischem Engagement. (Therese Quinn: On a mission)⁷⁵

4.5. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung – Stand der Gerechtigkeitsdebatten

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung »gibt Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität und unterstützt das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander.«⁷⁶ So wie in dieser Zielformulierung gibt es in der konkreten Politik- und Publikationspraxis, bezogen auf die Gerechtigkeitsdebatte, eine Tendenz zur Reduzierung auf »soziale Gerechtigkeit« in einem sozialpolitischen und ökonomischen Sinne.⁷⁷ Christoph Spehr und Rainer Rilling (2005) denken in ihrem Standpunkt paper den Gerechtigkeitsbegriff ein Stück weit über die Ökonomie hinaus. Sie schlagen vor, die Verteilungsgerechtigkeit um weitere Gerechtigkeitsaspekte zu erweitern und benennen diese als: Anerkennungsgerechtigkeit, Aushandlungsgerechtigkeit, Selbstbestimmungsgerechtigkeit (ebd.). Dabei weisen sie auf die Notwendigkeit hin, ein demokratiepolitisches Projekt auch als herrschafts- und machtkritisches zu betreiben, ohne dass sie dies auf die Herrschaftsproblematisierung im Projekt selbst beziehen. Um die grundsätzliche Ablehnung jeder Diskriminierung geht es Spehr und Rilling in diesem Paper ebenfalls, nämlich darum, dass ein linkes Projekt »sensibel ist für jede Form von Abwertung der Menschen und dagegen Front macht« (Spehr/Rilling 2005, 6). Sehr viel deutlicher und die realen Folgen von Diskriminierung und Gewalt in Geschichte und Gegenwart sowie die Anfälligkeit aller Menschen für diese inhumanen Praktiken bedenkend, formuliert Michael Brie: »Der Blick auf die Zertrümmerung menschlichen Lebens in der Geschichte und die mühseligen Versuche, die Diskrepanz zwischen banalsten Ursachen und furchtbarsten Wirkungen zu erinnern und nicht einfach nur hinzunehmen, führt keineswegs dazu, vor neuen Rückfällen in Barbarei gefeit zu sein. Eine der wichtig-

⁷⁵ At this schools students are safe from ... violence and racism ... These kids are colonial subjects; they can't be fully human, they have to be survivors. We want to create a place where students feel they can learn their history, share their lives and get support. But we are not a social service agency. That's about creating dependency, crying on shoulders, therapy. This school is about empowerment.

⁷⁶ Vgl. Ziele der RLS: <http://www.rosaluxemburgstiftung.de>. Es fehlt die Formulierung eines Zieles, mit dem sich ausdrücklich gegen jede Form der Diskriminierung und Herabsetzung von Menschen ausgesprochen wird.

⁷⁷ Die meisten Publikationen zum Kontext »Gerechtigkeit« fokussieren diese Felder, vgl. Zadernach 2003; Klein/Wuttke 2004; Tandon 2002; Wardenbach 2003; Hopfmann 2003; Plener 2001.

sten Aufgaben der Gegenwart dürfte es sein, sich zu einer Sensibilität gegenüber der Barbarisierung zu erziehen, Sensoren auszubilden, die das unglaubliche Gefälle zwischen Taten und Folgen überhaupt wahrnehmbar machen und dabei Schmerz hervorrufen. Eine solche Selbsterziehung würde das Erklärbare auf das Nicht-Hinnehbare von Diskriminierung, Entwürdigung, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung von Menschen beziehen [...]« (Brie o. J.).

Der Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ein weiteres Beispiel für die Dominanz der ökonomischen Sichtweise auf die Gesellschaft. Auch wenn hier andere Aspekte angesprochen werden, so besteht die Grundtendenz darin, die gesellschaftlichen Probleme durch ihre ökonomische Strukturierung zu betrachten. Das ist dort, wo es tatsächlich um solche Fragen geht hilfreich. Es macht auch Sinn, diesen Aspekt als einen Aspekt unter anderen Ungerechtigkeits Themen zu formulieren: »Eine Politik der Gerechtigkeit muss *erstens* sichern, dass jede und jeder Einzelne über jene politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Güter verfügt, die ihm Wahrnehmung der durch die Völkergemeinschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verkündeten Grundrechte erlaubt. Die Sicherung der *Partizipation* aller Menschen unabhängig von Wohnort, Herkunft, Geschlecht, Ethnie usw. an diesen Gütern ist das primäre Ziel einer Politik der Gerechtigkeit. Eine Politik der Gerechtigkeit muss *zweitens* vor allem eine Politik der Vermehrung dieser Grundgüter menschlichen Lebens sein [...]« (Klein 2003, 113). Ab hier werden noch zwei weitere Forderungen erhoben, der Abbau von sozialen Ungleichheiten und die Forderung nach Partizipation derjenigen, »die diskriminiert und benachteiligt sind« (ebd, 114). Diese Beschreibungen sind sehr nah an Social Justice-Definitionen und Forderungen. Im Bericht selbst gewinnen sie aber keine Realität, die konkreten Diskriminierungen werden nicht erfasst, statt dessen bleibt der Bericht auf eine ausführliche Beschreibung ökonomischer und sozialpolitischer Zusammenhänge beschränkt.

Die Idee eines umfassenderen Gerechtigkeitsbegriffs und -denkens ist in der Rosa-Luxemburg-Stiftung präsent. Die Umsetzung in alle Politik- und Handlungsfelder der Stiftung hinein, sowie eine gleichberechtigte Verknüpfung der unterschiedlichen Aspekte von Gerechtigkeit und eine Reflexion von »Social Justice« stellt noch eine Lücke dar.

5. Zusammenfassung

Von den USA ausgehend, mit parallelen Entwicklungen z. B. in Großbritannien, Kanada, Australien, hat sich der Begriff Social Justice zu einem Identifikationsmerkmal neuer sozialer Bewegungen und zu einem politischen Projekt entwickelt. Der gemeinsame Bezugspunkt liegt dabei auf der Thematisierung von Herrschaft und ihren sämtlichen diskriminierenden Praxen sowie auf der Organisierung alternativer sozialer und humaner Praxen von Teilhabe und Anerkennung. Konservative und liberale Kritiker

bleiben in ihrer Argumentation bezüglich Social Justice genau der Tradition verhaftet, nämlich der Reduzierung und Fokussierung auf die Ökonomie, die die neuen Social Justice-orientierten Bewegungen explizit überwinden wollten und tatsächlich hinter sich gelassen haben.

Social Justice konstituiert sich aus dem Ineinanderfließen von Theorie und Praxis von Gerechtigkeits- und Social Justice-Ansätzen sowie Community Organizing- und anderen politischen Partizipationskonzepten. Sowohl der Bezug auf radikalphilosophische Gerechtigkeitsphilosophien als auch auf Community Organizing bedeuten, dass die Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaft und deren realen Konsequenzen für alle gesellschaftlichen Bereiche und das konkrete Leben der Individuen im Zentrum stehen. Das organisierte politische Handeln zielt in Social Justice orientierten Bewegungen und Organisationen auf die Herstellung einer konkreten Erfahrung der Überwindung und Angreifbarkeit von Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnissen und eine daraus abgeleitete Hoffnung und Vision der unendlichen Reproduzierbarkeit dieser Veränderung produzierenden Erfahrungen in allen anderen Bereichen, mit Anderen und für Andere.

Social Justice repräsentiert ein ideelles Verbindungselement zwischen weltanschaulich und politisch-praktisch unterschiedlich ausgerichteten Organisationen und Institutionen. Deren Handeln bezieht sich aber immer und ganz grundsätzlich auf die Arbeit mit Menschen und für Menschen, die von gesellschaftlichen Diskriminierungsstrukturen direkt und indirekt betroffen sind. Dabei spielt Bildungsarbeit auf allen Ebenen von Social Justice orientierten Organisationen und Bewegungen zum einen die Rolle der Herstellung von Bewusstheit und Wissen über Diskriminierung und ihr Zustandekommen in Herrschafts- und Machtkontexten und zum anderen die Rolle der Aktivierung und der konkreten methodischen Ausbildung im Organisieren von Politik und im Organisieren des Nachdenkens darüber, was getan werden muss oder getan worden ist. Selbstreflexion ist in Social Justice Prozessen zuallererst die Erfahrung, dass die Menschen zutiefst von den gesellschaftlichen Strukturen tangiert sind und dass ihre jeweiligen ganz individuellen Erfahrungen im politischen Miteinander-Handeln und im politischen Sich-Aufeinander-Beziehen ineinander fließen und gerade in ihrer Kenntheitlichkeit als individuelle Erfahrungen kollektive Effekte produzieren.

In der Bundesrepublik existieren zahlreiche gerechtigkeitsorientierte Initiativen in allen Feldern der Gesellschaft sowie breite Debatten und Bezüge um den Begriff »Gerechtigkeit«. Zugleich existieren einerseits unter dem Stichwort »Interkulturalität« oder »Diversity« (und ähnliche Begriffe) subsumierbare, unterschiedliche Projekte gegen Diskriminierungen unterschiedlicher Form und zum anderen Initiativen, die sich mehr um den Begriff »soziale Gerechtigkeit«, im Sinne sozialpolitischer und ökonomischer Schwerpunktsetzungen, gruppieren lassen. Social Justice-orientierte Projekte, die alle Ebenen von Ausgrenzung in der Gesellschaft zusammendenken, Verbindungen zwischen diesen herstellen und aktiv Alternativen in die Gesellschaft tragen, gibt es noch wenige.

Möglicherweise könnte als Brückenbildung zwischen sozialer Gerechtigkeit in einem ökonomischen und sozialpolitischen Verständnis und social justice als darüber hinaus gehendes Denken von Anerkennung und Partizipation die Auseinandersetzung mit der amerikanischen Diskussion und Initiative um Klassismus (Classism) bilden. Diese relativ junge Entwicklung begreift Klassismus als eigenständige Diskriminierungsform aufgrund des sozialpolitischen Status'. Gleichzeitig wird jedoch der Bezug zu anderen Diskriminierungsformen hergestellt. Im folgenden Kapitel III möchte ich den Social Justice-Ansatz zum Thema Klassismus darstellen.

III Klassismus: Institutionelle, individuelle und kulturelle Diskriminierung aufgrund des sozialpolitischen Status'

Ick hab jenug Schwierigkeiten gehabt, ick kann mitreden.
Nee, ick würd mir keen Leben in Saus und Braus wünschen.
Ick kenn die Leute, die wünschen sich det, aber die stehn
dann vor so' m kleen' Problem, und die Welt bricht zusamm'.
In der Schule da barmste schrecklich, und det regt dich uff,
ick hab zwee Wochen gedoktert an eener Belegarbeit, und ick
wußte nich und wußte nich. Und uff eemal hab ick'n Einfall
gehabt und zog det Ding durch. Na ja, und es war gut gewesen,
nu isset vergessen, wieder 'n Stück weiter. Gibt ja keen Ziel,
wohin man will, bloß man muß sich bewegen.
(Ute G., Facharbeiterin, 24, ledig, 1 Kind. Aus: Maxie Wander:
»Guten Morgen, du Schöne«. Frauen in der DDR)

Die Entwicklung von Klassismusanalysen und -theorien im Kontext von Social Justice-Bewegungen steht erst am Anfang. Dabei kann an Traditionen der Sozialen Bewegungen und der ArbeiterInnenbewegungen angeknüpft werden, um eine neue Sichtweise auf Klassenzugehörigkeiten und ihre Folgen zu entwickeln.

1. Der Begriff »classism«

Unter »classism« wird im Kontext von Social Justice-Bewegungen analog zu Rassismus, Sexismus, Heterosexismus u.ä. eine Diskriminierungs- und Unterdrückungsform verstanden. Dementsprechend definiert sich der Begriff vom Denken der Diskriminierung und Unterdrückung her: zum einen bedeutet Unterdrückung und Diskriminierung der Ausschluss von materiellen Ressourcen und politischer Partizipation, zum anderen die Verweigerung von Anerkennung als Mensch in seinen Rechten, Lebens- und Seinsweisen. Classism ist abgeleitet vom Begriff »class«, der im angloamerikanischen Raum unterschiedliche theoretische Ansätze und Schwerpunktsetzungen bedeuten kann: class, social class, social-economic class, die Definitionen sind oft geprägt durch die Interpretation der Politischen Ökonomie von Karl Marx und den Klassenbegriff Max Webers. Wie die ökonomische Bestimmung von Klasse dann erfolgt, ist abhängig vom jeweiligen theoretischen Bezugspunkt.⁷⁸ Der in Social Justice-Kontexten verwendete Begriff von »class« legt in der Regel eine Unterteilung in folgende Klassen zugrunde:

Ruling Class: Herrschende politische Klasse

Owning Class/Rich: Besitzende Klasse, die andere für sich arbeiten lassen kann, ohne selbst unbedingt arbeiten zu müssen

78 Einen guten Überblick über verschiedene Klassendefinitionen gibt Wright 1999; 2003

Middle Class: Hohe Einkommen, hoher Bildungsgrad, hohe Sicherheitsfaktoren

Upper-Middle-Class: höhere Einkommen, gut qualifizierte Jobs

Lower-Middle-Class: geringere und weniger stabile Einkommenssituation, weniger qualifizierte, instabile Jobsituation.

Working Class: ArbeiterInnenklasse. Haushalte deren Einkommen auf einer nach Stunden entlohnten Arbeit besteht.

Lower Class/Poor People: Haushalte, deren Einkommen es schwierig macht, die materiellen Grundbedürfnisse des Lebens abzudecken

(Adams 1997, 238).

Bezug genommen wird auch auf andere, ähnliche Klassenbegriffe wie zum Beispiel die von Erik O. Wright (1985) oder John Goldthorpe (2004).

Um jedoch von »classism« sprechen zu können, wird die Annahme zugrunde gelegt, dass mit dem ökonomischen Status in der Gesellschaft unterschiedliche außer-ökonomische Anerkennungsformen und Wertschätzungen einhergehen. Dementsprechend wird »classism« dann definiert als: »The institutional, cultural, and individual set of practices and beliefs, that assign differential value to people according to their socio-economic class; and an economic system which creates excessive inequality and causes basic human needs to go unmet« (Adams 1997, 238).⁷⁹ Mit dem Begriff »Ungleichheit« ist aber noch kein Diskriminierungs- und Unterdrückungszustand beschrieben. »Classism« liefert als affirmativer »Negativ«begriff, ebenso wie »racism«, »sexism«, »heterosexism«, »ableism« u. a. zunächst einmal eine Grundlage dafür, bestehende Verhältnisse in ihren aberkennenden und brutalen Formen zu beschreiben, zu kritisieren, sich grundsätzlich dagegen zu positionieren und Alternativen sichtbar zu machen. Andere Definitionen von »classism« ähneln der vorgestellten von Adams, dabei geht es immer um die Thematisierung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf allen Ebenen:

»Classism can be defined as the systematic oppression of one group by another based on economic distinctions, or more accurately one's position within the system of production and distribution« (Barone o. J., 8).⁸⁰

Dabei wird davon ausgegangen, dass die ökonomische Distinktionslinie mit weiteren Distinktionslinien verknüpft ist:

»Classism is the systematic oppression of poor people and people who work for wages by those who have access to control of the necessary resources by which other people make their living. Classism is also held in place by a system of beliefs which ranks people according to economic status, »breeding, « job and level of education. Classism

79 Das institutionelle, kulturelle und individuelle Repertoire an Praxen und Vorstellungen, durch die Menschen aufgrund ihres unterschiedlichen ökonomischen Status' ein unterschiedlicher Wert zugeschrieben wird; dies im Kontext eines ökonomischen Systems, durch das massive Ungleichheit bis hin zu Armut produziert wird.

80 Klassismus kann definiert werden als die systematische Unterdrückung einer Gruppe durch eine andere, basierend auf ökonomischen Unterscheidungen, oder genauer formuliert: basierend auf der Position einer Person innerhalb des Produktions- und Distributionssystems.

says that upper class people are smarter and more articulate than working class and poor people. It is a way of keeping people down, it means upper-middle class and wealthy people define for everyone else what »normal« or »acceptable« is. Many of us have come to accept this standard as the norm and many of us have bought the myth that most of the country is middle class« (Handbook of Nonviolent Action).⁸¹

Klassismus beschreibt ein System der Zuschreibung von Werten und Fähigkeiten, die aus dem ökonomischen Status heraus abgeleitet oder besser: erfunden werden:

»Classism is the systematic assignment of characteristics of worth and ability based on social class. It includes individual attitudes and behaviors; systems of policies and practices that are set up to benefit the upper classes at the expense of the lower classes, resulting in drastic income and wealth inequality; the rationale that supports these systems and this unequal valuing; and the culture that perpetuates them«.⁸²

Garrity definiert Klassismus als einen Prozess der dazu dient, die politisch und sozial strukturierten Klassenunterschiede dadurch zu verleugnen, dass die Armen dafür verantwortlich gemacht werden (Garrity 2005, 23).

Über all diese Mechanismen und Strukturen werden Lohnabhängige, Arme, Arbeitslose als Defizitklasse konstruiert: sie werden der Sichtbarkeit und Anerkennung für nicht würdig gehalten, lächerlich gemacht und herabgesetzt, »as persons of no consequences« (»Personen ohne Bedeutung«) deklariert (Moon/Rolison 1996, 129). Offenbar ist es zur Aufrechterhaltung eines Ausbeutungssystems nicht ausreichend, eine ungleiche Entlohnung und ungleiche Reichtumsverhältnisse herzustellen, sondern es bedarf zusätzlicher Mechanismen der Hierarchisierung. Im Spiegel dieser Erfindungen von Defizitkulturen, denjenigen zugeordnet, die weniger Geld haben und erhalten, erscheint die Entlohnung selbst als eine Erfindung mit nur einem einzigen Sinn: Ungleichheit und Herrschaft aufrechtzuerhalten. Klassismus abschaffen zu wollen, bedeutet zwangsläufig dann auch, jede Art von ungleicher materieller Lebenssituation aufzuheben und unterschiedliche Arbeiten oder Tätigkeiten gleich zu werten.

81 Klassismus ist die systematische Unterdrückung der armen Menschen und der Lohnabhängigen durch diejenigen, die Zugang zur Kontrolle der für alle zum Leben notwendigen Ressourcen haben. Klassismus wird ebenso aufrechterhalten durch ein Glaubenssystem, in dem Menschen aufgrund ihres ökonomischen Status, ihrer Kinderzahl, ihres Jobs, ihres Bildungslevels hierarchisiert werden. Klassismus sagt, dass Menschen aus einer höheren Schicht klüger sind und sich besser artikulieren können als Menschen aus der Arbeiterklasse oder arme Menschen. Es ist eine Art und Weise, Menschen klein zu halten, damit ist gemeint, dass Menschen aus der höheren Klasse und reiche Menschen definieren, was »normal« oder »akzeptiert« ist. Viele von uns haben diese Standards als die Norm akzeptiert und viele von uns haben den Mythos gekauft, dass die meisten im Land zur Mittelklasse gehören.

82 Klassismus ist die systematische, charakteristische Zuschreibung von Wert und Fähigkeit basierend auf sozialer Klassenzugehörigkeit. Klassismus schließt folgendes ein: individuelle Haltungen und Verhaltensweisen; politische Systeme und Praxen, die eingesetzt werden, um den höheren Klassen auf Kosten der unteren Klassen Vorteile zu schaffen, daraus resultieren drastische Einkommens- und Reichtumsunterschiede; die Rationalität, die diese Systeme unterstützt und die Ungleichheit bewertet; die Kultur, die das immer wieder hervorbringt. Vgl. <http://www.classism.org/> [20.6.2006]

2. Historische Entwicklungen von »classism«

Die Entwicklung von »classism« als eigenständige Diskriminierungs- und Unterdrückungsform hat im angloamerikanischen Raum zunächst auch zur Voraussetzung, dass der Begriff »class« dort in den politisch progressiven Kreisen nie diskreditiert war oder durch andere Begriffe wie »Schicht«, »Milieu« oder »Lebenswelt« ersetzt worden ist. Klasse war in den theoretischen Debatten als Begriff und Beschreibung von sozialen und ökonomischen Wirklichkeiten nicht umstritten statt dessen hat eine beständige Debatte und auch eine Weiterentwicklung des Begriffes und seiner Bedeutung stattgefunden. Bereits in den Anfängen der neueren sozialen Bewegungen in den USA seit den 1960er wurde Klasse sehr bald mit anderen Diskriminierungsformen wie zunächst Sexismus und dann Rassismus in Verbindung gebracht. Bis in die 1980er Jahre gab es bereits eine Vielzahl von Studien und theoretischen Ansätzen, in denen die Zusammenhänge von Klasse und Geschlecht, Klasse und Ethnizität diskutiert wurden. Die Bedeutung oder der Zusammenhang mit Klasse wurde nie aufgegeben. Allerdings bewegen sich die alten Studien noch mehr auf einer Ebene, Rassismus und Sexismus zu diagnostizieren, von diesen einen Begriff als Unterdrückungs- und Diskriminierungsform zu haben, Klasse jedoch ausschließlich als Beschreibung des Zusammenhangs zur ökonomischen Situation der jeweiligen Gruppen zu verwenden und damit einem eher traditionellen Verständnis von Klasse zu folgen. Es musste zunächst also der Schritt gemacht werden, Sexismus und Rassismus von Klasse zu lösen und diese als weitere Dimension von Unterdrückung zu begreifen, um dann in einem zweiten Schritt Klasse aus dem rein ökonomischen Bezug zu lösen und ebenso wie Rassismus und andere Diskriminierungsformen als solche in ihren Mehrfachdimensionen beschreiben zu können. Dazu haben drei Entwicklungen beigetragen: zum einen haben die Social Justice-Bewegungen die Wertigkeit unterschiedlicher Unterdrückungsformen in Frage gestellt und eine Hierarchisierung derselben ausgeschlossen. Statt dessen werden ihre Verbindungslinien und Ähnlichkeiten hervorgehoben, gleichzeitig wird aber auch jede Unterdrückung in ihren speziellen Ausformungen und ihrer jeweiligen Geschichte analysiert und respektiert. Damit ist der Grundstein gelegt worden, Diskriminierung mehrdimensional und quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche und sozialen Gruppen zu denken. Diese Sichtweise ist auch aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sozialen Bewegungen und der ArbeiterInnenbewegung entstanden.⁸³ Zweitens haben Stuart Hall in England und Pierre Bourdieu in Frankreich den Klassenbegriff theoretisch um kulturelle Dimensionen und Traditionen erweitert (vgl. Hall 2004; Bourdieu 1982; 1985; 1992; 1997) und damit Ar-

83 So hat sich zum Beispiel die ArbeiterInnenbewegung nicht sehr engagiert und offensiv für die Rechte von Schwulen und Lesben eingesetzt, oder die Bewegung der Schwulen und Lesben hat sich nicht sehr für das Thema Klassenunterschiede und ihre Konsequenzen für eine schwul-lesbische Politik interessiert (vgl. Palaversich 2002; Fraser 1999).

gumente geliefert, die seine Entwicklung zu einer eigenständigen Diskriminierungs- und Unterdrückungsform sinnvoll machen.⁸⁴ Und drittens zeigt die weltweite ökonomische Entwicklung und Globalisierung, dass auf den Klassenbegriff als Beschreibung und Grundverständnis eines Ausbeutungs- und Deklassierungssystems nicht verzichtet werden kann, wenn man nicht von vorne herein den neoliberalen Gedanken des (Menschen-)Opfers annehmen will. »Classism« ist in den USA als ein Teil von Social Justice-Bewegungen zu einem akzeptierten Kritikbaustein geworden.

3. Klassismus als Diskriminierungs- und Unterdrückungsform

»Classism« verbindet im Grundverständnis die alten Kritikformen der ArbeiterInnenbewegung an materiellem Elend und politischem Ausschluss mit der Kritik an der Nichtanerkennung und der Herabsetzung von Kultur und Leben von ArbeiterInnen, Arbeitslosen oder Armen.⁸⁵ Die Überwindung von Diskriminierung muss dementsprechend auf allen Ebenen geschehen, weil sie sich wechselseitig beeinflussen. So sind der Nichtzugang zu Arbeit, die niedrige Entlohnung, unwürdige Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeiten Formen von Diskriminierung. Diese werden aber von den besitzenden und politisch herrschenden Klassen für richtig befunden. Denn es wird unterstellt, dass diejenigen, die diese Arbeiten verrichten ihre Chancen, es anders zu machen und sich eine andere Arbeit zu suchen nicht nutzen oder genutzt haben, weil, so die kulturellen stereotypen Konstruktionen, sie zu faul, zu dumm, zu bequem, zu ungebildet, zu unqualifiziert (Barone o. J., 12 ff.) etc. sind, sie letztlich durch die Kultivierung dieser Eigenschaften selbst die Schuld für ihre Situation tragen. Wenn sie sich dann politisch organisieren wollen, um diese Situation zu verändern, werden sie wiederum wegen dieser Ansprüche kritisiert: zum einen wird ihnen unterstellt, dass sie den Hals nicht voll genug bekommen, dass sie die Wirtschaft und damit andere Existenzen gefährden und dass sie offenbar genug Zeit zum Streiken haben, weil sie nicht genügend Arbeit haben, etc. Der Versuch ihre Situation zu verändern, wird also auf ähnlichen Linien diskriminiert wie der Ausschluss von materiellen Ressourcen begründet wird. Wenn es ihnen dann gerade nicht gelingt materielle Verbesserungen und politische Partizipation herzustellen und sie in ihrer Situation verbleiben müssen, werden sie in dieser Lebensform wiederum abgewertet, wird deutlich gemacht, dass ihre Lebensformen weniger wert sind als die der Mittelklasse und anderer Klassen. Fehlende Zähne, abgewetzte Kleidung, den ganzen Tag Fern- und DVD-Sehen, kein Interesse an sogenannter Hochkultur (Klassikkonzerte), Alkoholismus, Vernachlässi-

84 Bannerij (2005, 148 ff.) zeigt, dass marxistische Theorietraditionen – Marx' Ideologiekritik; Kulturkritiker wie Benjamin oder Gramsci u. a. – keineswegs nur auf politische Ökonomie zu reduzieren sind, sondern auch ein Bezugspotential für einen Klassismusbegriff liefern.

85 Dabei wird zwar auch positiv an die ArbeiterInnenbewegungen angeknüpft, eine Romantisierung und unkritische Betrachtungsweise von ArbeiterInnenkulturstudien jedoch vermieden. Die Thematisierung des Zusammenhangs von Sexismus, Heterosexismus, Rassismus u. a. mit Klassismus bedingt eine solche kritische Herangehensweise.

gung von Kindern, promiske Lebensweisen, die Unfähigkeit erfolgreich zu handeln, der Mangel an Selbstkontrolle werden zu stereotypen Stigmatisierungen von Arbeitslosen, ArbeiterInnen oder Armen. Ressourcen und Kompetenzen können nicht mehr festgestellt werden, sie sind definitiv die »Anderen« und gehören »anderen« Welten an, von denen es sich zu separieren gilt, unter anderem indem sie abgewertet und gering geschätzt werden.⁸⁶ Gleichzeitig gelingt es auf diesem Hintergrund die gesellschaftliche Arbeitsteilung und ihre hierarchische Struktur sowohl in der Kontrolle über die Produktionsmittel als auch bezüglich der zur Verfügung stehenden Geldmenge immer wieder neu zu legitimieren. Dies ist aber allein durch ihre Existenz nicht möglich, es bedarf der direkten und unmittelbaren Diskriminierungsformen und Nicht-Anerkennungs- und Abwertungskulturen, um die materielle Ungleichheit aufrechterhalten zu können. Oder kurz gesprochen: Ohne Macht und Herrschaft keine ausbeuterische Verfügbarkeit über die Arbeitskraft von Menschen. Als letztes Mittel steht den staatlichen und privaten AkteurInnen dann noch die Kriminalisierung zur Verfügung (hooks 2000), so stehen die Armen, Arbeitslosen und Lohnabhängigen immer unter Verdacht, kriminell zu sein oder schnell zu werden, wenn sie nicht davor geschützt werden. Sicherheitskontrollen in Arbeitsämtern, das Verbot, öffentliche Räume wie Einkaufspassagen zu betreten oder die Ausschnüfflung im privaten Bereich durch staatliche Sachbearbeiter sind nur einige der Maßnahmen, die insbesondere an Menschen ohne feste Arbeit exerziert werden (vgl. ausführlich Pilgrim/Friedrich 2006).

Die potentielle Unsichtbarkeit und Nichtrepräsentanz oder einseitige Repräsentanz (nur in bestimmten Fernsehsendungen) von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Armen in gesellschaftlich anerkannten Räumen trägt dazu bei, Mythen entstehen zu lassen (Meulenbelt 1987): denen geht es gar nicht so schlecht, sie haben die gleiche Kleidung, fahren Autos, sehen die gleichen Fernsehprogramme.⁸⁷ Gleichzeitig fungieren die Mythen über Reiche dazu, selbige als Opfer des Systems erscheinen zu lassen: den Reichen geht es schlecht, Geld macht das Leben schwer, sie müssen hohe Verantwortung tragen. In diesen Dimensionen werden die unterschiedlichen Auswirkungen von Klassenzugehörigkeit verwischt, obwohl längst bekannt ist, dass Klassenherkunft über Zukunft und Karriere, kurz über das Leben und die Lebensweise entscheidet.

Auf der Berufsschule habe ich aufgehört zu lernen. Ich blieb sitzen, und das bedeutete in unserer Familie, daß man von der Schule abgehen mußte, um sein eigenes Geld zu verdienen. Wir bekamen eine Chance. Ich konnte es auf der Berufsschule nicht länger schaffen. Ich weiß jetzt, daß es alles mit meiner Klassenunterdrückung zu tun hatte. Ich konnte mich nicht mehr konzentrieren: Ich fühlte mich dumm und minderwertig. (Aus: Anja Meulenbelt: Scheidelinien)

86 Die FAZ formuliert unter vielen anderen Medien diese Abwertung ganz deutlich und macht damit auch klar, wie selbstverständlich und erlaubt es ist, in dieser Weise über Menschen zu sprechen: »Jene Unterschicht, welche möglicherweise in realistischer Beurteilung ihrer Aufstiegschancen, aufgehört hat, den Bürger zu imitieren, und

Dazu zählt auch der Mythos der Mobilität, der vermeintlichen und suggerierten Chance, die Klasse bei genügend Anstrengung und Leistung (wer gut ist, der findet auch einen Arbeitsplatz) wechseln zu können. Tatsächlich zeigen Untersuchungen in den USA ebenso wie auch in Deutschland: »class stability is the norm« (Barone o. J., 28).⁸⁸

In den Social Justice-Konzepten wird »classism« zum einen als eigenständige Diskriminierungsform im oben beschriebenen Begriffssinne definiert, zugleich wird zur Beschreibung und Analyse auf ähnliche Kategorien wie bei den anderen Diskriminierungsformen zurückgegriffen (vgl. Adams 1997). Dabei wird davon ausgegangen, dass Klassismus in Form von Stereotypen, Vorurteilen und realem Handeln auf drei ineinander greifenden Ebenen in der Gesellschaft hergestellt wird: auf der institutionellen, der kulturellen und der individuellen Ebene. Alle drei Ebenen können bewusst oder unbewusst hergestellt werden. So hat zum Beispiel die Unterstellung, Arbeiter oder Arbeitslose oder Arme seien dumm zur Konsequenz, dass LehrerInnen SchülerInnen aus diesen Familien anders behandeln und ihnen weniger den Besuch einer höheren Schule zutrauen. Oder in einer politischen Gruppe wird gesagt, die Person mit dem akademischen Abschluss solle die Rede halten, weil sie eher ernst genommen würde. Oder beispielsweise kommen die Lebenswelten von ArbeiterInnen in den bürgerlichen Zeitungen nur als Defizitkulturen vor. Es handelt sich bei der Herstellung von Klassismus also um einen komplexen, teils bewussten, teils unbewussten Prozess der Herstellung von hierarchischen Bewertungssystemen, abgeleitet aus der Klassenzugehörigkeit oder manchmal auch aus der vermuteten (zum Beispiel aufgrund von Kleidung, Sprache) Klassenzugehörigkeit.

den eigenen, vulgären und häßlichen Stil ganz selbstbewusst pflegt; jene tätowierten und seltsam frisierten und gekleideten Menschen, welchen das private Fernsehen zu ungeahnter Präsenz und Sichtbarkeit verholfen hat, dieses Proletariat und Subproletariat scheint denen, die sich für Bürger halten, schreckliche Angst einzujagen« (Seidl 2006, 22).

- 87 Da wo tatsächlich Sichtbarkeit hergestellt wird, wie vor kurzem in Frankreich, wo an Obdachlose von einer Hilfsorganisation Zelte verteilt wurden, reagiert die Öffentlichkeit mit Empörung und Gewalt. Die plötzliche Aufhebung von Ortlosigkeit und die Sichtbarkeit durch die Zelte in der Stadt führte zu Protesten und zu Gewalttationen von Menschen, die sich dadurch belästigt und gestört fühlten.
- 88 In England ist Klassenmobilität auf der Alltagsebene nicht so leicht zu realisieren: Hier gilt die Herkunft als Kriterium für die Einordnung in eine Klasse, das heißt ein Wechsel ist erst in der zweiten Generation möglich. Soziale Herkunft und ihre Konsequenzen ist ebenso wie sozialer Status ein Aspekt von Klassismuskursen (vgl. z. B. Hoppner/Scott 2004).

Wenn Geld da war, war das ein Fest. Dann nahm uns unsere Mutter allesamt mit in die Gaststätte und dann hieß es: Kinder, wer möchte was trinken? Bis das Geld alle war. Ich habe früh gelernt zu betteln, Kleider aus Müllsäcken herauszuholen oder sie Leuten abzuschwatzen. Abends lief ich oft auf der Straße herum, während andere Kinder, vor allem die Mädchen, längst zu Hause sein mußten. Manchmal suchte mich einer meiner Brüder und zog mich an einem Ohr nach Haus, aber meist konnte ich tun, wozu ich Lust hatte. Ich habe mich dafür später zwar geschämt, und es ist mir in der Schule schwer gefallen, mich anzupassen. Wenn sie mich auf den Flur schickten, lief ich einfach hinaus und kam den ganzen Tag nicht mehr zurück. Aber ich habe auch etwas davon übrigbehalten, was ich bei anderen Frauen sehe. Ich habe keine Angst vor Männern. Ich habe gelernt zu kämpfen. Und ich habe auch keine Angst vor der Zukunft oder davor, daß ich ohne Geld dasitzen werde oder meine Arbeit verliere. Ich weiß, dass ich mir immer helfen kann, auch wenn ich gar nichts hätte. (Aus: Anja Meulenbelt: Scheidelinien.)

Ein anderer, aber ähnlicher Ansatz geht ebenfalls von drei Ebenen der Herstellung aus, definiert durch 1. einen unterschiedlichen Zugang zur Macht, 2. ökonomische Lebenschancen und 3. Anerkennung (Ransford 1994). Um die Unterschiede und ihre unterschiedlichen Bewertungen feststellen zu können, bedarf es der Analyse von materiellen Situationen ebenso wie der von Freizeitmöglichkeiten, Musik- und Bücherkulturen sowie Wohnverhältnissen. Arme, Arbeitslose und ArbeiterInnen gilt nicht das Interesse von Forschung und Wirtschaft. Bei einer Untersuchung von Diskriminierungsstrukturen geht es nicht darum, einfach nur Unterschiede festzustellen, sondern aufzuzeigen, was in der Gesellschaft höher bewertet wird und welche Folgen das hat. So zeigt Meulenbelt (1987), dass Kinder aus ArbeiterInnenfamilien sowie dialektsprechende Kinder keineswegs einen geringeren Wortschatz haben als Kinder aus die sogenannte Hochsprache sprechenden Mittelklassefamilien, sondern dass sie über einen anderen Wortschatz und auch andere Denkstrukturen verfügen, womit die von bürgerlichen Werten geprägte Schule nichts anzufangen weiß. Bzw. das kulturelle Kapital der vermeintlich unteren Klassen wird in der Schule sogar gering geschätzt und die Abwertung wiederholt sich von Beginn an an den Kindern (Barone 33). Dies wird im Kontext von »classism« als massive Form von Diskriminierung verstanden und damit geht die Kritik weit über das hinaus, was als Forderung nach Zugang zum Bildungssystem häufig stehen bleibt.

Ich jetzt erst entdeckt, warum ich es so schwierig finde, in meinem Betrieb eine führende Position zu übernehmen, obwohl sie mir schon angeboten wurde. Mein erster Impuls war, das ist nichts für mich. Ich stamme aus der politisch bewußten Arbeiterklasse. Dort habe gelernt, daß man sich solidarisch verhalten muß. Es macht mir ungeheure Schwierigkeiten, mich selbst nur ›über‹ die anderen Menschen zu stellen, mit denen ich vorher zusammengearbeitet habe. Ich empfinde das als Verrat. (Aus: Anja Meulenbelt: Scheidelinien)

Die Lernkultur ist eine Mittelklassenkultur und die Kultur der Anderen, vermeintlich unteren Klassen, ist daran gemessen immer eine Defizitkultur, so wird Beteiligung am Bildungssystem immer als Zugang definiert, der die Defizite im günstigsten Fall aufheben soll.⁸⁹ Die Systeme sind es jedoch, die Ausgrenzung produzieren, indem sie sich selbst zum Maßstab aller Anerkennung machen, obwohl sie selbst in ihren Inhalten und Kulturformen durch Diskriminierungsstrukturen und deren Geschichte geprägt sind und grundsätzlich veränderungsbedürftig sind. Häufig kommt es zu Verkehrungen von Zuschreibungen: während materielle Situationen wie Wohnverhältnisse, wenig Geld, wenig Zugang zu Ressourcen wie Bibliotheken, Nachhilfe und wenig Zeit (weil die Existenz gesichert werden muss) die Lernsituationen von Kindern verschlechtern können, wird den Eltern vorgeworfen, sie behandelten ihre Kinder schlecht und kümmerten sich zu wenig um deren Bildung.⁹⁰ Das zugrunde liegende komplexe Diskriminierungssystem rückt dabei selten oder gar nicht in den Blick. Letztlich kommt es immer wieder zur Individualisierung der Lebenssituationen, wobei diese Situationen jedoch negativ bewertet sind und über die Herabsetzungen Verinnerlichungsprozesse in Gang gesetzt werden und Engagement blockiert werden kann. »We working-class people have been conditioned as children to be submissive, to devalue ourselves, to think we are ignorant compared to other people, to feel powerless, to settle for very little, to accept insecurity as an unavoidable fact of life, to feel lucky to have a job, and to despise ourselves and each other and for giving in to violence at each other and to alcoholism« (Jackins, zit.n, Barone o. J., 22).⁹¹ Barone beschreibt diese Verinnerlichungsprozesse von Abwertungen als Missbrauch und for-

89 Skeggs (2005) zeigt in einer Studie zu englischen, populären Medien, wie Defizitkulturen über die Darstellung von dicken, exzessiven, betrunkenen, vulgären, promiskuen Frauen aus der ArbeiterInnenklasse medial hergestellt werden.

90 Eine englische Studie hat gezeigt, dass bezüglich der Bemühungen und der Fürsorge von Eltern keine qualitativen Unterschiede zwischen Mittelschichts- und ArbeiterInnenkinder bestehen, dass Eltern aus der Arbeiterklasse aber immer wieder durch den Mangel an materiellen Ressourcen limitiert werden, was ihnen dann als persönliches Versagen zugeschrieben wird (Gilles 2005)

91 Wir Menschen aus der ArbeiterInnenklasse sind als Kinder schon konditioniert worden, gehorsam zu sein, uns selbst gering zu schätzen, zu denken, wir seien im Vergleich zu anderen Menschen dumm, uns machtlos zu fühlen, uns mit einfachen Wohnverhältnissen zufrieden zu geben, Unsicherheit als unvermeidbaren Fakt unseres Lebens anzusehen und uns in Gewalt- und Alkoholverhältnisse zu begeben.

dert damit die Anerkennung, im Sinne einer Abschaffung, der ihnen zugrunde liegenden diskriminierenden Systeme (ebd., 26). Deshalb gilt es im Verständnis von »classism« die Bedeutung der Auswirkungen von Klassenverhältnissen auf viele Bereiche des Lebens anzuerkennen (Skeggs 2004):

»... as the result of the class you are born into and raised in, class is your understanding of the world and where you fit in; it's composed of ideas, behavior, attitudes, values, and language; class is how you think, feel, act, look, talk, move, walk; class is what stores you shop at, restaurants you eat in; class is the schools you attend, the education you attain; class is the very jobs you will work at throughout your life ... We experience class at every level of our lives ... In other words, class is socially constructed and all encompassing. When we experience classism, it will be because of our lack of money ... and because of the way we talk, think, act, move – because of our culture« (Langston, zit. n. Barone o. J., 10)⁹²

Da alle Menschen Klassenerfahrungen auf unterschiedliche Weise machen, unterscheiden Liu, Soleck und andere zwischen mehreren Formen von Klassismus:

Klassismus nach oben: »upward classism«, Klassismus nach unten: »downward classism«, Klassismus innerhalb einer sozioökonomischen Klasse, auf diese Weise soll ein Ausstieg aus der jeweiligen Klasse verhindert werden: »lateral classism«, internalisierter Klassismus: »internalized classism« (Liu/Soleck u. a. 2004, 108). Diese Differenzierungen nehmen auch Adams und andere (1997) vor, eingedenk dessen, dass Vorurteile auch von Seiten der Arbeiterklasse gegenüber zum Beispiel Reichen oder Intellektuellen existieren.⁹³ Allerdings betonen Adams sowie auch Moon und Rolison, dass Vorurteile in allen Klassen existieren, dass Klassismus jedoch eine Top-down-Praxis sei, die nur aufgrund von strukturell bedingten Privilegien (»structural advantage«) möglich sei (Moon, Rolison 1996, 132).

Wenn Klassismus eine ebenso wichtige politische Bedeutung hat wie Sexismus, Rassismus u. a. Diskriminierungsformen, dann gilt seine Aufdeckung und Bewusstmachung als eine politische Herausforderung mit Konsequenzen für das politische Handeln und die Bildungsarbeit.

92 ... als Result der Klasse, in die du geboren und in der du aufgewachsen bist, prägt Klasse dein Verstehen der Welt und deine Anpassung daran; es setzt sich aus Ideen, Verhaltensweisen, Haltungen, Werten und Sprache zusammen; Klasse bestimmt, wie du denkst, handelst, aussiehst, redest, dich bewegst, läufst; Klasse zeigt, in welchen Geschäften du kaufst, in welchen Restaurants du isst; Klasse bedeutet die Schulen, die du besuchst, die Bildung, die du erhältst; Klasse bestimmt die Jobs, die du im Laufe deines Lebens ausübst ... Wir erfahren Klasse auf allen Ebenen unseres Lebens ... Mit anderen Worten: Klasse ist sozial konstruiert und alles umfassend. Wenn wir Klasse erfahren, dann aufgrund unseres Mangels an Geld ... weil wir auf eine bestimmte Art und Weise sprechen, denken, handeln, uns bewegen, also aufgrund unserer Kultur.

93 Gilles (2004) zeigt in ihrer Studie auch, wie die Mittelklassenkultur die Möglichkeiten von Kindern zum Beispiel auch einschränkt und diesen sehr rigide die Normen der Mittelklassenkultur beibringt, so dass es für diese Kinder schwer ist, sich zum Beispiel gegen ein Studium und für ganz andere Wege zu entscheiden. Dem liegt das gesellschaftliche System der unterschiedlichen Bewertung und Wertschätzung von Arbeit und Tätigkeiten zugrunde, dieses Wertesystem vermitteln Eltern auch ihren Kindern.

4. Konsequenzen für Bildung und Politik

Classism im Kontext von »social justice« hat zum einen die Herstellung von Bewusstwerdungsprozessen zum Ziel, jedoch weiterführend eine daraus resultierende Bereitschaft zum aktiven politischen Handeln. Das ist das Programm von Klassismus-Trainings im Kontext von »social justice«. In diesen politischen Trainings werden sich die TeilnehmerInnen in Bildungsprozessen ihrer Herkunft und ihrer Erfahrungen mit Klassismus bewusst, reflektieren Stereotypen und analysieren die Herstellungsprozesse von klassenbezogener Diskriminierung. Die Geschichte des Klassismus steht dabei in enger Verbindung mit der Geschichte der Gewerkschaften und ihrer Auseinandersetzungen und ihres Eintretens gegen Diskriminierung. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegungen- und kulturen, aber auch die Geschichte anderer marginalisierter Gruppen kann dabei zu einer wichtigen Lernressource werden. Dabei kann auch aus der Geschichte gelernt werden, dass Veränderung eben nicht allein durch Änderung der materiellen Verhältnisse geschieht oder besser: die materiellen Verhältnisse lassen sich nicht verändern, wenn ihre kulturellen und individuellen Folgen nicht aufgezeigt werden. Deshalb gilt es auch Kulturen zu unterstützen, die sich der Untersuchung und Analyse von Klassismus, der verborgenen Geschichte und der Herstellung von Sichtbarkeit annehmen. Dies muss für die unterschiedlichen Gruppen, sei es für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Arme auf unterschiedliche Weise geschehen.⁹⁴

Im deutschsprachigen Raum wird das Thema »Klasse« bislang nach wie vor sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in linken Kontexten unter primär ökonomischen, sozialpolitischen Aspekten diskutiert (vgl. u. a. Bischoff u. a. 2003). Der Begriff Klassismus ist bislang in Deutschland kaum gebräuchlich oder bekannt, allenfalls in feministischen Kreisen könnte aufgrund von Anja Meulenbelts in deutscher Sprache vorliegendem Buch: »Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus« eine gewisse Bekanntheit eingetreten sein.⁹⁵ Selten geht es um die Thematisierung der verschiedenen Ebenen von Diskriminierung und sozialer Klasse, wie beispielsweise in der Arbeit von Pilgrim und Friedrich (2006), die sich mit den verschiedenen Diskri-

94 Die Arbeiterklasse und die Kulturen der sogenannten »Unterschichten« sind wenig Gegenstand von Forschung und von differenzierter Forschung überhaupt (Groschopp 2003). Mike Savage hat sich mit der wohl breitesten Studie über die Lebensweisen der britischen Arbeiterklasse, in den sechziger Jahren von Goldthorpe durchgeführt, beschäftigt. Er stellt fest, dass eine sehr große Menge von aussagekräftigem Material überhaupt nicht zur Auswertung verwendet wurde, gleichzeitig die Interviewstrategien und Auswertungen auf die ökonomische Situation der Arbeiter ausgerichtet waren. Das Material gibt aber sehr viel Auskunft über die kulturellen Dimensionen von Klasse (Savage 2005).

95 Zahlreiche Studien über ArbeiterInnenkinder an den Hochschulen entstanden in Folge der Frauenbewegung und Geschlechterforschung. Sie thematisieren auch die kulturellen Aspekte der Situation von ArbeiterInnenkindern (vgl. u. a. Frerichs 1997; Rohleder 1997; Brendel 1998) kritisieren aber wenig das System Hochschule als grundsätzlich veränderungsbedürftig. Faktisch handelt es sich bei diesen Studien um Untersuchungen über Akademikerinnen. Im Kontext der Frauenbewegung entstanden auch Studien über Arbeiterinnen und den Zusammenhang von Klasse und Geschlecht hinsichtlich kultureller Dimensionen (vgl. u. a. Becker-Schmidt u. a. 1985).

minierungsformen von Arbeitslosen auseinandersetzen. Sicher hängt diese Nichtbeschäftigung mit Klassismus auch damit zusammen, dass diejenigen, die über institutionelle theoretische Diskursmacht verfügen eben gerade keine biographische Berührung mit der Arbeiterklasse, den Arbeitslosen oder Armen haben und die kulturellen und individuellen Diskriminierungen und Stereotypen nicht reflektieren, die sie mit ihrer Forschung und Theorie möglicherweise unterstützen. Zudem ist der Diskurs um Bildungszugänge und Chancen in der Bundesrepublik sehr dominant. Dabei wird vorrangig darüber diskutiert, wie man für MigrantInnenkinder, ArbeiterInnenkinder bessere Bildungschancen schaffen kann, darunter wird verstanden, wie man ihnen den Weg IN das System erleichtern kann (z. B. Sprachkurse etc.) und ihre vermeintlichen Defizite beseitigen kann. Es wird aber nicht darüber gesprochen, wie das System Schule sich verändern müsste, um eine ganz andere Lernkultur zu entwickeln und ein Verständnis von Social Justice und Antidiskriminierungskultur geschaffen werden könnte, indem alle gleichermaßen geschätzt werden und in ihren Lebenswünschen im Sinne eines breiten Feldes von Möglichkeiten unterstützt werden können.

5. Zusammenfassung

Über Armut und Reichtum, Streiks für bessere Bezahlung, Ungerechtigkeit und Ungleichheit zu lesen, ist nichts Besonderes. Armuts- und Reichtumsforschung gehören zu etablierten Forschungsbereichen. Beim Thema »classism« (Klassismus) geht es auch um Armut, Reichtum und die Konsequenzen, allerdings um mehr als »nur« die Folgen für die unmittelbare materielle Lebenssituation und den Zugang zu Bildung. Klassismus beschreibt ein Herrschaftssystem, in welchem die Klassenzugehörigkeiten über kulturelle, institutionelle und individuelle Mechanismen in einer Hierarchie und in einem Abwertungs- und Aufwertungssystem festgeschrieben werden. Nur so funktioniert die Aufrechterhaltung von Armuts- und Reichtumsverhältnissen. Es bedarf ihrer Absicherung durch Bewertung der Menschen nach gesellschaftlich anerkannten und gesellschaftlich aberkannten Eigenschaften und Verhaltensweisen. Während über Klassenzugehörigkeiten gesellschaftliche, kulturelle Normen hergestellt werden, gilt das Hinterfragen dieser Normen als Tabu, das Schweigen darüber repräsentiert eher die Normalität. In den amerikanischen Diskursen wird Klassismus immer wieder mit diesem Schweigen in Verbindung gebracht. Der Diskurs und die Thematisierung der weitreichenden Folgen von Klassenzugehörigkeiten ist in den USA neu, er ist aus dem Kontext der Social Justice-Bewegungen zum einen und einem erweiterten theoretischen Diskurs über die kulturellen Dimensionen des Klassenbegriffs entsprungen. Die Thematisierung und Lancierung von Projekten zur Auseinandersetzung mit Klassismus stehen am Anfang. Denn was würde denn passieren, wenn, wie AktivistInnen dies fordern, am Arbeitsplatz, in der Schule, an der Hochschule die Klassenstrukturen in all ihren Dimensionen und in ihrer Bedeutung als Diskriminierungsstruktur thematisiert

würde? Und es in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung nicht nur um leichte Angleichungen, Anhebungen von Löhnen und leichte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gehen würde, sondern um eine Hinterfragung der machtvollen, kulturellen Voraussetzungen dieser Ökonomie?

IV Ausblicke: Politisierte Anerkennung

Der Andere ist der Garant dafür, die eigene Welt zu erweitern, die eigenen Erfahrungen als die eigenen und nicht die universellen zu begreifen, und kann dem eigenen Leben, dem eigenen Da-Sein eine Dimension hinzufügen, insofern nicht das Eigene im Anderen gesucht wird. Indem der Eine dem Anderen so begegnet, wird nach Levinas eine ›radikale Großmut‹ verlangt. Das Interesse des Einen ist auf den Anderen gerichtet, ohne Dankbarkeit für dieses

Interesse zu erwarten.«

(Leah C. Czollek: Am Anfang war das Wort. Aspekte jüdischen Dialoges und die Vielstimmigkeit des Multikulturalismus)

Social Justice steht für das differenzierte Ineinander- und Zusammendenken von Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen mit dem Ziel, solidarisches, übergreifendes Handeln für eine gerechte, dialogorientierte, politisch engagierte, Unterschiede und Gemeinsamkeiten respektierende Gesellschaft herzustellen. In ökonomisch und politisch auf Konkurrenz und Wettbewerb sowie auf hierarchischen Strukturen beruhenden Gesellschaften werden Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen wie Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Behindertenfeindlichkeit u. a. erzeugt und reproduziert. Dies geschieht auf individueller, institutioneller und kultureller Ebene. Alle Ebenen greifen ineinander und formen Diskriminierung als einen strukturellen Mechanismus. Soziale Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Geschichte, aber auch Gegenwart bezüglich der Diskriminierungsformen: ein Obdachloser wird zwar von bestimmten Orten in der Gesellschaft der BRD ausgeschlossen und gegebenenfalls »entfernt«, aber sofern er deutscher Staatsbürger ist, muss er nicht damit rechnen, in ein Flugzeug gesetzt zu werden und in ein anderes Land abgeschoben zu werden. Auch innerhalb diskriminierter Gruppen kann Diskriminierung stattfinden, zum Beispiel, wenn Frauen sich abwertend gegenüber Lesben oder Transgenderpersonen verhalten. Oder diskriminierte Gruppen diskriminieren andere diskriminierte Gruppen, zum Beispiel wenn MigrantInnen sich ausgrenzend und abwertend gegenüber Roma äußern oder verhalten. All diese Ebenen werden in der Theorie und Praxis von Social Justice aufgezeigt und reflektiert, ohne Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es soll trotz der Unterschiede auch über die Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten verschiedener diskriminierter Gruppen nachgedacht und daraus Konsequenzen für die Zusammenarbeit gezogen werden. Charakteristisch für alle Formen der Diskriminierung sind: der limitierte Zugang zu Ressourcen (wie Bildung, Rechte, Essen etc.); die limitierte politische Repräsentanz (in Parlamenten, auf politischen Veranstaltungen, bei Aktionen, in Gewerkschaften etc.); die partielle oder weitgehende, erzwungene Unsichtbarkeit (der Ausschluss von Obdachlosen aus Einkaufszentren und Bahnhöfen; Subkulturen und Suborte an denen sich Transgender, Lesben, Bisexuelle, Schwule gefahrlos bewegen können); die kulturelle Repräsentanzlosigkeit (Ausschluss aus Literatur, Bil-

dungsmaterialien, Medien oder ausschließlich stereotype, abwertende Darstellungsformen); die sprachliche Herabsetzung, Abwertung und Stereotypisierung auf allen Ebenen; Diskriminierende Anthropologie (Körperpolitiken, das heißt die Bezugnahme auf die Körper und Körperdarstellungen von Menschen werden zu einem Baustein von Diskriminierung); Gewalt durch Individuen, Gruppen oder durch den Staat.

Diese Praxen der Diskriminierung ähneln sich, auch wenn sie für die unterschiedlichen Gruppen und die verschiedenen Individuen jeweils neue und unterschiedene Gestalt annehmen. Die Frage, wie etwas Gemeinsames im Sinne von gemeinsamem politischen Handeln aus diesen unterschiedlichen Erfahrungen erwachsen kann, stellt sich für eine Umsetzung von Social Justice auch in der Bundesrepublik. Eine Voraussetzung für gemeinsames Handeln ist eine Kultur des Interesses und des Wohlwollens gegenüber anderen aktiven oder engagierten Menschen sowie die Bereitschaft in einen offenen Dialog zu treten, dessen Ergebnis nicht schon zuvor feststeht. Eine politische Kultur dieser Art ist jedoch etwas, was nicht automatisch existiert, sondern in Diskussionen, Aktionen, Zusammenkünften, Bildungssequenzen, Internetkulturen u. a. hergestellt werden muss. Also kommt es ganz entscheidend darauf an, WIE diese Initiativen gestaltet werden, ob sie tatsächlich selbst transformative Orte werden oder die Ungleichheit und Hierarchie in der Gesellschaft reproduzieren (Weinbach 2003). Damit letzteres nicht geschieht, bedarf es der Erkenntnis der eigenen gesellschaftlichen Positionen und der Reflexion der Eigenbeteiligungen an Macht und des persönlichen Involviertseins in die gesellschaftlichen Strukturen. Das ist nicht im psychologischen Sinne gemeint, sondern es geht darum, die eigene Position in der Gesellschaft denken zu lernen, sie mit anderen Positionen im offenen Dialog zu konfrontieren und universale Wahrheiten darüber, wie Dinge vermeintlich sein sollen, in Fragen zu stellen (Takacs 2002, 169): »Only I have lived my life; only you have lived yours. This encourages me to listen to you and you to me, as we each have (by definition a unique perspective« (ebd., 170).⁹⁶ Ziel ist nicht, sich vorrangig mit sich selbst zu beschäftigen, sondern mit dem Anderen und dabei mehr und mehr Bewusstheit zu entwickeln: das heißt Distanz und Objektivität, die Fähigkeit die Dinge von verschiedenen Seiten zu betrachten (ebd., 171). Das eigene Wissen und die jeweiligen damit verbundenen Gewissheiten sollen hinterfragt werden und eine Idee davon entwickelt werden, wie Wissen zustande kommt (ebd. 174). »Cooperative argumentation«, kooperatives Argumentieren, erlaubt das gemeinsame Analysieren von Situationen über das Verstehen von anderen Positionen. Durch die Relativierung im argumentativen Gespräch verändern sich Positionen, entstehen neue Sichtweisen (ebd., 174). In solchen Prozessen findet eine permanente »kritische Transformation« (Freire) statt. Es ist nie sicher, was konkret am Ende für den jeweils Anderen herauskommt, aber zugleich liegt die Berechenbarkeit und der Gewinn des offenen Dialogs darin, dass wechselseitig die Posi-

96 Nur ich habe mein Leben gelebt; nur du hast dein Leben gelebt. Dies ermutigt mich, dir zuzuhören und dich, mir zuzuhören, weil wir (je nach unserer Definition) eine einzigartige Perspektive haben.

tionen anerkannt und vielleicht sogar erkannt werden. Wenn jemand zum Beispiel heterosexuell ist und die damit verbundenen Privilegien hat (d. h. gefahrloses Zeigen in der Öffentlichkeit; permanente kulturelle Repräsentanz in den Medien; Adoptionsrecht u. a.), dann muss diese Person sich keine Gedanken darüber machen, denn die Privilegien arbeiten für sie, weil sie sich im Rahmen der Normen bewegt. Sobald von dieser Norm abgewichen wird, treten die Machtverhältnisse und ihre diskriminierenden Effekte, stabilisiert durch die Privilegien, gegen Menschen in Aktion (Takacs 2002, 178). Es geht also darum, zu lernen und tief ins Bewusstsein hineinzunehmen, dass Privilegien Ausschluss von anderen mit sich führen und ein Interesse daran zu entwickeln, was Privilegien tatsächlich für andere bedeuten, die diese Privilegien nicht haben: »These include learning to think critically, to participate in public dialogue, to consider the rights and needs of others, to live in harmony with diverse groups of people, to act on important social issues, to be accountable for one's choices and decisions, and to work to bring about the conditions in which all individuals can develop to their fullest capacities and potential« (Hyttén 2006, 221).⁹⁷ Social Justice zu realisieren, bedeutet auch, dass die Grundrechte, wie Essen, umweltgerechtes Wohnen, Sicherheit, Kleidung u. a. für alle gleichermaßen gewährleistet sind. Dass also zum Beispiel eine Person ihre Nahrung aus Papierkörben zusammensucht, eine Person bei Aldi einkauft, eine weitere im Kaufhaus des Westens und eine dritte im Bioladen, erscheint aus einer Social Justice-Perspektive als Spiegelung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, beruhend auf der Diskriminierung der einen und der Privilegierung der anderen Gruppe. Es würde vollkommen genügen, wenn alle gleichermaßen Zugang zu schadstofffreien, unter menschenwürdigen Bedingungen produzierten Lebensmitteln hätten. Dies würde keine Einschränkung individueller Freiheit bedeuten, sondern dadurch könnte gegenseitig verantwortliches Handeln entstehen und die freien Spielräume für Vielfalt und ein gegenseitiges Sich-Erkennen und Kennen lernen. Social Justice bedeutet nämlich: »every person counts« (*»Jede Person zählt«*) (Pharr 1997, 457). Dies ist eine klare Absage an neoliberale Politik, die durch die ökonomische und kulturelle Herabsetzung von Menschen damit rechnet und dieses auch für gut befindet, dass Menschen in Elend leben und sterben.

Social Justice-Bewegungen haben zum Ziel, »Pathologien des Schweigens« (Shields 2004)⁹⁸ zu brechen und immer und überall, in privaten Beziehungen, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im Wohnort und allen anderen Orten, Diskriminierung und Ungleichheit zum Gegenstand von Gesprächen und alternativem Handeln zu

97 Das heißt auch, dass wir lernen, kritisch zu denken, uns in öffentlichen Dialogen zu engagieren, die Rechte und Bedürfnisse von anderen mit einzubeziehen, in Harmonie mit vielfältigen Gruppen von Menschen zu leben, uns für wichtige soziale Themen zu engagieren, für unsere Möglichkeiten und Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen und für Bedingungen zu arbeiten, unter denen alle Individuen ihre ganzen Kapazitäten und Potentiale entwickeln können.

98 Unter Pathologisierungen des Schweigens versteht Shields (2004, 112), wenn Differenzen zum Beispiel unter SchülerInnen als Defizite deklariert werden und die Verantwortung, die im Bildungssystem liegt, den SchülerInnen zugeschrieben wird, die wiederum dieses Denken verinnerlichen und nicht darüber reden. Zur Pathologisierung von Geschlechtsidentitäten vgl. Perko 2006.

machen. Damit wird die Selbstverständlichkeit, mit der die Verhältnisse oft akzeptiert werden, durchbrochen. Ein »Entsperren von Räumen« (Mecheril 2003, 91) eröffnet die Möglichkeit, diejenigen zu hören, die durch die Herrschaftsverhältnisse immer wieder in die Marginalität und Unsichtbarkeit gedrängt werden. Das geschieht nicht automatisch, sondern bedarf eines permanenten Engagements aus allen Räumen heraus: »Eine Politik, die Selbstbeschreibungen nicht nur zulässt, sondern vielmehr aktiv für die Vernehmbarkeit von Beschreibungen eintritt, insbesondere solcher Beschreibungen, die eine Geschichte der Nicht-Vernehmbarkeit charakterisiert, plädiert für die Schaffung von Räumen und kommunikativen Foren, in denen das affirmative und transformative Projekt der Anerkennung sich realisieren kann« (ebd.). Dabei ist die Herausforderung für Mecheril nicht, erneut Orte der Festlegung, Kategorisierung, Stereotypisierung herzustellen, sondern Orte, an denen hybride Lebensformen sichtbar werden, die letztlich in kein gesetztes Schema passen und auch nicht passen wollen. Mecheril tritt für eine »Politik der Unreinheit« ein, ein offensives Projekt der kontinuierlichen Vermischung und Nichtfestlegung von Lebensformen (vgl. auch Perko 2005, 55). Social Justice-Engagement kann und muss auf vielen Ebenen stattfinden. Wichtig ist immer die persönliche Ansprache der Menschen, das direkte In-Beziehung-Treten, die Herstellung von Dialogen in gewaltlosen Kontexten. Keinem Menschen soll das Recht abgesprochen werden, sich zu artikulieren, gehört zu werden, Resonanz im Dialog mit anderen zu finden, denn mit Hinweis auf Gandhi heißt es bei Pharr: es muss jeder Schritt zur Befreiung die Befreiung bereits einschließen. Das heißt: Emanzipationsprozesse müssen so gestaltet werden, dass Herrschaft und Ausbeutung in ihnen nicht erneut exerziert werden. Diese Ideen sind in Manchem anschlussfähig an das, was in den Sozialen Bewegungen in den Siebziger Jahren in der Bundesrepublik experimentiert und praktiziert worden ist: kollektive und autonome Formen des Arbeitens und Politik-Machens. Christoph Spehr hat in seinem Essay »Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation« (2003), Ideen für die Herstellung eines alternativen Gesellschaftsprojekts ausformuliert. Er versucht der historischen Versäumnisse der Gesellschaft, Gewalt und Ausgrenzung ausreichend verhindert zu haben, mit einem Vorschlag für die Zukunft gerecht zu werden: »Es ist die Erbsünde der demokratischen Moderne, diese Gewalt nicht prinzipiell bekämpft zu haben, sondern sich vorrangig damit zu beschäftigen, wie sie legitimiert und verregelt sein soll und wer darauf welchen Einfluss erhält. Herrschaft, die demokratisch legitimiert und ausgeübt ist, ist keine Herrschaft, so lautet das Credo (wobei es unterschiedliche Definitionen gibt, was »demokratisch legitimiert und ausgeübt« heißt). Das ist die mächtige historische Haupttendenz der demokratischen Moderne, mit der sie das Erbe älterer Herrschaftsformen antritt, wenngleich in gewandelter Form. Es gab und gibt daneben eine andere Tendenz in dieser Moderne, eine Tendenz, die Macht begrenzen will, die Herrschaft kritisiert und zurückzudrängen versucht. In dieser Tendenz ist ein Gefühl für die ungeheure Gewalt, mit der die Gesellschaft Einzelnen und Gruppen gegenübertritt, noch erhalten, und auch für die extreme Illegitimität dieser

Gewalt. Die demokratische Moderne ist jedoch weniger eine Auseinandersetzung zwischen Kräften, die sich klar diesen beiden Strömungen zuordnen ließen, als vielmehr die Geschichte einer wechselseitigen Durchdringung beider Strömungen in der Praxis von Bewegungen und Organisationen, sowie in den Ideen und Utopien einzelner und ganzer Gruppen« (Spehr 2003).

Spehr spricht in seinem Text nicht von Gerechtigkeit, sondern von einem konkreten Handeln: der freien Kooperation. Kampagnendenken und Propagieren von Ideen sind Spehr eher fremd, er setzt darauf, dass die Politik auf leisen Sohlen, in »kleinen« Gruppen daher kommen kann. Solches Denken ist wichtig und richtig und sollte in jedem politischen Handeln bedacht werden. Dennoch geht Spehrs Vorschlag in der Überlegung seiner Strategie partiell daran vorbei, was täglich an realem Elend tatsächlich produziert wird und vor allem, wie tief Herrschaft in die Gesellschaft eingelassen ist, so dass ihre Abschaffung ein deutliches Benennen und Insistieren auf dieser Benennung nahe legt. Das heißt, es bedarf wahrscheinlich auch der »großen« Formen von Aktionen und Kampagnen und einer großen Unermüdlichkeit im politischen und privaten Bereich. Denn jedes Nicht-Handeln hat unmittelbare Konsequenzen.

Es geht darum, sich diese Konsequenzen immer bewusst zu machen, sie zu artikulieren, daraus Handlungsoptionen zu entwickeln, diese zu reflektieren und an andere weiterzugeben, andere mit einzubeziehen (Harro 1997, 464). Dann werden vielleicht Studierende auf die Idee kommen, ihre Auseinandersetzungen um Studiengebühren mit Aktionen gegen Hartz IV zusammenzubringen und Engagierte gegen Hartz IV-Gesetze setzen sich für ein Bleibe- und Arbeitsrecht für Flüchtlinge ein oder Beschäftigte in Betrieben protestieren mit einem Streik gegen Rassismus und Antisemitismus oder der Christopher Street Day wird auch zu einer Aktion gegen Behindertenfeindlichkeit etc. Es gibt in Anknüpfung an vorhandene Mobilisierungsstrukturen und Aktionsformen vielfältige Möglichkeiten »die jeweils Anderen« mit einzubeziehen, sich mit Anderen zu verbünden und das zu demonstrieren, was Gudrun Perko in Anknüpfung an Hannah Arendts Freundschaftsbegriff als Baustein einer pluralen Gesellschaft formuliert:

»In diesem Sinne geht es beim Dialog im Zeichen der *philanthropia* (der Freundschaft bzw. Liebe zu den Menschen) um das Gespräch mit dem Anderen, der nicht die gleichen Erfahrungen, Erinnerungen, kulturelle Hintergründe hat, nicht die gleichen sexuellen Vorlieben mit dem Anderen teilt, der nicht nur die gleichen oder ähnliche, sondern auch unterschiedliche moralische, politische Ansichten vertritt, anders erinnert, wahrnimmt, fühlt oder denkt« (Perko 2006, 90; vgl. auch Perko 2003).

Social Justice ist also eine Variante, eine Möglichkeit Gesellschaftsveränderung als kontinuierliches Transformationsprojekt, als »Denken im Transit« (Perko 2004, 31) in Richtung einer herrschaftsfreien, kooperativen Gemeinschaft zu denken. Herrschaftsfreiheit muss allerdings auch im Hier und Jetzt konkret erfahrbar gemacht werden. Dabei muss die Aufmerksamkeit auch darauf liegen, die Zustände, die kritisiert werden, nicht erneut selbst herzustellen: »Wichtiger vielleicht noch ist, dass auch derartige tief-

greifende Strukturveränderungen nicht als Herstellen eines neuen Zustandes, etwa einer ›neuen‹ Normalität begriffen werden, sondern dass die Selbsteinfügung in eine Perspektive des pluralen Zusammenhandelns, welches das Handeln der anderen als ein begegnendes Handeln mitdenkt und grundsätzlich akzeptiert, wie es Deleuze und Guattari als ›Minoritär-Werden‹ [...] umrissen haben, sich von vorneherein von einem technokratischen bzw. herrschaftsaffirmativen Selbstmissverständnis befreit« (Wolf 2002, 38).

V Literatur

Enthält auch weiterführende Literatur, auf die im Text nicht verwiesen wurde. Verzeichnet keine Einzelbibliographien zu verschiedenen Diskriminierungsformen (vgl. Verweise in den Büchern, Zeitschriften, auf den Webseiten.)

- Addy, David Nii: Diskriminierung und Rassismus. Internationale Verpflichtungen und nationale Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit in Deutschland, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2003.
- Akçam, Dursun: Deutsches Heim-Glück allein. Alaman Ocağı. Wie Türken Deutsche sehen, Bornheim-Merten 1982.
- Adams, Hal: A grassroots think tank – linking writing and community building. In: Ayers, William/Hunt, Jean Ann/Quin, Therese (Hg.): Teaching for social justice, New York 1998, S. 81-97.
- Adams, Maurianne/Bell, Lee Anne/Griffin, Pat (Hg.): Teaching for diversity and social justice. A sourcebook, New York und London 1997.
- Adams, Maurianne/Blumenfeld, Warren J./Castaneda, Rosie u. a. (Hg.): Reading for diversity and social justice. An anthology on racism, antisemitism, sexism, heterosexism, ableism, and classism, New York und London 2000.
- Addams, Jane: Twenty Years at Hull House, Cuthogue, N.Y. 1994.
- A.G. Gender-Killer (Hg.): Antisemitismus und Geschlecht von »maskulinisierten Jüdinnen«, »effiminierten Juden« und anderen Geschlechterbildern, Münster 2005.
- Albert, Michael: Realizing hope: life beyond capitalism, New York 2006.
- Allen, Jo Beth: Class Actions. Teaching for social justice in elementary and middle school, New York 1999.
- Alinsky, Saul D.: Reveille for radicals, New York 1969.
- Amulya, Joy u. a.: Transformative Learning in Social Justice Organizations through Reflective Practice, 2003, URL: http://web.mit.edu/crcp/vitaldiff1/_resources/thoughts.htm [15.12.2005].
- Anand, Anita/Escobar, Arturo/Sen, Jai/Waterman, Peter (Hg.): Eine andere Welt. Das Weltsocialforum, Berlin 2004.
- Andrzejewski, Julia: Teaching and Learning Skills for Social Action, 1996, URL: <http://www.stcloudstate.edu/socialresponsibility/articles/teach.asp> [15.12.2005].
- Andrzejewski, Julia/Alessio, John: Education for Global Citizenship and Social Responsibility, 1998, URL: <http://www.uvm.edu/~dewey/monographs/glomono.html#> [15.12.2005].
- Antrag der Fraktion »Die Linke« zum Antidiskriminierungsgesetz, Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/370 v. 17.1.2006.
- Arndt, Susan (Hg.): AfrikaBilder – Studien zu Rassismus in Deutschland, Münster 2001.
- Aronowitz, Stanley: How class works. Power and social movements, New Haven & London 2003.
- Asbrock, Franz/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver: Diskriminierung. Folgen der Feindseligkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 156-175.
- Ayers, William/Hunt, Jean Ann/Quin, Therese (Hg.): Teaching for social justice, New York 1998.
- Bannerji, Himani: Building from Marx: Reflections on class and race. In: Social Justice, 32, H. 4, 2005, S. 144-160.
- Barone, Chuck: Extending our analysis of class oppression: bringing classism more fully into picture, o. J., URL: www.dickinson.edu/~barone/ExtendClassRGC.PDF [20.6.2006]
- Barone, Chuck: The Foundations of class and classism: www.dickinson.edu/~barone/ClassFoundations.PDF [20.6.2006].
- Barry, Brian: Why social justice matters, Cambridge 2005. Ders.: Theories of Justice 1. A Treatise on Social Justice, London u. a. 1981.
- Becker, Irene/Hauser, Richard: Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung, Berlin 2004.
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun Axeli: Arbeiterkinder gestern – Arbeiterkinder heute, Bonn 1985.

- Beger, Nico J./Franzen, Jannik/Genschel, Corinna: *Differente Bewegungen. Ein Gespräch über politische Aspekte von Transgender und anderen Bewegungen*. In: polymorph (Hg.): (K)ein Geschlecht oder viele? *Transgender in politischer Perspektive*, Berlin 2002, S. 205-240.
- Beier, Angelika u. a. (Hg.): *Alternative: Soziale Gerechtigkeit*, Hamburg 2000.
- Beilage Nr. 37 zur Wochenzeitung *Das Parlament: Ungleichheit – Ungerechtigkeit*, Sept. 2005.
- Bender, Harald: *Die Zeit der Bewegung – Strukturdynamik und Transformationsprozesse*, Frankfurt am Main 1997.
- Benz, Wolfgang: *Was ist Antisemitismus?* München 2004.
- Benz, Wolfgang: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Bd. 1-13, Frankfurt/M., Berlin 1992 ff.
- Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin, beschlossen vom Berliner Senat am 23.8.2005, Drucksache 15/4208 Berliner Abgeordnetenhaus.
- Bishop, Anne: *Becoming an Ally: Breaking the Cycle of Oppression*, Halifax 1994.
- Block, Walter: *Social Justice*, 2004, URL: <http://www.lewrockwell.com/block/block37.html> [15.12.2005]
- Boccaro, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): *Klassen und soziale Bewegungen*, Hamburg 2003, S. 7-17.
- Boucher, David/Kelly, Paul/Kelly, P.J.: *Social Justice: From Hume to Walzer*, Routledge 1998.
- Boudry, Pauline/Kuster, Brigitta/Lorenz, Renate: *Heterosexualität, Arbeit und Zuhause. Reproduktionskon-
ten fälschen!* Berlin 2004.
- Bourdieu, Pierre: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.
- Ders.: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg 1992.
- Ders.: *Sozialer Raum und »Klassen«*. *Leçon sur la leçon*. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M. 1985.
- Ders.: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M. 1982.
- Brager, George/Speccht, Harry/Torczyner, James L.: *Community Organizing*, New York 1987.
- Brand, Karl-Werner: *Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen*. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt, New York 1987, S. 30-44.
- Brandt, Richard (Hg.): *Social Justice*, Chapel Hill NC 1962.
- Brecht, Bertolt: *Werke. Stücke 3. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Frankfurt/M. 1988.
- Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried: *Demokratie braucht politische Bildung*, Bonn 2004.
- Brie, Michael/Spahr, Christoph: *Der Neoliberalismus hat einen Gegner. Linke Perspektiven nach der Bundes-
tagswahl 2005*, RLS Standpunkte 19, 2005.
- Brie, Michael: *Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin o. J.
- Brendel, Sabine: *Arbeitertöchter beißen sich durch. Bildungsbiographien und Sozialisationsbedingungen junger Frauen aus der Arbeiterschicht*, Weinheim und München 1998.
- Budde, Andrea: *Das neue Antidiskriminierungsgesetz: Fluch oder Segen?* In: *alice. Magazin der Alice-Salomon-Fachhochschule*, 10, Berlin 2005, S. 23-26.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): *Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen*, Bonn 2004.
- Butler, Judith: *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*, Frankfurt/M. 2006.
- Butler, Judith: *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt/M. 2001.
- Butler, Judith: *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M. 1991.
- Calderwood, Patricia E.: *Toward a Professional Community for Social Justice*. In: *Journal of Transformative Education* 1, 2003, Nr. 4, S. 301-320.
- Califa, Pat, Patrick Caillifia-Rice: *Sex Changes. The Politics of Transgenderism*, San Francisco 2003.
- Varela, Maria do Mar (Hg.): *Soziale (Un-)gerechtigkeit*, Münster 2005.
- Castro Varela, Maria do Mar: *Die Wiederverkehr der »Klasse«*. Deklassierung und Migration. In: *Diskus* 1, 2005.
- Chambers; Edward T./Cowan, Michael A.: *Roots for Radicals: Organizing for Power, Action and Justice*, New York 2003.
- Charlesworth, Simon: *A Phenomenology of Working-Class Experience*, Cambridge 2000.
- Clayton, Matthew/Williams, Andrew: *Social Justice*, Oxford 2004.
- Clear, Todd R./Karp, David R.: *Toward the Ideal of Community Justice*. *NIJ Journal*, Oktober 2000, URL: <http://www.ncjrs.org/pdffiles1/jr000245f.pdf> [15.12.2005].

- Collins, Patricia Hill: *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*, Boston 1990.
- Dies.: *Fighting Words: Black Women and the Search for Justice*, New York 1998
- Connell, Robert W.: *Schools and Social Justice*, Philadelphia 1993.
- Creydt, Meinhard: *Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit*, Frankfurt, New York 2000.
- Czollek, Leah Carola: *Diversity Management und seine praktische Relevanz*. In: *alice. Magazin der Alice-Salomon-Hochschule*, 10, 2005, S. 13-18.
- Czollek, Leah Carola: *Gender Mainstreaming aus queerer und interkultureller Perspektive – eine konkrete Utopie*. In: Czollek, Leah C./Perko, Gudrun: *Lust am Denken. Queeres jenseits kultureller Verortungen*, Köln 2004, S. 77-93
- Czollek, Leah Carola: *Am Anfang war das Wort. Aspekte jüdischen Dialogs und die Vielstimmigkeit von Multikulturalismus*. In: Czollek, Leah C./Perko, Gudrun: *Verständigung in finsternen Zeiten. Interkulturelle Dialoge statt »Clash of Civilizations«*, Köln 2003, S. 44-64.
- Czollek, Leah Carola/Weinbach, Heike: *Gender- und Gerechtigkeitstrainings: Machtverhältnisse begreifen und verändern*. In: Nohr, Barbara/Veth, Silke (Hg.): *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie*, Berlin 2002, S. 112-124.
- Czollek, Leah Carola: *Sehnsucht nach Israel*. In: Castro Varela, Maria do Mar u. a. (Hg.): *Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie*, Tübingen 1998, S. 39-48.
- Dalbert, Claudia: *Über den Umgang mit Ungerechtigkeit: eine psychologische Analyse*, Bern u. a. 1996.
- Davis, Angela: *Rassismus und Sexismus: Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA*, Berlin 1982.
- Deegan, Patricia E.: *Recovering our sense of value after being labeled mentally ill*. In: Adams, Maurianne/Blumenfeld, Warren J./Castaneda, Rosie u. a. (Hg.): *Reading for diversity and social justice. An anthology on racism, antisemitism, sexism, heterosexism, ableism, and classism*, New York und London 2000, S. 359-363.
- Dörre, Klaus: *Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs*. In: Bischoff, Joachim/Boccarda, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): *Klassen und soziale Bewegungen*, Hamburg 2003, S. 18-32.
- Eisenberg, Abigail: *Education and the politics of difference: Iris Young and the politics of education*. In: *Educational Philosophy and Theory*, Vol. 38, H. 1, 2006.
- Elsner Eva-Maria/Elsner, Lothar: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949-1990*, Rostock 1994.
- Enslin, Penny: *Democracy, social justice and education: feminist strategies in a globalizing world*. In: *Educational Philosophy and Theory*, Vo. 38, H. 1, 2006, S. 57-67.
- Fishkin, James S. : *The dialogue of justice: toward a self-reflective society*, New Haven, London 1992.
- Fisher, Robert: *Let the people decide. Neighborhood Organizing in America*, New York 1994.
- Fisher, William: *Another world is possible: popular alternatives to globalization at the World Social Forum*, London u. a. 2003.
- Fraser, Marina: *Classing queer. Politics in competition*. In: *Theory, Culture & Society*, 16, H.2, S. 107-131.
- Fraser, Nancy: *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 2001.
- Fraser, Nancy: »Recognition without Ethics?« In: *Theory, Culture & Society*, 18, 2001, S. 21-42.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt/M.2003.
- Freire, Paulo: *Pädagogik der Unterdrückten*, Stuttgart 1973.
- Ders.: *Politics of Education*, New York 1985.
- Ders.: *Pedagogy of the City*, New York 1993.
- Ders.: *Pedagogy of Hope*, New York 1994.
- Ders.: *Pedagogy of Freedom*, New York 1998.
- Frerichs, Petra: *Klasse und Geschlecht 1. Arbeit. Macht. Anerkennung. Interessen*, Opladen 1997.
- Frost, Jennifer: »An interracial movement of the Poor«: *Community Organizing and the New Left in the 1960s*, New York 2001.
- Garrity, Rose: *Classism: why should we care?* In: *Off Our Backs* 35, H.1, 2005, S. 22-23.
- Gecan, Michael: *Going Public. An Organizer's Guide to Citizen Action*, Blackwell N.Y. 2004.

- Genschel, Corinna: Chance für feministische Politik? RLS-Standpunkte 3, 2006.
- George, Susan: Another world is possible, New York u. a. 2004.
- Gerwitz, Sharon: Towards a contextualized analysis of social justice in education. In: Educational Philosophy and Theory, Vo. 38, H. 1, 2006, S. 69-81.
- Gesetzentwurf der Abgeordneten Olaf Scholz u. a., Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/4538 v. 16.12.2004.
- Gesetzentwurf der Abgeordneten Irmgard Schewe-Gerigk, Volker Beck (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien) Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/297 v. 19.12.2005.
- Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung, Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1780 v. 8.6.2006.
- Gibson, Rich: Paulo Freire and Pedagogy of Social Justice. In: Theory and Research in Social Education, Frühling 1999. URL: <http://www.pipeline.com/~rgibson/freireTRSSSE.htm> [15.12.2005].
- Gil, David: Confronting Injustice and Oppression: Concepts and Strategies for Social Workers, Columbia University Press 1998.
- Gilles, Val: Raising the ›meritocracy‹: Parenting and the individualization of social class. In: Sociology Vol. 39, H. 5, S. 835-853.
- Gindin, Sam: Social Justice and Globalization: Are they compatible? 2002, URL: <http://www.monthlyreview.org/0602gindin.htm> [15.12.2005].
- Giroux, Henry A.: Educated hope in an age of privatized visions. In: Cultural Studies, Vol. 2, H.1, 2002, S. 93-112.
- Goerden, Jan (Hg.): Diskriminierung – Antidiskriminierung, Berlin 1996.
- Goldthorpe, John: The economic basis of social class, London 2004.
- Goodman, Diane J.: Promoting Diversity and Social Justice. Educating People from Privileged Groups, New York 2000.
- Griffith, Morwenna: Action for Social Justice in Education; Fairly Different, Maidenhead 2003
- Groschopp, Horst: Die Arbeiterklasse schläft nicht. Anmerkungen über »Die Klassen« im Kapital, historische Arbeiterkultur und sozialen Humanismus, Berlin 2003, URL: <http://www.horst-groschopp.de/Akult.html> [15.6.2006].
- Hall, Stuart: Ausgewählte Schriften 1-4, Hamburg 2004.
- Handbook for nonviolent action: URL <http://revolution.gq.nu/classism.html> [15.6.2006].
- Hardt, Michael/Negri, Antonio: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt, New York 2004.
- Harro, Bobbie: The cycle of liberation. In: Adams, Maurianne/Blumenfeld, Warren J./Castaneda, Rosie u. a. (Hg.): Reading for diversity and social justice. An anthology on racism, antisemitism, sexism, heterosexism, ableism, and classism, New York und London 2000, S. 463-469.
- Harvey, David: ›Social Justice, Postmodernism and the City‹. In: International Journal of Urban and Regional Research, 4, 1992, S. 588-601.
- Harvey, David: Spaces of Hope, Berkeley, Los Angeles 2000.
- Hauer, Dirk/Wissmeier, Georg: Organizing is Mobilizing. Gewerkschaften auf dem Weg zu neuen Ufern. In: ak – analyse + kritik, 5, 2005, URL: http://www.akweb.de/ak_s/ak495/08.htm [15.12.2005].
- Hayek, Friedrich A. von: Law, Legislation and Liberty. A new statement of the principles of justice and political economy. Vol. 2: The Mirage of Social Justice, London und Henley 1976.
- Haywood, Terry: Working Class Feminism: Creating a Politics of Community, Connection and Concern, New York 1991.
- Heinrichs, Thomas: Freiheit und Gerechtigkeit. Philosophieren für eine neue linke Politik, Münster 2001.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/M. 2002.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/M. 2003.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt/M. 2005.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/M. 2006.
- Hirsch, Joachim: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg 2002.

- Holloway, John: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2004.
- Holzkamp, Ute: Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projektes Rassismus/Diskriminierung, Berlin 1996.
- Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung: zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/M. 2003.
- hooks, bell: Where we stand. Class matters, New York 2000.
- hooks, bell: Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht, Berlin 1996.
- hooks, bell: Teaching to Transgress: Education as the Practice of Freedom, New York 1994.
- Hopfmann, Arndt: Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch. In: UTOPIE kreativ, H. 150, 4, 2003, S. 356-364.
- Hoppner, Mary J./Scott, Anne B.: From whence we came: The role of social class in our families of origin. In: The Counseling Psychologist, 32, H.4, 2004, S. 596-602.
- Hospers, John: Justice versus social justice, 2001, URL: http://www.libertyforum.org/showflat.php?Cat=&Board=news_libertarian&Number=293970131 [15.12.2005].
- Hügel, Ika/Lange, Chris/Ayim, Maya/Bubeck, Ilona/Aktas, Gülsan/Schultz, Dagmar: Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin 1993.
- Hyland, Nora E./Nofke, Susan E.: Understanding Diversity Through Social and Community Inquiry. An Action-Research Study. In: Journal of Teacher Education, 56, Nr. 4, 2005, S. 367-381.
- Hytten, Kathy: Education for social justice: provocations and challenges. In: Educational Theory, Vol. 56, H. 2, 2006, S. 221-236.
- James, William: The Writings of William James. A comprehensive edition, hg. v. John J.Dermoot, Chicago, London 1977.
- Jasper, Dirk: Ausländerbeschäftigung in der DDR. In: Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster, New York 1991, S. 151-190.
- Kerling, Wolfgang: Theorien sozialer Gerechtigkeit, Stuttgart 2000.
- Kitschell, Herbert: Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA. Strategien gesellschaftlichen Wandels und »American Exceptionalism«. In: Branch, Karl-Werner: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt, New York 1985.
- Kitching, Gavin: Seeking social justice through globalization: escaping a nationalist perspective, University Park, Pennsylvania 2001.
- Kivel, Paul: Are you mentoring for Social Justice? 1985, URL: <http://www.colours.mahost.org/articles/kivel.html> [15.12.2005].
- Kliksberg, Bernado: Social justice: a Jewish perspective, Jerusalem u. a. 2003.
- Klein, Dieter/Wuttke, Michael: Gerechtigkeit – Maß für alternative Reformen. RLS Standpunkte 5, 2004.
- Klein, Dieter (Hg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003.
- Kohlberg, Lawrence: Der »Just-Community«-Ansatz der Moralerziehung in Theorie und Praxis. In: Oser, Fritz/Farke, Reinhard/Öffe, Otfried (Hg.): Transformation und Entwicklung. Grundlagen der Moralerziehung, Frankfurt/M. 1986, S. 21-56.
- Kroker-Stille, Sabine: Berlin setzt auf interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Antidiskriminierung. In: alice. Magazin der Alice-Salomon-Fachhochschule, 10, Berlin 2005, S. 20-23.
- Kronauer, M.: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M. 1993.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas: Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 179-188.
- Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster, New York 1991.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London 1985.
- Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Interkulturelle und antirassistische Trainings – aber wie? Konzepte, Qualitätskriterien und Evaluationsmöglichkeiten, Tagungsdokumentation, Solingen 2001.
- Lebenslagen in Deutschland 2005: 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

- Lehmann, Karsten: Migrantenvereine in einer ostdeutschen Industriestadt: Zu den Strukturen des Integrationsprozesses in den Neuen Bundesländern. In: Fludernik, Monika/Gehrke, Hans-Joachim (Hg.): Normen, Ausgrenzungen, Hybridisierungen und ›Acts of Identity‹, Würzburg 2004, S. 169-188.
- Leitner, Egon: Schutz & Gegenwehr. Menschenleben und Widerstandswissen von Hesiod bis Bourdieu, Wien 2002.
- Liebig, Stefan: Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung: zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven, Frankfurt/M. u. a. 2002.
- Lind, E. Allan: Social Conflict and Social Justice, 1995, URL: <http://www.duke.edu/~alind/INAUG.html> [15.12.2005].
- Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus, Opladen 1999.
- Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut: ›Normalität‹ im Diskursnetz soziologischer Begriffe, Heidelberg 2003.
- Liu William Ming/Soleck, Geoffrey/Hopps, Joshua/Dunston, Kwesi/Pickett, Theodore Jr.: A new framework to understand social class in counseling: the social class worldview model and modern classism. In: Journal of Multicultural Counseling and Development, 32, April 2004, S. 95-122.
- Loberfeld, Barry: Code for Communism, 2004, URL: <http://www.frontpagemag.com/Articles/Printable.asp?ID=12384> [15.12.2005].
- Lund, Brian: Understanding State Welfare. Social Justice or Social Exclusion?, Manchester 2002
- Mahony, Pat/Hextall, Ian: Sounds of Silence: the social justice agenda of the teacher training. In: International Studies in Sociology of Education 7, Nr.2, 1997, URL: http://www.triangle.co.uk/iss/content/pdfs/7/issue7_2.asp [15.12.2005].
- Maihofer, Andrea: Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz, Frankfurt/M. 1995.
- Maina, Faith: The Practice of Teaching for Social Justice: Perspectives from an Education Research Course, 2002, URL: http://radicalpedagogy.icaap.org/content/issue4_2/05_maina.html [15.12.2005].
- Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten/Hüpping, Sandra: Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 39-66.
- Markefka, Manfred: Vorurteile – Minderheiten – Diskriminierung. Ein Beitrag zum Verständnis sozialer Gegensätze, Hamburg 1995.
- Mecheril, Paul/Rosenstreich, Gabriele: »Diversity« als soziale Praxis. Programmatische Ansprüche und ihre Instrumentalisierung. in: alice. Magazin der Alice-Salomon-Fachhochschule, 10, Berlin 2005, S. 18-20.
- Mecheril, Paul: Politik der Unreinheit. Ein Essay über die Hybridität, Wien 2003.
- Merkel, Wolfgang/Krück, Mirko: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Auf der Suche nach dem Zusammenhang. URL: <http://library.fes.de/fulltext/id/01706.htm> [15.12.2005].
- Meulenbelt, Anja: Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Hamburg 1988.
- Meyer, Thomas: Gerechtigkeit als Grundwert der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, URL: http://www.fes-online-akademie.de/index.php?&scr=txt&mode=detail&t_id=100 [15.12.2005].
- Meyer, Thomas (Hg.): Zivilgesellschaft und Gerechtigkeit, Bochum 2004.
- Michie, Gregory: Holler, if you hear me. The education of a teacher & his students, New York und London 1999.
- Mier, Robert: Social Justice and Local Development Policy, New York 1993.
- Mill, John Stuart: On Utilitarianism, Oxford 1998.
- Milner, Andrew: Change or charity?, 2003, URL: <http://www.allavida.org/alliance/sept03b.html> [15.12.2005].
- Mitchell, Don: The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space, New York 2003.
- MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT, DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN der Tätigkeiten der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Vorschläge zur Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1035/97 des Rates Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Neufassung), Brüssel v. 5.8.2003.
- Mohl, Alexa: Die neuen sozialen Bewegungen. Eine Formanalyse ihrer emanzipatorischen Praxis, Frankfurt, New York 1992.

- Mondros, Jacqueline/Wilson, Scott M.: *Organizing for Power and Empowerment*, New York, Chichester, West Sussex 1994.
- Moon, Dreama G./Rolison, Garry L.: *Communication of classism*. In: Green, Jonathan (Hg.): *Words apart. The language of prejudice*, London 1996, S. 122-138.
- Morris, Teresa: *Just Practice: A Social Justice Approach to Social Work*, California State University.
- Naples, Nancy A.: *Community Activism and Feminist Politics: Organizing across Race, Class, and Gender*, New York 1998.
- Dies./Desai, Manisha: *Women's Activism and Globalization: Linking Lokal Struggles and Transnational Politics*, New York 2002.
- Nastola, Edgar: *Individuelle Freiheit und staatliche Reglementierung. Lesben und Schwule in der DDR*, Marburg 1999.
- Netzwerk Gender Training (Hg.): *Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training*, Königstein/Taunus 2004.
- Nickel, Rainer: *Gleichheit und Differenz in der vielfältigen Republik – Plädoyer für ein erweitertes Antidiskriminierungsrecht*, Baden-Baden 1999.
- Novak, Michael: *Defining Social Justice*, 2000. URL: <http://www.firstthings.com/ftissues/ft0012/opinion/novak.htm> [15.12.2005].
- Nussbaum, Martha: *Hiding from humanity: disgust, shame, and the law*, Princeton, N.Y. 2004.
- Dies.: *Sex and Social Justice*, Oxford 2000.
- Dies.: *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt/M. 1999.
- O'Connor, Brendan: *A Political History of the American Welfare System. When Ideas have consequences*, Lanham, Boulder u. a. 2004.
- Osterkamp, Ute: *Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projektes Rassismus/Diskriminierung*, Hamburg 1996.
- Otis, Melanie D.: *One community's path to greater social justice: building on earlier successes*. In: Padilla, Yolanda C. (Hg.): *Gay and lesbian rights organizing. Community-based strategies*, Binghampton, N.Y. 2004, S. 17-34.
- Padilla, Yolanda C. (Hg.): *Gay and lesbian rights organizing. Community-based strategies*, Binghampton, N.Y. 2004.
- Palaversich, Diana: *The wounded body of proletarian homosexuality in Pedro Lemebel's loco afán*. In: *Latin American Perspectives*, 123, 29, H.2, März 2002, S. 99-118.
- Perko, Gudrun: *Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens*, Köln 2005.
- Perko, Gudrun: *Respektvolle Umgänge. Über den Dialog, die Idee des Dialogischen und die Rolle der Imagination – von Sokrates zu Arendt und Castoriadis*. In: Czollek, Leah/Perko, Gudrun: *Verständigung in finsternen Zeiten. Interkulturelle Dialoge statt »Clash of Civilizations«*, Köln 2003, S. 14-43.
- Perko, Gudrun: *Denken im Transit – ein Entwurf: Über das Ethos der Anerkennung, die Politik der Autonomie und Dimensionen der Magmalogik als transformative Erweiterung von Queer*. In: Czollek, Leah C./Perko, Gudrun: *Lust am Denken. Queeres jenseits kultureller Verortungen*, Köln 2004, S. 30-53.
- Pendlebury, Shirley: *Social Justice, Inclusion and Education: Changing Roles for School Principals*, 2005, URL: http://www.icponline.org/icp_sections/convention/conv_7/papers/S_Pendlebury_final_edit_July2005.pdf [15.12.2005].
- Peters, Sybille/Bensel, Norbert (Hg.): *Frauen und Männer im Management. Diversity in Diskurs und Praxis*, Wiesbaden 2002.
- Peterson, Bob/Charney, Michael: *Transforming teaching unions. Fighting for better schools and social justice*, Milwaukee 1999.
- Pharr, Suzanne: *Reflections on liberation*. In: Adams, Maurianne/Blumenfeld, Warren J./Castaneda, Rosie u. a. (Hg.): *Reading for diversity and social justice. An anthology on racism, antisemitism, sexism, heterosexism, ableism, and classism*, New York und London 2000, S. 450-457.
- Pilgrim, Daniel/Friedrich, Robert: *Arbeitslosigkeit und Diskriminierung*, unveröff. Diplomarbeit, Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin 2006.

- Preuss, Roland: Vom Verbot zur Mogelpackung. Wie Lobbyisten, Medien und Parteien das Gesetz gegen Diskriminierung zerrieben haben. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 263-271
- Projet Medis (Mesure des discriminations), Vergleichende Studie über die Sammlung von Daten mit dem Ziel der Bemessung des Ausmaßes und der Auswirkung von Diskriminierung in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Großbritannien und den Niederlanden, hg. von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Luxemburg 2004.
- Plener, Ulla: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000). In: UTOPIE kreativ, H. 127, Nr.5, 2001, S. 441-456.
- Quinn, Therese: On a mission – Hazel Johnson and Marivn Garcia. In: Ayers, William/Hunt, Jean Ann/Quin, Therese (Hg.): Teaching for social justice, New York 1998, S. 135-149.
- Q-Courage: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Ausgabe 1, Dezember 2005, Berlin. URL: <http://www.schule-ohne-rassismus.org> [15.12.2005].
- Rademacher, Claudia/Wiechens, Peter (Hg.): Geschlecht – Ethnizität – Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz, Opladen 2001.
- Rätz-Heinisch, Regina: Zur Rolle Sozialer Arbeit in der Bürgergesellschaft. In: sozialextra 7/8, 2005, S. 44-48.
- Räthzel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus, Hamburg 2000.
- Räthzel, Nora/Ükij, Sarica: Arbeitsmarkt und Diskriminierung. Das Beispiel Hamburg, Berlin 1994.
- Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt, New York 1987.
- Rauscher, Anton (Hg.): Soziale Gerechtigkeit, Köln 2002.
- Rawls, John: A Theory of Justice, Cambridge, Mass. 1971.
- Reason, Robert D. u. a. (Hg.): Developing social justice allies, San Francisco 2005.
- Reimesch, Christian: Vergessene Opfer des Nationalsozialismus. Zur Entschädigung von Homosexuellen, Kriegsdienstverweigerern, Sinti und Roma und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2003.
- Report der International Labour Conference 2004: Organizing for Social Justice. Global Report under the Follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights on Work, URL: <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc92/pdf/rep-i-b.pdf> [15.12.2005].
- Reuter, Niklas/Makkonen, Timo/Oosi, Oli: Study on Data Collection to measure the extent and impact of discrimination in Europe, EU-Final Report v. 7.12.2004.
- Riddell, Sheila/Tinklin, Teresa/Wilson, Alastair: New Labour, Social Justice, and disabled students in higher education. In: British Educational Research Journal, 31, Nr.5, 2005, S. 623-643.
- Ristock, Janice L. /Taylor, Catherine: Inside the Academy and Out: Lesbian – Gay – Queer Studies and Social Action, Toronto 1998.
- Ritsert, Jürgen: Soziale Klassen, Münster 1998.
- Rohleder, Christiane: Zwischen Integration und Heimatlosigkeit. Arbeitertöchter in Lehramt und Arztberuf, Münster 1997.
- Rommelspacher, Birgit: Gender, race, class. In: sozialextra 7/8, 2005, S. 26-29.
- Rommelspacher, Birgit: Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt/M., New York 2002.
- Rommelspacher, Birgit: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995.
- Rorty, Richard: Philosophy and social hope, London 1999.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt, New York 1987.
- Roth, Roland: Kommunikationsstrukturen und Vernetzungen in neuen sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt, New York 1987, S. 68-88.
- Rose, Fred: Coalitions across the class divide. Lessons from the Labor, Peace and Environmental Movements, Ithaca, London 2000.
- Rubin, Herbert J./Rubin, Irene: Community Organizing & Development, Columbus, Toronto u. a. 1986.

- Sassoon, Donald: *One Hundred Years of Socialism*, London 1997.
- Savage, Mike: Working-class identities in the 1960s: Revisiting the affluent worker study. In: *Sociology*, Vol. 39, H.5, S. 929-946.
- Schabedoth, Hans-Joachim (Hg.): *Vorrang für Arbeit und soziale Gerechtigkeit*, Marburg 2002.
- Schuch, Jane: Über einen ausstehenden Dialog: Sinti und Roma in Deutschland. In: *Czollek/Perko* 2003, S. 93-110.
- Scrase, Timothy J.: *Social Justice and Third World Education*, New York und London 1997.
- Seidl, Claudius: Wir hier oben. Die Berliner Republik hat Angst vor Berlin. In: *Frankfurter Allgemeiner Zeitung* v. 22.1.2006, S. 22.
- Sepehri, Paivand/Wagner, Dieter: Diversity und Managing Diversity. In: Peters, Sibylle/Bensel, Norbert (Hg.): *Frauen und Männer im Management. Diversity in Diskurs und Praxis*, Wiesbaden 2002, S. 121-142.
- Shields, Carolyn M.: Dialogic Leadership for Social Justice: Overcoming Pathologies of Silence. In: *Educational Administration Quarterly*, 40, Nr. 1, 2004, S. 109-132.
- Shiman, David: *Economic and Social Justice. A Human Rights Perspective*,
URL: <http://www1.umn.edu/humanrts/edumat/hreduseries/tb1b/> [15.12.2005].
- Shragge, Eric: *Activism and Social Change, Lessons for Community and Local Organizing*, Toronto 2003.
- Sillge, Ursula: *Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR*, Berlin 1991.
- Skeggs, Bev: The making of class and gender through visualizing moral subject formation. In: *Sociology* Vol. 39, H.5, London 2005, S. 965-982.
- Skeggs, Bev: *Class, self, culture*, London 2004.
- Slater, Judith/Fain, Stephen M./Rosatto, Cesar A.: *The freirean legacy: educating for social justice*, New York, Bern 2002.
- Smith, Iain Duncan/Santorun, Rick: Let's deploy ›Little Platoons‹. A conservative version of social justice, Sept. 2005,
URL: <http://accessible.iainduncansmith.org/record.jsp?type=article&ID=41> [15.12.2005].
- Smock, Kristina: *Democracy in action. Community Organizing and urban change*, New York, Chichester, West Sussex 2004.
- Spehr, Christoph / Rilling, Rainer: *Guten Morgen, Gespenst! Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts. Standpunkte 8*, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005
- Spehr, Christoph: *Bewegung, Strömung, Partei, Annäherungen an eine Form des Politischen – Schlussfolgerungen für linke Perspektiven heute*, Berlin o. J., Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2004, URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3501> [15.6.2006]
- Spehr, Christoph: *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Berlin 2003.
- Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación(Hg.): *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und post-koloniale Kritik*, Münster 2003.
- Stout, Linda: *Bridging the class divide. And other lessons for grassroots organizing*, Boston 1996.
- Social Justice. Annual Report 2002, hg. von Scottish Executive, Social Inclusion Division.
URL: <http://www.scotland.gov.uk/library5/social/emsjm-00.as> [15.12.2005].
- Social Justice Report 2004 hg. von der Ministerin für »Social Justice und Regeneration« in Wales,
URL: <http://www.wales.gov.uk/themessocialdeprivation/content/soc-just-report-2004-e.pdf> [15.12.2005].
- Social Justice Grantmaking: A Report on Foundation Trends, 2005, URL: http://www.fdncenter.org/research/trends_analysis/pdf/socialjustice.pdf [15.12.2005].
- Stamm, Karl-Heinz: *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegung*, Frankfurt, New York 1988.
- Sturman, Andrew: *Social Justice in education*, Melbourne 1997.
- Swartz, Omar: *On Social Justice and Political Struggle*, 2004, URL: <http://human-nature.com/nibbs/04/swartz.html> [15.12.2005].
- Takacs, David: Positionality, Epistemology, and Social Justice in the Classroom. In: *Social Justice* 29, H. 4, 2002, S. 168-181.
- Tandon, Yash: Globale Herrschaft und Gerechtigkeit. In: *UTOPIE kreativ*, H. 136 Februar 2002, S. 156-169.
- Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt/M. 1997.

- Thompson, Neil: Anti-discriminatory practice, London 1993.
- Thrupp, Martin/Tomlinson, Sally: Introduction: education policy, social justice and ›complex hope‹. In: British Educational Research Journal, Vol. 31, Nr. 5, Oktober 2005, S. 549-556.
- Thürmer-Rohr, Christina: Feminismus und kulturelle Verschiedenheit. In: Quer denken, lesen, schreiben, Nr.07, Berlin 2003, Alice-Salomon-Fachhochschule.
- Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000.
- Tobol, Amy Ruth: Integrating Social Justice Values into the Teaching of Legal Research and Writing: Reflections from the Field. In: Cooper, Jeremy/Trubek, Louise G.: Justice: Social Values and Legal Education, Aldershot u. a. 1997, S. 88-106.
- Tyler, Tom/Smith, Heather J.: Social Justice and Social Movements, 1995,
URL: <http://repositories.cdlib.org/iir/iirwps/iirwps-061-95/> [15.12.2005].
- Vester, Michael: Schiefen sozialer Gerechtigkeit. In: spw – sozialistische politik und wirtschaft, 2003,
URL: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=889> [19.12.2005].
- Vester, Michael/Gardemin, Daniel: Milieu und Klassenstruktur. Auflösung, Kontinuität oder Wandel der Klassengesellschaft? In: Rademacher, Claudia/Wiechens, Peter (Hg.): Geschlecht – Ethnizität – Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz, Opladen 2001, S. 219-274.
- Wahbi, Samantha: Community organizing against homophobia and heterosexism. A word through rainbow-colored glasses, New York, London, Oxford 2004.
- Walker, Melanie: Framing social justice in education: what does the ›capabilities‹ approach offer? In: British Journal of Educational Studies, Vo. 51, Nr. 2, Juni 2003, S. 168-187.
- Wander, Maxie: »Guten Morgen, du Schöne«. Frauen in der DDR. Darmstadt 1988.
- Walzer, Michael: Spheres of Justice: a defence of pluralism and equality, New York 1983.
- Wardenbach, Klaus: Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Der World Summit in Johannesburg. In: UTOPIE kreativ, H. 153/154, Nr. 7/8, 2003, S. 666-669.
- Wasel, Wolfgang: Wir können auch anders. Willentliche Kontrolle stereotypen Denkens, Frankfurt, Berlin u. a. 1998.
- Watts, Nicolas S. J.: Mobilisierungspotential und gesellschaftliche Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen. Ein Vergleich der Länder der europäischen Gemeinschaft. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt, New York 1987, S. 47-67.
- Weinbach, Heike: »Anarchism is as Philosophy« – Emma Goldman als Philosophin. In: Heinrichs, Thomas/Weinbach, Heike/Wolf, Frieder O. (Hg.): Die Tätigkeit der PhilosophInnen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster 2003, S. 178-187.
- Weinbach, Heike: Der Traum vom humanitären Raum – Jane Addams' Hull House. In: QUER – lesen, denken, schreiben, hg. v. Frauenrat und der Frauenbeauftragten der Alice-Salomon-Fachhochschule, Nr. 08, 2003, S. 9–14.
- Weisskopf, Thomas E.: Affirmative Action in the United States and India, London und New York 2004.
- Westheimer, Joel/Kahne, Joseph: Education for Action: Preparing youth for participatory democracy. In: Ayers, William/Hunt, Jean Ann/Quin, Therese (Hg.): Teaching for social justice, New York 1998, S. 1-20.
- Whyte, William Foote: Participatory Action Research, New York 1991.
- William, James: A World of pure experience. In: McDermott, John J. (Hg.): The Writings of William James. A comprehensive edition, Chicago und London 1977, S. 194-213.
- Williams Chizhik, Estella/Williams Chizhik, Alexander: Are you Privileged or Oppressed? Students' Conceptions of Themselves and Others. In: Urban Education, 40, Nr. 2, 2005, S. 116-143.
- Wolf, Frieder Otto: Soziale Gerechtigkeit. Warum ein durchaus zweideutiger Begriff nicht fallen gelassen werden sollte. In: Forum Wissenschaft 4, 2003.
- Wolf, Frieder Otto: Radikale Philosophie, Münster 2002.
- World Social Forum Charter of Principles: URL: <http://www.wsfindia.org/charter.php> [15.12.2005].
- Wright, Erik Olin: Social class University of Wisconsin, Madison 2003,
URL: <http://www.ssc.wisc.edu/~wright/> [15.6.2006].
- Wright, Erik Olin: Foundations of class analysis, University of Wisconsin, Madison 1999,
URL: <http://www.ssc.wisc.edu/~wright/> [15.6.2006].
- Wright, Erik Olin: Classes, London 1985.

- Young, Iris Marion: *Justice and the Politics of Difference*, Princeton, NJ. 1990.
- Young, Iris Marion: *Inclusion and Democracy*, Oxford 2000.
- Zademach, Wieland: Leistungsdenken oder soziale Gerechtigkeit. Haben die Kirchen ihre soziale Sprache verloren? In: *Utopie Kreativ*, 10, 2003, S. 939-948.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate: Politische Mitte. Normal feindselig. In: Heitmeyer, Wilhelm Hg.): *Deutsche Zustände*, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 115-134.
- Zuckermann, Moshe (Hg.): *Zwischen Politik und Kultur. Juden in der DDR*, Göttingen 2002.

Social Justice-Zeitschriften

- Blueprint for Social Justice der Loyola Universität New Orleans: Kleine Zeitschrift online, kostenlos mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Social Justice, URL: <http://www.loyno.edu/twomey/blueprint/> [15.12.2005]
- LGD (Law, Social Justice and Global Development), URL: <http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/law/elj/lgd/> [15.12.2005]
- Critical Social Work: An interdisciplinary journal dedicated to social justice, School of Social Work, University of Windsor, Canada, URL: <http://www.criticalsocialwork.com/> [15.12.2005]
- Encounter: Education for Meaning and Social Justice, Brandon, URL: <https://great-ideas.org/enc.htm> [15.12.2005]
- Peace Review – A journal of social justice, URL: <http://www.tandf.co.uk/journals/titles/10402659.asp> [15.12.2005]
- Social Justice. A Journal of crime, conflict and world order, URL: <http://www.socialjusticejournal.org/> [15.12.2005]
- Social Justice Research – Zeitschrift der *International Society for Justice Research*, URL: <http://www.social-justicejournal.org/> [15.12.2005]
- Education, Citizenship and Social Justice. Neue britische Zeitschrift, erscheint seit 2006, URL: <http://www.sagepub.co.uk/journal.aspx?pid=106981> [15.7.2005]

VI. Anhänge: Internetressourcen zu Antidiskriminierungsarbeit, Social Justice und Klassismus

Anhang 1: Übersicht über Institutionen/Projekte in der Bundesrepublik

Europäische Union, Antidiskriminierungsseiten; Bereitstellung von umfangreichem Material zu allen Diskriminierungsbereichen, Links, Ausschreibungen, Handreichungen, pädagogisches-politisches Material: http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/index_de.htm

Europäische Union: Kampagne: »Respect«. For Diversity and Against Discrimination, Antidiskriminierungskampagnen am Arbeitsplatz. Bereitstellung von Info- und Kampagnenmaterialien: <http://www.stop-discrimination.info/>

<http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/plenarprotokolle/16012.html>

Jüngste Debatte zum Antidiskriminierungsgesetz im Bundestag

Aktion Courage: fordert und fördert die gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung von Menschen ausländischer Herkunft.

<http://www.aktioncourage.org/>

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; dürftige Seiten mit Schwerpunkt Migration, dürftige Infos: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Beauftragte-fuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html>

Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle der Landeshauptstadt München, Erfassung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Bezug auf Grundgesetz Artikel 3 / 3: <http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/antidiskriminierung/148634/>

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt: wurde im Jahr 2000 am 23. Mai – dem Tag des Grundgesetzes – gegründet. Es bündelt alle Kräfte, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden. Über 1.300 Gruppen aller Art oder Einzelpersonen haben sich bisher zur Mitarbeit bereit erklärt, wollen Ideen und Vorschläge einbringen oder auf schon unternommene Aktivitäten hinweisen: <http://www.buendnis-toleranz.de/>

Deutsches Institut für Menschenrechte, Forschung, Beratung, Bildung mit Bezug auf die existierenden Menschenrechtsdeklarationen und Richtlinien, übergreifender Diskriminierungsansatz: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>

DGB-Bildungswerk. Der Bereich Migration & Qualifizierung ist ein Arbeitsbereich im Bildungswerk des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit einem interdisziplinären, mehrsprachigen Team entwickeln wir arbeitsweltbezogene Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote für gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren: <http://www.migration-online.de>

Diversityseiten der Heinrich-Böll-Stiftung, sehr wirtschaftsorientiert, mehr Diversity als Antidiskriminierungsarbeit: <http://www.diversity-boell.de/>

Lesben – und Schwulenverband Deutschlands: <http://typo3.lsvd.de/>

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: <http://www.diss-duisburg.de/>

Hagalil: Jüdische Informationsseiten zu Antidiskriminierungsfeldern, jüdische Kultur, Antisemitismus: <http://www.hagalil.com/>

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung

gute Informationen über unterschiedliche Trainingsangebote im Antidiskriminierungsfeld: <http://www.ida-ev.de/index.htm>

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/>

Internationale Liga für Menschenrechte: <http://www.ilmr.de/>

Landesregierung Brandenburg: Dürftige Seiten des Landes Brandenburg, Bezug und Grundlage: Verfassung von Brandenburg: <http://www.antidiskriminierung-brandenburg.de/>

Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule

Die Regionalen Arbeitsstellen sind Einrichtungen der Jugendhilfe und pädagogische Heimat für engagierte Lehrer und Lehrerinnen. Sie unterstützen und tragen die verschiedenen interkulturellen Projekte in Schulen und das Schulumfeld. Die RAA entwickeln dazu Materialien, organisieren Fortbildungen, beraten, begleiten und bieten weitere Dienstleistungen an. Außerdem werden eigene innovative Projekte durchgeführt: <http://www.raa-berlin.de>

Senatsleitstelle Berlin gegen Diskriminierung aus ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen
<http://www.berlin.de/sengsv/auslb/leitstelle.html>

Projekt Lesbengeschichte <http://www.lesbengeschichte.de>

Integrationswerkstatt »RESPEKT«, gemeinnützige GmbH: <http://www.respekt-berlin.de/>

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin mit Kooperationspartner/innen: Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (Trägerschaft und Federführung), Deutsch-Arabischer-Frauenverein, Vietnam-Haus, Deutsch-Serbische Gesellschaft, Eine Welt der Vielfalt,

Griechisch-Demokratischen-Gemeinde, Antirassistisches Informationszentrum, Vereinigung von Türken aus Thrazien, KomBi, Werkstatt der Kulturen: <http://www.adnb.de/index.php>

Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung: <http://www.ibisev.de>

Zentrum für Demokratische Kultur: <http://www.zdk-berlin.de/>

Anhang 2: Social Justice: Institutionen, Organisationen und Ressourcen

Im Folgenden werden nur Institutionen und Organisationen sowie Ressourcen berücksichtigt, die sich auf Social Justice im in Kapitel 2 beschriebenen Sinne beziehen. Es werden nur solche Ressourcen dargestellt, die übergreifenden Charakter haben: auf den jeweiligen Webseiten befinden sich hingegen viele Links zu Teil- und Einzelprojekten, also zu Social Justice bezogenen Aktivitäten.

Kommunale und Politische Projekte

ARISE for Social Justice: <http://www.angelfire.com/ma4/arise/> Organisation, die sich für Rechte von Geringverdienenden einsetzt und gegen Unterdrückung.

The New Jersey Institute for Social Justice: <http://www.njisj.org> Institut für Stadtforschung und Organisation zur Unterstützung der Herstellung von Gleichheit in folgenden Feldern: ökonomische Chancen, Regionale Gleichheit, Finanzielle Verantwortlichkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Auch ein Programm zur Integration von ehemaligen Inhaftierten (psychiatrisch erkrankten TäterInnen in die Kommune).

The Center for Community Change: <http://www.communitychange.org> Versteht sich als eine fortschrittliche »social justice organization«, in deren Mittelpunkt die Unterstützung von einer oder mehreren Bewegungen, die sich für ökonomische Gerechtigkeit und Social Justice einsetzen. Ziel ist auch die politischen Debatten in den USA wie auch die Institutionen zu transformieren, insbesondere hinsichtlich ihrer Effekte auf ArbeiterInnen und Arme, auch unter Berücksichtigung von Rassismus und Klassismus. Rückgriff und Entwicklung einer Vielfalt von Organisationsformen und Kampagnen, Schwerpunkt auf der Organisation von Grassroot-Initiativen.

The Center for Third World Organizing: <http://www.ctwo.org> Schwerpunkt auf dem Ziel »racial justice« und der Organisierung von »people of color« und Bildung von Allianzen (»multi-racial community organizations«). Ziel: Herstellung von aktiver Partizipation und Einbeziehung in Entscheidungsprozesse, ökonomische Gerechtigkeit und social justice. Community Action Trainings für Organizers, Organisation von Bewegungen und Kampagnen.

DART Netzwerk (Direkt Action and Research Training Network): <http://www.thedartcenter.org/> Grassroots-Netzwerk, mit Community Organizing Schwerpunkt. Inhalte u. a.: Bildungsreform, gerechte Migrationspolitik, Jobtrainingsprogramme und viele andere Schwerpunkte. Organizerausbildung.

California Center for Civic Participation and Youth Development: <http://www.californiacenter.org/>
 Organisiert Aktionen für die Durchsetzung der Interessen von Jugendlichen.

ED Change: <http://www.edchange.org>

Organisation arbeitet mit Schulen und Kommunen zusammen, um Diversity, Gleichheit und Gerechtigkeit zu entwickeln. Es geht um die vollständige Herstellung von gleichen Möglichkeiten für alle, unabhängig ihrer Zugehörigkeiten (sexuelle Orientierung, race, gender, Klasse, Sprache, Religion, körperliche Befindlichkeiten). Organisation bietet Trainings an, Beratung, Organisationsentwicklung. Verkaufsshop mit Social Justice-Materialien und auf der Webseite sind Social Justice-Reden abrufbar.

Ohio Center for Social Justice: <http://www.hometown.aol.com/ohiocsj/> Schwerpunkt auf Rassismus und Homosexismus, Unterstützung von Familien, Transgender, Schwulen, Lesben, etc. damit sie Kinder adoptieren oder in Pflege nehmen können.

SOME (So Others Might Eat): <http://www.some.org> Organizing gegen Armut und Obdachlosigkeit. Social Justice und Antidiskriminierungsarbeit, Soziale Arbeit.

Social Justice Center Madison, Wisconsin: <http://www.socialjusticecenter.org> Non-Profit Center mit unterschiedlichen Schwerpunkten, z. B. Organizing im Bereich Gesundheit oder Demokratisierung.

Public Eye. Center for Democratic Renewal: <http://www.publiceye.org>

Communitybasierte Koalition, die sich gegen Aktivitäten von sogenannten Hassgruppen richtet. Material und Ressourcen insbesondere für den Umgang mit »hate groups«.

metro Network for social justice, Toronto: <http://www.mnsj.org> Schwerpunkt auf Verbindung von ökonomischer Gerechtigkeit und Social Justice: Budgetingskampagnen, Privatisierungsthemen u.ä.

Midwestacademy: <http://www.midwestacademy.com>

Community Organizing, direkte Aktion, Ausbildung und Organisierung von Kampagnen

The Nashville Peace and Justice Center (NPJC): <http://www.nashvillepeacejustice.org>

Organizing: Ausbildung und Kampagnen gegen Unterdrückung; Verbindung von lokalen und globalen Themen.

Youth Action: <http://www.youthaction.net/>

Gesellschaftlichen Wandel durch die Organisierung von Jugendlichen herstellen; Schwerpunkt auch Transgender, Lesben, Schwule etc.

Alliance for Justice: <http://www.allianceforjustice.org>

Schwerpunkte: BürgerInnenrechte, Soziale Arbeit und Organizing in den Bereichen: Gesundheit, Frauen, Kinder, Konsumenten.

Freechildproject: <http://www.freechild.org>

Organisierung von Jugendlichen gegen Jugenddiskriminierungen (Ephebiphobia). Viele Links zu anderen Jugendaktivierungsseiten zu einer Vielfalt von Themen: Transgender, Queer, clean clothes u. a.

SouthWest Organizing Project: <http://www.swop.net/>

Verschiedene Organizing Projekte: Kampagnen fürs Wählen; Verbindung von Umwelt und ökonomischer Gerechtigkeit, Antirassistische und Genderarbeit.

Jobs with Justice: <http://www.jwj.org/index.htm>

Setzt sich für die Interessen von ArbeitnehmerInnen ein, Verbindung von ökonomischer Gerechtigkeit und Social Justice; Organizing und Kampagnen. Shop mit Kampagnenmaterialien

The Association of Community Organizations for Reform (ACORN): <http://www.acorn.org>

Größte gewerkschaftlich organisierte und eine der ältesten Organizing-Vereinigungen in den USA, mittlerweile ausgeweitet auf Kanada, Dominikanische Republik, Peru. Organizing für bessere Wohnverhältnisse, Schulen, Gesundheit, Jobmöglichkeiten, Sicherheit, u. a. in den USA. Begreifen sich als Teil der »social justice movement«

Universitäten: Studiengänge, Studierendeninitiativen, Forschung

Social Justice Education, University of Massachusetts: <http://www.umass.edu/sje/overview.html>
 Einer der ersten und prägenden Studiengängen im Bereich Social Justice.

MIT Social Justice Cooperative: <http://web.mit.edu/justice/www/Constitution.html>

Vereinigung am Massachusetts Institute for Technology, die eine Verfassung formuliert hat, in der die Studierenden auf Social Justice-Verantwortlichkeiten verpflichtet werden. Organisation von Foren, Kampagnen etc.

Center for Social Justice at School of Law-Boalt Hall; University of California, Berkeley:
<http://www.law.berkeley.edu/centers/cs/j/>

Spezielles Ausbildungsprogramm für JuristInnen in Social Justice.

Studierendeninitiative der University of North Carolina at Chapel Hill: <http://campus-y.unc.edu/students/index.html>

Herstellung von Social Justice durch Pluralität.

The Centre for the Study of Social Justice im Department of Politics and International Relationships, Oxford University: <http://social-justice.politics.ox.ac.uk/about.asp>

Zusammenschluss von politischen TheoretikerInnen, die ihre Arbeit mit einem breiteren akademischen und politischen Publikum diskutieren möchten.

School of Social Work, University of Missouri-Columbia: <http://ssw.missouri.edu/giving/socialjustice-society.htm>

Alumniorganisation.

Government Innovators Network: <http://www.innovations.harvard.edu/about-us.html>

Austauschforum für Social Justice-bezogene Initiativen auf Regierungsebenen.

The Program on Intergroup Relations (IGR): <http://www.umich.edu/~igrc/>

Social Justice Education Programm an Universität of Michigan's Ann Arbor Campus.

John Dewey Project on Progressive Education: <http://www.uvm.edu/~dewey/>

Ressourcenprojekt für demokratische Erziehung in der Tradition von John Dewey an der Universität von Vermont.

Studiengang »Social Responsibility« an der St. Cloud State University: <http://www.stcloudstate.edu/social-responsibility/about.asp>

Ähnelt dem Social Justice Education Programm der Universität of Massachusetts. Der Social Work Studiengang dieser Universität verfolgt ebenfalls einen social justice Ansatz: <http://www.stcloudstate.edu/social-work/default.asp>

Scottish Centre for Research on Social Justice: <http://www.scrsj.ac.uk/ESRCseminars/index.html>

Austausch zwischen WissenschaftlerInnen verschiedener Hochschulen und PolitikerInnen zu Social Justice-Fragen.

Virginia Commonwealth University – School of Social Work:

<http://www.vcu.edu/slwwweb/aboutus/school/socjustice.html>

Social Justice ist das übergreifende Bezugsthema der School of Social Work.

UCD: University College of Dublin, School of Social Justice: <http://www.ucd.ie/socialjustice/>

Interdisziplinäre Programme, Verbindung von feministischen und Social Justice Ansätzen.

Social Justice through community engagement: International Research Network: Australian Catholic University:

http://www.acu.edu.au/Partnership___Community/community_engagement/social_justice_project.cfm

Forschung und Social Justice in Kommunen und Organisationen hineinragen und dort entwickeln.

Program in Social Justice and Social Policy (SJSP), Brandeis University:

<http://www.brandeis.edu/programs/interdepartmental/sjsp/>

Studienprogramm: Verbindung von Werten und und praktischer Politik.

Social Justice Network at Yale: <http://www.yale.edu/sjn/>

Koalition von Organisationen und Individuen, die sich für Social Justice an der Yale Univesity einsetzen.

West Virginia University: <http://www.wvu.edu/~socjust/>

President's Office for Social Justice, Antidiskriminierungsbüro.

Social Justice and Peace Studies Program: King's College Ontario, Canada:

http://www.kingscollege.net/sjps/sjps_website/sjps_homepage.html

Interdisziplinäres Studienprogramm.

Center for Social Justice, Research, Teaching & Service: <http://socialjustice.georgetown.edu/>

Religionsbasiertes Studiencenter an der Georgetown University.

The Center for Ethics and Social Justice, Loyola University Chicago: <http://www.luc.edu/ethics/index.shtml>
Religionsbasiertes Studiencenter.

M.A. in Social Justice and Equity Studies in Canada, Brock University: <http://www.brocku.ca/sociology/socialjustice/index.html>

Studienprogramm.

University of Windsor in Ontario, Canada: Social Justice Studies inclusive Social Justice and Globalization
Data Archive: <http://www.uwindsor.ca/socialjustice>

Multidisziplinärer Studiengang.

Freie und schulische Bildung

Onlinereourcecenter: [tolerance.org](http://www.tolerance.org): <http://www.tolerance.org>

Materialien zur Organisation von Antidiskriminierungs- und Toleranzkampagnen Handbücher und Leitfäden für alle BürgerInnen sowie für Schulen, Arbeitsplatz u. a. Bereiche; Materialien für einen anderen Sprachgebrauch; Onlinemuseum zur Geschichte der Bürgerrechtsbewegungen in den USA.

Social Justice Training Institute: <http://www.sjti.org>

Bezug zum Social Justice Education-Ansatz der University of Massachusetts. Bildungsangebote für PraktikerInnen und im Bildungsbereich Tätige.

Center for anti-oppressive education: <http://antioppressiveeducation.org>

Teachers for Social Justice, Chicago: <http://www.teachersforjustice.org>

Unterstützung von Social Justice-Initiativen in Schulen, viele Ideen wurden übernommen von: www.rethinkingschools.org.

Counselors for Social Justice: <http://www.counselorsforsocialjustice.org>

Vorrangig Schulberatung in Fragen von Social Justice.

Concern America: <http://www.concernamerica.org/>

Verschiedene Social Justice Education Programme.

Activist Learning Online: <http://www.yp3.org/index.html>

Ressourcencenter für Schulen und Bildungsbereich. Praxis

Regierungsebenen

Social Justice Commissioner, Indigenous Australia: <http://www.dreamtime.net.au/index.cfm>

Schottische Regierung: <http://www.scotland.gov.uk/library3/social/sjss-01.asp>

Ministry of Social Justice and Empowerment New Dehli, India: <http://socialjustice.nic.in/>

Aboriginal & Torres Strait Islander Social Justice Commissioner, Australien: http://www.hreoc.gov.au/social_justice/index.html

Regierung von Wales: <http://www.wales.gov.uk/keypubassemsojustregen/>

Religionsbasierte Social Justice-Center

The Jewish Organizing Initiative (JOI): <http://www.jewishorganizing.org> Community Oranizing für Social Justice mit Jugendlichen

Hillel: <http://www.hillel.org/hillel/NewHille.nsf/fcb8259ca861ae57852567d30043ba26/954f9c098881a229852567d2007e95df?OpenDocument>

Größte jüdische Campusorganisation zur Organsierung jüdischer Studierenden. Verbindung von jüdischem Leben und Traditionen mit Tzedek (=Social Justice).

The Centre for Social Justice: <http://www.socialjustice.org/index.php>
Kanadisches Center in jesuitischer Tradition.
Office for Social Justice, Archdiocese of St. Paul and Minneapolis: <http://www.osjspm.org/>
Katholische Initiative.
Unitarian Universalist Association: <http://www.uua.org/programs/justice/>
Unitarier-Initiative für Social Justice.

Datenbanken und Linksammlungen

Datacenter: Impact Research for Social Justice
<http://www.datacenter.org>
Vermittelt Kooperationen und Unterstützungen, Beratung bei Kampagnen und Recherchen (hierzu gutes Handwerkszeug). Große Linksammlungen zu unterschiedlichen Social Justice-Schwerpunkten.
Social Justice Resources Center: <http://edpsychserver.ed.vt.edu/diversity/index.cfm>
Datenbanksuche mit Zugang zu Materialien und Links zu kostenlosen Materialien.
The Social Justice History and Education Electronic Archive (project of the Institute for Advanced Technology in the Humanities, University of Virginia): <http://www3.iath.virginia.edu/social/>
Stellt Material zur Geschichte der Bürgerrechtsbewegungen zur Verfügung und will zu kritischer Analyse, Social Justice etc. ermutigen.
Social Justice Archives: <http://www.antiracismnet.org/soc/archives.html>
Über 700 Artikel zu Social Justice bezogenen Themen,
Meta-Library: <http://www.meta-library.net/biogloss/socjus-body.html>:
Social Justice Sammlung von Beispielen von Handlungen und Kämpfen gegen Unterdrückung.
Links to Individuals, Groups and Organizations Promoting Social Justice Focused Solutions: <http://www.xpdnc.com/links/scjstc.html>
Umfangreiche Linksammlung mit internationalen Links nach Ländern aufgeführt.
Bibliothek der University of Massachusetts, Amherst: <http://www.library.umass.edu/subject/education/mult-div.html>
Umfangreiche Sammlung zu Social Justice und Diversity, Multiculturalism: auch Links, Bibliographien
Chapman University: Voice, Diversity, Equity & Social Justice: <http://www1.chapman.edu/soe/faculty/piper/teachtech/570.htm>
Linksammlung zu Diversity-Ressourcen und Intercultural, Multicultural Ressourcen

Verschiedenes

Technology for Social Justice: <http://www.infoxchange.net.au/index.html>
Versteht sich als Projekt zur Unterstützung von Personen und Organisation beim Zugang zu Informationstechnologien. Organisation von Foren, um Menschen Stimme und Einfluss zu verschaffen, zum Beispiel: Obdachlosen.
Social Justice Funding Network (SJFN): <http://www.ncrp.org/map/sjHome.asp>
Unterstützungsnetzwerk zur Organisation von Spenden für Social Justice.
Support for Art and Social Justice: <http://www.communityarts.net/By> Claudine Brown
Verbindung von Kunst, Aktivismus und Social Justice.
The Veterans of Hope Project: http://www.iliff.edu/about_iliff/special_veterans.htm
Dokumentiert Lebensgeschichten von Personen, die viele Jahre aktiv gegen Diskriminierung waren und in Bewegungen gekämpft haben. Beteiligt am Projekt: Transformation von Geschichte.
Museums and Social Justice: <http://www.scottishmuseums.org.uk>
Unterstützung von Museen und Galerien, wie sie sich für Social Justice einsetzen können.
Hidden Bias Test: <https://implicit.harvard.edu/implicit/>
Test zur Reflexion von Stereotypen und Vorurteilen.

Anhang 3: Institutionen / Projekte mit Schwerpunkt: classism

Classism.org: Materialien, Diskussionen:

<http://www.classism.org/>

Zusammenschluss von AkademikerInnen aus der ArbeiterInnenklasse:

<http://www.workingclassacademics.org/>

Shrub: Hervorragendes feministisches Projekt, unter anderem zu classism:

<http://blog.shrub.com/archives/category/the-evil-isms/classism/>

Classmatters: Informiert über Vorurteile, Aktionen, Hintergründe, Zusammenhänge mit anderen Diskriminierungsformen, Bündnismöglichkeiten, Artikelressourcen

http://www.classmatters.org/2004_11/

The Open Source Classism, Racism and Sexism Project: <http://www.campusactivism.org/displayresource-487.htm>

Zur Person:

Dr. Heike Weinbach, Jg. 1960, lebt in Berlin als freie Philosophin, Social Justice-Trainerin und Lehrbeauftragte für Gender/Queer/Ethik.

Homepage: www.philopraxis-mediation.de.

Email: heiwei@berlin.cc



2. überarbeitete Auflage
224 Seiten, Broschur
dietz berlin 2006
14,90 €
ISBN 3-320-02902-9

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin
info@dietzberlin.de
- Rosa-Luxemburg-Stiftung
Tel. 030 44310-123
Fax 030 44310-122
info@rosalux.de

Ein Mythos wird verbreitet. Es sei nichts mehr da für den Erhalt oder die Verbesserung sozialer Standards. Opfer seien das Gebot des Zeitgeistes. Aber wo verbleibt der anschwellende Reichtum? Was ist überhaupt Reichtum? Er bleibt den einen fern, weil er bei den anderen als Kapitalreichtum, als erdumspannende Macht anwächst. Doch er wächst bei extremen Verlusten: Zerstörung von Reichtum durch Kriege, Umweltkrisen und vermeidbare Krankheiten. Er wächst in destruktiven Gestalten, die für die meisten Abzug von Wohlfahrt bedeuten: Rüstungsproduktion und Wegwerfgesellschaft, Ausweitung von Wirtschaftskriminalität und von mafiosen Wirtschaftssektoren, in denen mit Waffen, Drogen, Rohstoffen, Frauen und Kindern gehandelt wird. Schon die Quellen des Reichtums – Arbeit und Natur – sind defekt: Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite und Umweltzerstörung.

Was wäre, wenn nicht Kapitalreichtum im Zentrum der Gesellschaft stünde, sondern der Mensch mit seinen schöpferischen Fähigkeiten als der »wirkliche Reichtum« (Marx)? Was sind Alternativen zu einer Reichtumsentwicklung, die sich vielfach selbst verzehrt? Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dieter Klein zeigt Auswege auf.

